



Netzwerkstelle [moskito]
gegen Fremdenfeindlichkeit

Arbeitsgemeinschaft
Lokaler Aktionsplan Pankow:

Der Moscheebaukonflikt in Pankow- Heinersdorf und Kommunale Handlungsmöglichkeiten

Die ARGE „Lokaler Aktionsplan Pankow“ bestehend aus Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) und Netzwerkstelle [moskito] wurde vom Bezirksamt Pankow von Berlin beauftragt eine Akteurs- und Diskursanalyse für den Moscheebaukonflikt in Pankow Heinersdorf zu erstellen und kommunale Handlungsstrategien zu entwickeln. Das Ergebnis der Analysen liegt nun in Form dieser Studie vor.

Berlin im Januar 2007

Inhaltsverzeichnis

Akteurs- und Diskursanalyse zum Moscheebaukonflikt in Pankow-Heinersdorf5

1	Sozialraumbeschreibung des Ortsteils Heinersdorf.....	5
1.1	Topographie.....	5
1.2	Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur.....	6
1.3	Heinersdorf – Fremd- und Selbstsicht.....	7
1.4	Soziale Infrastruktur und Kommunikation.....	8
1.5	Sozialindex.....	10
1.6	Wahlergebnisse der BVV-Wahl 2006 in Heinersdorf.....	11
1.7	Fazit.....	11
2	Akteursübersicht/ Akteursbeschreibung.....	12
2.1	Ahmadiyya.....	12
2.2	Kirchengemeinden.....	13
2.3	Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger (IPAHB).....	19
2.4	Pankower Netzwerk gegen Rassismus Antisemitismus und rechte Gewalt.....	24
2.5	Initiative „Heinersdorf öffne Dich!“.....	25
2.6	Antifaschistische Gruppen.....	25
2.7	Parteien und Verwaltung.....	26
2.8	Rechtsextreme und rechtpopulistische Akteure.....	36
3	Motive und Argumente der Moscheebaugegner.....	40
3.1	Ethnisch-kulturelle Motive.....	40
3.2	Islambezogene Motive.....	43
3.3	Raumbezogene, nachbarschaftliche Eigeninteressen.....	44
3.4	Eigennutzorientierte Erwägungen.....	45
3.5	Demokratie-politische Dimension.....	46
3.6	Exkurs: Der Deutungsrahmen der IPAHB-Argumentationen.....	49
4	Anhänge.....	53
4.1	Chronologie.....	53
4.2	Chronologie rechtsextremer Aktivitäten.....	60

Kommunale Handlungsmöglichkeiten in Moscheebaukonflikten.....	64
1 Einleitung	64
1.1 Grundlagen kommunaler Konfliktbearbeitung	64
1.2 Arbeiten mit den Fallbeispielen.....	66
2 Information und Einbeziehung der Nachbarschaft:.....	67
2.2 Erfahrungen aus Berlin-Kreuzberg, Maschari-Center	68
2.3 Bedeutung dieser Erfahrungen für den Moscheebaukonflikt in Pankow	69
2.4 Handlungsempfehlungen:.....	70
3 Die Rolle von Mentoren im Konflikt.....	72
3.1 Ist-Zustand in Pankow.....	72
3.2 Erfahrungen aus Lauingen, Bayern und Berlin-Kreuzberg, Maschari-Center....	72
3.3 Bedeutung dieser Erfahrungen für den Moscheebaukonflikt in Pankow	74
3.4 Handlungsempfehlungen.....	74
4 Urbane Perspektive vs. dörfliche Perspektive	74
4.1 Ist-Zustand in Pankow.....	75
4.2 Erfahrungen aus Lauingen, Bayern, und Berlin-Kreuzberg, Maschari-Center:..	75
4.3 Bedeutung der Erfahrungen für Pankow:.....	75
4.4 Handlungsempfehlungen.....	76
5 Förderung von Dialog und Begegnung. Vermittelnde Funktion der Kirchen und anderer Akteure	77
5.1 Ist-Zustand in Pankow.....	78
5.2 Erfahrungen aus Lauingen	78
5.3 Bedeutung dieser Erfahrungen für den Moscheebaukonflikt in Pankow	79
5.4 Handlungsempfehlungen.....	79
6 Teilbarkeit oder Unteilbarkeit des Konfliktes	80
6.1 Ist-Zustand in Pankow.....	80
7 Umgang bei verhärteten Konflikten	81
7.1 Ist-Zustand in Pankow.....	81
7.2 Erfahrungen aus Essen-Katernberg	81
7.3 Bedeutung dieser Erfahrungen für den Moscheebaukonflikt in Pankow	83
7.4 Handlungsempfehlungen.....	84
8 Zusammenfassung methodischer Vorgehensweisen in der kommunalen Konfliktbearbeitung	85



Ulrich Bahr,
Timm Köhler,
Dr. Esther Lehnert:

Akteurs- und Diskursanalyse zum Moscheebaukonflikt in Pankow- Heinersdorf

**Handreichung für das Bezirksamt Pankow von Berlin im Rahmen
der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft Aktionsplan Pankow**

Berlin im Januar 2007

Akteurs- und Diskursanalyse zum Moscheebaukonflikt in Pankow-Heinersdorf

1 Sozialraumbeschreibung des Ortsteils Heinersdorf

1.1 Topographie

Begriff „Heinersdorf“

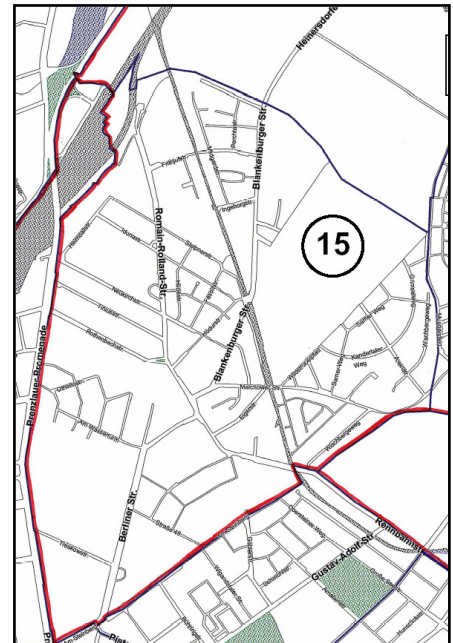
Die Beschreibung des Gebiets, das als „Heinersdorf“ bezeichnet wird, variiert nicht nur in der öffentlichen Diskussion, sondern zum Teil auch im Kartenmaterial. In diesem Text ist damit der Sozialraum 15 im Planungsraum IIV des Bezirks Pankow von Berlin gemeint. Davon abweichende Gebiete westlich der Prenzlauer Chaussee (Kissingenviertel), nördlich der Bahnlinie Berlin-Bernau (Vesaliusviertel) und auch östlich (Weißensee) sind in der vorliegenden Sozialraumbeschreibung nicht mit berücksichtigt worden, auch wenn sie und ihre Bewohner/innen tatsächlich als vom Moscheebau „betroffene“ Gebiete mit in den Blickpunkt der Analyse einzubeziehen sind.

Lage

Heinersdorf ist im Nordosten Berlins gelegen. Der Ortsteil wird eingerahmt durch die Prenzlauer Chaussee und Bahngelände auf westlicher bzw. nordwestlicher Seite. Das Gebiet grenzt an Blankenburg im Norden und Weißensee im Westen und Süden – Ortsteile mit jeweils ähnlicher Bebauungs- und Sozialstruktur. Der Übergang zu diesen Gebieten wird jedoch durch Kleingartensiedlungen und geschlossene Straßenzüge (Berliner Straße) sozialräumlich abgegrenzt.

Siedlungsgeschichte

Heinersdorf war bis zur Bildung Groß-Berlins 1920 eine selbständige Landgemeinde im Norden Berlins, die damals mit 1006 Einwohnern als Ortsteil Berlin-Heinersdorf zum neuen Bezirk Pankow eingemeindet wurde. 1985 wurde der Ortsteil (zusammen mit Blankenburg und Karrow) dem Bezirk Weißensee zugeschlagen. Im Rahmen der Bezirksfusion 2001 fand sich Heinersdorf mit der Ortsteilnummer 0304 im Großbezirk Pankow wieder.



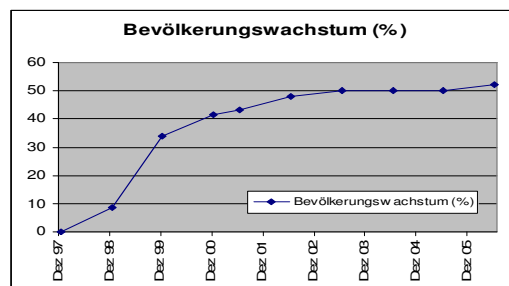
Quelle: Bezirk Pankow von Berlin, Jugendhilfeplanung

Der Ortsteil ist in sich heterogen gegliedert und unterscheidet sich stark in seiner Nutzungsstruktur. Entlang der Bahnlinie nach Bernau bei Berlin entstand seit etwa 1900 ein Siedlungsgebiet in offener Bauweise mit überwiegender Einfamilienhausbebauung.

Wohnsiedlungen machen ca. 50% des Ortsteils aus. Ein Großteil der Wohnsiedlungsfläche wurde bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts bebaut. Die hier vorherrschende Struktur von Ein- bzw. Mehrfamilienhäusern mit Gärten befinden sich überwiegend im Eigentum der Bewohner/innen. Im Gegensatz dazu stehen neuere Wohnsiedlungen bzw. -gebäude, die erst in jüngster Zeit errichtet wurden. Seit 1995

hat umfangreiche Bautätigkeit zu einem Anwachsen der Bevölkerungszahl geführt (s. u.). Mit dem Zuzug ist eine leichte Veränderung der Sozialstruktur, vor allem jedoch der sozialräumlichen Kommunikation und politischen Wertehaltungen verbunden. Die unterschiedlichen Eigentums- und Nutzungsstrukturen sowie die Siedlungsgeschichte haben Implikationen auf die sozialräumliche Kommunikation als auch auf die Interessen der Anwohner/innen im Moscheebaukonflikt, worauf später einzugehen ist.¹

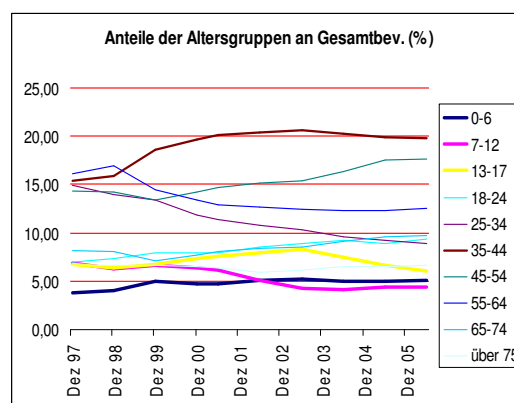
Ca. 25% der Fläche Heinersdorfs werden durch Kleingartenanlagen eingenommen. Betriebliche Gelände, wie der ehem. Güterbahnhof Heinersdorf und größere Einkaufszentren, sind über den Ortsteil verteilt. Auf der Heinersdorfer Seite der Prenzlauer Chaussee kam es seit 1990 zu einer nahezu flächendeckenden Ansiedlung von Dienstleistungs- und Verkaufsflächen, die sich eindeutig auf den Durchgangsverkehr des Autobahnzubringers orientieren. Die individualverkehr-orientierten Geschäftsbauten lassen eine sehr heterogene Struktur von Baumassen entstehen, ein geschlossenes architektonisches Erscheinungsbild ist nicht erkennbar. Der Standort des geplanten Moscheebaus liegt in unmittelbarer Nähe dieses Bereiches der Prenzlauer Chaussee.



Datenquelle: Bezirksamt Pankow von Berlin, Jugendhilfeplanung; Grafik: ARGE Aktions-

1.2 Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur

Im Zuge des Neubaus einer Wohnsiedlung kam es vor allem in den Jahren 1998–2000 zu einem deutlichen Zuwachs an Einwohner/innen. Innerhalb von drei Jahren wuchs die Bevölkerung um 40% oder 1.500 Menschen an. Mitte 2006 lag die Gesamteinwohnerzahl des Sozialraums bei 6.377 und damit 52% über dem Wert von 1997. Das Berliner Durchschnittsalter lag 2004 bei 41,9 Jahren, zum selben Zeitpunkt in Heinersdorf bei 41,5 Jahren.²



Datenquelle: Bezirksamt Pankow von Berlin, Jugendhilfeplanung; Grafik: ARGE Aktions-

Daten zum Anteil von „Ausländern“, d.h. Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, liegen für den Sozialraum erst ab 2001 vor. Zu diesem Zeitraum waren die Bauvorhaben weitestgehend abgeschlossen, die Wohnbevölkerung war stark angewachsen. Ob damit ein Anstieg oder Sinken des Ausländeranteils verbunden ist, kann nicht bestimmt werden. Im Zeitraum von 2001 bis Mitte 2006 jedenfalls blieb der Anteil von Ausländern nahezu unverändert. Mit ca. 1,7% (etwa 110 Personen)³ liegt der Anteil von Menschen ohne deutsche Staatsbürger-

¹ Siehe Kapitel „Raumbezogene, nachbarschaftliche Eigeninteressen“, S. 42

² Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (2004): Sozialstrukturatlas Berlin 2003. Spezialbericht 2004–1, S. 291. Auch die Entwicklung der einzelnen Altersgruppen zeigt wenige Auffälligkeiten. Der leichte Rückgang des Anteils der 7-12 und 13-17 Jährigen kann durch den Geburtenrückgang der Nachwendezeit erklärt werden. Ob der relative Rückgang der 25-34 Jährigen über Wegzüge oder Alterung zu erklären ist, kann nicht festgestellt werden. Hinsichtlich des Anteils von jungen Erwachsenen (18-35 Jahre) liegt Heinersdorf im letzten Drittel der Berliner statistischen Gebiete.

³ Gemäß Daten Bezirksamt Pankow, Jugendförderung

schaft weit unter dem Berliner und dem Pankower Durchschnitt. Der Sozialstrukturatlas weist für 2003 eine Quote von ca. 1,1% Menschen ohne EU-Staatsbürgerschaft aus, wobei Heinersdorf auf Platz 9 von Berlin-weit 338 Verkehrszellen⁴ liegt. Eine genaue Aufstellung nach Herkunftsländern bzw. -sprachen existiert nicht.

Über die Einbindung von Migrant/innen in das lokale gesellschaftliche Leben gibt es wenige Informationen. Gesprächspartner/innen berichteten vor allem von binationalen Ehen und Familien im Ortsteil, d.h. einer dezentralen Integration in die Sozialstruktur.

1.3 Heinersdorf – Fremd- und Selbstsicht

Der Bezug zu Heinersdorf ist eine der wichtigsten Argumentationsgrundlagen in der Auseinandersetzung um den Moscheebau. Unter den Schlagworten „Heinersdorf“ (als kollektiver Akteur) bzw. „die Heinersdorfer“ treten wiederholt und von verschiedenen Seiten Bezüge zur Heinersdorfer Bevölkerung auf. Dabei wird von Moscheebaukritiker/innen und –befürworter/innen häufig eine Homogenität der lokalen Bevölkerung suggeriert, die in dieser Form nicht zu finden ist.

Folgt man den Aussagen von Gesprächspartner/innen, werden parallele Unterschiede zwischen dem Selbstverständnis von Heinersdorfer Bevölkerungsgruppen und der Siedlungsgeschichte deutlich: Die Bevölkerung Heinersdorfs ist in ihrer Selbstsicht ähnlich heterogen wie die sozialräumliche Strukturierung. In den Äußerungen von Gesprächspartner/innen treten drei Bezeichnungen auf – „die Alteingesessenen“, die im nordwestlichen Teil Heinersdorfs verortet werden; die „Neu-Heinersdorfer“, die mit dem Gebiet der Kleingartenkolonien assoziiert werden; letztlich die „Neu Hinzugezogenen“, die vor allem in Verbindung mit der neu erbauten „Blumen“-Siedlung gebracht werden. Diese Zuschreibungen werden übereinstimmend durch mehrere Gesprächspartner/innen belegt:

„Die Alteingesessenen“ bzw. das „richtige Heinersdorf“

„Alteingesessene Familien, die dort [in Heinersdorf] in fünfter, sechster Generation wohnen [...]“⁵

„Wir sind ja nicht Heinersdorf-Dorf. Wenn die vom Dorf sprechen, dann sprechen die von der Region ab der Kirche und von da weiter rein. Wenn ich hier jemanden frage, wo er wohnt, dann kommt als Antwort ‚ja in Heinersdorf‘. Ich sage ‚ja, da wohne ich ja auch‘, dann kommt ‚ja, ich wohn ja dahinten, das ist das richtige Heinersdorf‘. Wir sind ja die Grenze zu Weißensee und hier ist ja tatsächlich auch das Ortsschild.“⁶

„Das sind alte, eingesessene, immer noch Dorfverbände, wo eben immer noch dieses historisch gewachsene, alte Gefühl der ‚Ureinwohner‘ funktioniert. Man kennt sich, man hatte hier seine Ländereien, die einen waren Gemüsebauern, die anderen waren Blümchenzüchter, in Heinersdorf waren immer schon die Gewerbetreibenden, Werkstätten, Glasereien... hier gibt es eben ‚Namen‘ – die gab es schon immer. Das ‚haben die Großväter aufgebaut‘ – so. Und das ist ein Gefühl wie... ein Spandauer ist auch kein Berliner – vom Gefühl her. Die sind noch so ein bisschen, ‚wir sind was anderes, wir sind was besonderes, wir sind schon immer stiefmütterlich behandelt

⁴ Sozialstrukturatlas (2004), S. 36: Verkehrszellen beschreiben Gebiete mit einheitlicher Nutzungsstruktur. Sie sind die kleinste Einheit des Berliner regionalen Bezugssystems; die Stadt ist in insgesamt 338 Verkehrszellen aufgeteilt.

⁵ Interview mit Pankowerin, ehem. in Heinersdorf berufstätig

⁶ Interview mit Bewohnerin des „Blumenviertels“

worden, wir sind Ortsteile, die schon immer das Stadtgrenzenschild hatten, bei uns fängt es an, oder bei uns ist die Welt zu Ende.“⁷

Die „Neu-Heinersdorfer“

„Kleingartenkolonie Richtung Weißensee-City. Dort waren dann auch zum Schluss einige Gebiete zum Siedlungsgebiet erklärt worden, dort wohnten dann richtig Leute und haben sich Häuser gebaut. Die waren dann die Neu-Heinersdorfer, die gehörten dann schon gar nicht dazu. Es war schon so eine bestimmte Struktur, wer da zu wem gehörte.“⁸

Die „Zugezogenen“

„Neu zugezogene Familien in den Neubaugebieten in den angrenzenden Gebieten waren dann auch wieder unter sich, das war eine neue Enklave, die gehörten nicht zu den Heinersdorfern, obwohl das noch Heinersdorf war; aber das war eben drei Wege weiter, dahinten Wischbergweg und die ganzen Straßen. Die bleiben dann wieder unter sich, das war dann so eine neue Außenstelle von Heinersdorf.“⁹ Damit übereinstimmend ist die wiedergegebene Innensicht aus Heinersdorf: „Mit denen [den „Alteingesessenen] haben wir zwar zu tun, aber ich denke mal, da sind wir auch wieder ein kleines bisschen außen stehend.“¹⁰

Hinsichtlich der Sozialstruktur gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen. Gefragt nach seinem Nachbarschaftsumfeld antwortete ein Gesprächspartner: „Klassischerweise so gut-bürgerlich, viele Akademiker dabei, auch viele, die nach Heinersdorf oder in die Gegend zugezogen sind. Und viele davon kommen wohl auch aus dem Westen. Das weiß ich nicht im Detail, aber ich würde vermuten, dass ein Großteil nicht aus dem Osten kommt.“¹¹

Dass aus einer solchen Sichtweise nicht notwendigerweise sozioökonomische Unterschiede zwischen den Bewohner/innen resultieren – in Übereinstimmung mit dem Sozialindex – belegt folgende Aussage:

„In Heinersdorf gibt es schon immer so eine „Urbevölkerung“, die Klientel die hier gelebt hat, waren immer die etwas begüterteren Gehaltsgruppen. Gewerbetreibende, also schon vor 25 Jahren Leute mit einem hohen Einkommen aufgrund ihrer Berufe oder eigener Firmen... und im Prinzip gibt es hier nur diese Romain-Rolland-Straße und rechts und links davon noch so ein Stückchen rein, wo es Mietshäuser gibt. Alles andere hier sind Einfamilienhäuser. Das hat sich erst in den letzten Jahren durch die Neubausiedlungen – jedoch auch Eigenheimsiedlungen – vermischt. Dass wir hier wirklich enormen Zuzug haben und sich damit die Klientel hier ein bisschen geändert hat, aber nicht unbedingt der soziale Status. Der soziale Status ist immer noch ,ein bisschen besser.“¹²

1.4 Soziale Infrastruktur und Kommunikation

Heinersdorf verfügt über kein eindeutiges Zentrum sozialräumlicher Kommunikation. Zwar bildet der historische Dorfkern einen geographischen Mittelpunkt. Doch ver-

⁷ Interview mit Pankowerin, in Heinersdorf berufstätig

⁸ Interview mit Pankowerin, ehem. in Heinersdorf berufstätig

⁹ Interview mit Pankowerin, ehem. in Heinersdorf berufstätig

¹⁰ Interview mit Gemeindeglied, 2003 nach Heinersdorf gezogen

¹¹ Ebd.

¹² Interview mit Pankowerin, in Heinersdorf berufstätig

schiedene Einflussfaktoren wie Verkehrsbelastung, Schwächung des Einzelhandels sowie unklare Perspektiven der Bauplanung haben in den letzten 30 Jahren zu einer Entvölkerung und einer teilweisen baulichen Verwahrlosung des Dorfkerns geführt.

Die soziale und soziokulturelle Infrastruktur in Heinersdorf ist gering entwickelt. Im Gebiet gibt es keine Jugendeinrichtung. Die örtliche Grundschule ist, trotz sinkender Schüler/innenzahlen, nach wie vor in Betrieb. Des Weiteren befindet sich ein evangelischer Kindergarten im Ortsteil. Eine Seniorenbegegnungsstätte der AWO ist – neben Schule und Kindergarten – einer der wenigen nichtkommerziellen Orte in Heinersdorf, der zumindest theoretisch Kristallisationspunkt für das Gemeinwesen sein könnte. Der „Heinersdorfer Krug“ (Romain-Rolland-Str.) stand früher als gastronomischer Treffpunkt sowie für Feierlichkeiten zur Verfügung. Durch Verpachtung besteht diese Möglichkeit nun nicht mehr.

Auch die im Ortsteil befindliche evangelische Gemeinde hat bislang das Gemeinschaftsgefüge nicht nachhaltig beeinflussen können. Zu DDR-Zeiten war das Agieren der Gemeinde allgemein schwierig. Doch trotz des Engagements des damaligen Pfarrers und seiner Frau kam es zu keiner nachhaltigen Einbindung der Gemeinde in den Ortsteil.

Da Orte der gesellschaftlichen Kommunikation fehlen, übernehmen teilweise gewerbliche Einrichtungen diese Funktion. Eine Gesprächspartnerin berichtet: *„In Heinersdorf gibt es eigentlich, im sozialen, kulturellen Sektor nichts, gar nichts mehr. Keinen Jugendclub. Das, was die Heinersdorfer mit dem Rest der Republik verbindet, ist das Kaufland. Da brauch ich gar nicht mehr einkaufen, weil ich da aus den Gesprächen nicht mehr herauskomme. Ich glaube, das ist das einzige, wo man sich hier trifft – beim Einkaufen. Da kann man sich austauschen, was es wie wo gibt und was es nicht gibt. Ansonsten gibt es hier nichts. Es gibt den Heinersdorfer Krug, dann gibt es hier einen guten Griechen – obwohl der Heinersdorfer Krug ist auch ein Grieche... ja was gibt es noch? Eine Tankstelle.“¹³*

Die Rolle der gewerblichen Infrastruktur wird von Bewohner/innen durchaus positiv eingeschätzt, nachdem es in den 1990er Jahren mit dem Einbruch der Einzelhandelsversorgung im Ortskern vorübergehend zu einer Einschränkung der Lebensqualität kam. So berichtet ein Einwohner:

„Die Einkaufsmöglichkeiten haben sich erst in letzter Zeit etwas verbessert, durch die Kaufhallen, wie Plus, Kaufland. Dann hatten wir für kurze Zeit gar keine Post und man musste bis nach Pankow fahren. ... Also, diese Strukturen haben sich in Heinersdorf nach der Wende in vielem verschlechtert. Das könnte auch ein Grund gewesen sein, warum viele Heinersdorfer weggezogen sind. Jetzt ist es wieder günstiger, wir haben einen Postdienst im Schreibwarenladen und wir haben die großen Kaufhallen.“¹⁴

Aufgrund der fehlenden soziokulturellen Infrastruktur in Heinersdorf ist es wenig verwunderlich, dass Anzeichen für ein aktives Gemeinschaftsleben im Sozialraum – über private Nachbarschaftskontakte hinaus – kaum zu finden sind. Traditionelle Veranstaltungen dorf-ähnlicher Gemeinwesen wie Fußballturniere, Fasching o.ä. spielen eine untergeordnete Rolle gegenüber der Bedeutung von Einzelkontakten.

¹³ Interview mit Pankowerin, in Heinersdorf berufstätig

¹⁴ Interview mit Heinersdorfer Rentner

Aus verschiedenen Wahrnehmungen von Gesprächspartner/innen wurde bereits deutlich, dass gemeinschaftliche Kommunikationsformen vor allem über direkte und private Kontakte abgewickelt werden. Ein Gesprächspartner: *„Es ist einfach mal so, dass die sehr viel unter sich blieben und jeder wusste, was der Andere für Probleme hat, obwohl man die nicht an die große Glocke hing, der hat eben seine Frau geschlagen und der hat die Kinder geprügelt“ und alle haben darüber nicht geredet.*¹⁵ Darin wird eine deutliche Parallele zu ländlichen Strukturen, d.h. so genannten face-to-face communities deutlich. Es besteht ein dichtes Netz an dezentraler Kommunikation, gepaart mit sozialer Kontrolle. Diese impliziert eine gewisse Toleranz gegenüber denjenigen, die zum Gemeinwesen dazu gehören.

Während das Gemeinwesen Heinersdorf im Alltag kaum sichtbare Substanz gewinnt und weitgehend im Privaten bleibt, gaben kommunalpolitische Fragestellungen in der Vergangenheit wiederholt Anlass, sich als Kollektiv wahrzunehmen. Eine wichtige bestätigende Erfahrung war hier beispielsweise die Ankunft von bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen im Alt-Bezirk Weißensee. Die Heinersdorfer/innen kamen vor allem über die bosnischen Schulkinder an der örtlichen Schule in Kontakt. Durch Spendensammlungen und Sponsoring wurde ein beträchtlicher Teil der Heinersdorfer Bevölkerung aktiviert und einbezogen.

Ein weiteres, wenn auch anders gelagertes Beispiel, waren die Konflikte um den Umbau der zentralen Heinersdorfer Kreuzung. Obwohl bereits zu Beginn der 1990er ein starkes Verkehrsaufkommen vorlag und eine Entlastung der Kreuzung anstand, kam es zu umfangreichen Protesten. Diese Form von aktiver Partizipation ist im Prinzip ein Positivbeispiel von Demokratiepraxis. Im vorliegenden Fall führte das Bürgerengagement letztendlich zur Verhinderung einer Lösung der Verkehrsprobleme. Hintergrund waren anstehende Grundstücksveränderungen, die von den Anrainern nicht akzeptiert wurden. Dieses Beispiel des Widerstands gegen von außen kommende Veränderungen wurde von einigen Gesprächspartner/innen als „typisch“ für die lokale politische Kultur gesehen.

1.5 Sozialindex

Die Verkehrszelle Heinersdorf weist einen guten Sozialindex auf. Mit einer Arbeitslosenquote von 8,5% befindet sich der Sozialraum in einer für Berliner Verhältnisse günstigen Position. Auch der Anteil von Sozialhilfeempfänger/innen gehörte 2003 zu den niedrigsten in Berlin.¹⁶ Heinersdorf belegte in der jüngsten Erhebung (2003) hinsichtlich des Sozialindexes Platz 43 von 338 Verkehrszellen in Berlin und gehört damit zur zweitbesten von insgesamt sieben Schichten. Die Tendenz ist leicht steigend.

Verallgemeinerungen über die individuelle soziale Lage der Sozialraumbewohner/innen und etwaige Ungleichverteilungen innerhalb des Sozialraums können jedoch nicht getroffen werden. Dennoch wird deutlich, dass in Heinersdorf bis zum Jahre 2003 recht positive und stabile Sozialindikatoren vorlagen.¹⁷

¹⁵ Interview mit Pankowerin, ehem. in Heinersdorf berufstätig

¹⁶ Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (2004): Sozialstrukturatlas Berlin 2003. Spezialbericht 2004-1, S. 313,324

¹⁷ Ebd., S. 48,71; Der Sozialindex ist eine Zusammenfassung von verschiedenen Faktoren wie Arbeitslosenquote, Sozialhilfeempfänger und Durchschnittseinkommen. Die Zahl „ausländischer“ Einwohner/innen (Nicht-EU-Bürger/innen) wird als „belastender“ Faktor (!) in die Berechnung einbezogen.

1.6 Wahlergebnisse der BVV-Wahl 2006 in Heinersdorf

Der Moscheebaukonflikt hatte eine eindeutige Auswirkung auf Wahlergebnisse der Republikaner (REP) bei den BVV-Wahlen 2006. In den Stimmbezirken, die zu Heinersdorf gezählt werden¹⁸ erhielten REP insgesamt 180 Stimmen. Das entspricht exakt einer Verdoppelung der Stimmenzahl gegenüber 2001.

Für die angrenzenden Wohngebiete gilt darüber hinaus – je näher an Heinersdorf gelegen, desto höher die Zahl der REP-Wähler/innen-Stimmen. So lagen die Wahlergebnisse des gesamten östlichen Teils des Kissingenviertels als auch des Vesaliusviertels über dem Pankower Durchschnitt von 3,1% – bis hin zu über 9%.¹⁹

Bei Betrachtung der Wahlergebnisse der in der BVV vertretenen demokratischen Parteien kann ebenfalls eine Auswirkung des Moscheebaukonflikts festgestellt werden.²⁰ Die CDU gewann in Heinersdorf 220 Stimmen im Vergleich zu 2001 hinzu, die Grünen 40 Stimmen. Stark einbüßen mussten PDS und SPD – 477 resp. 166 Stimmen gingen verloren. Allerdings sank gleichzeitig auch die Wahlbeteiligung von 59,6% auf 51%.

1.7 Fazit

Heinersdorf ist geprägt durch eine sehr stabile Sozialstruktur und teilweise sehr langfristige Siedlungsgeschichte. Diese sind jedoch in ihrer Gesamtheit nicht als homogen anzusehen, sondern brechen sich entlang von Siedlungsgeschichte, sozialräumlicher Aufteilung und unterschiedlichen politischen Werthaltungen. Das Selbstbild eines in sich geschlossenen Dorfes, welches in der politischen Kommunikation transportiert wird, lässt sich allenfalls in Teilen finden. Dennoch weist Heinersdorf verschiedene Charakteristika dörflicher Gemeinschaften auf: Die Kommunikation wird vor allem im interpersonellen, direkten Rahmen betrieben. Und Neuankömmlinge im Gemeinwesen werden, wenn überhaupt, erst nach langer Zeit akzeptiert – zu meist erst nach Ankunft der darauf folgenden „Welle“ von Hinzuziehenden.

Die hohe Stabilität – oder auch der Mangel an Wandel – ist zugleich auch Teil des Problems: Der ausgesprochen geringe Anteil an Migrant/innen, die (mit Ausnahme neuer Siedlungen) geringe Fluktuation an Bevölkerung, die Erfahrung sozialer Stabilität bieten wenig Gelegenheit, Erfahrungen im Umgang mit Heterogenität zu machen und wirken sich so in einer geringen Frustrationstoleranz aus. Damit bestehen politisch-kulturelle Rahmenbedingungen, in denen ausgrenzende Praxen und Ideologien funktional erscheinen können, um die bislang gewohnte Stabilität und Gleichförmigkeit zu erhalten.

¹⁸ Stimmbezirke 126, 127, 129, 305 im Pankower Wahlkreis 5; Der Zuschnitt des Stimmbezirks 128 im WK 4, welcher eigentlich zum Sozialraum 15 gehört, hat sich gegenüber früheren Wahlen geändert, weshalb der Stimmbezirk nicht mitgerechnet wurde.

¹⁹ Stimmbezirke im Kissingenviertel: 79,80,81,82,83,92,97,99,101,102 Stimmbezirke im Vesaliusviertel (WK 4): 31,32,33,60,61,62,66,67,68; Stimmbezirke, in denen die Zahl der Stimmen für REP unter 2% der Gesamtzahl an Wahlberechtigten lag, wurden nicht mitgezählt.

²⁰ Zu den inhaltlichen Positionen der einzelnen Parteien im Moscheebaukonflikt siehe Kapitel „Parteien und Verwaltung“, S. 26

2 Akteursübersicht/ Akteursbeschreibung

2.1 Ahmadiyya

Bei der Ahmadiyya Muslim Gemeinde handelt es sich um eine Reformbewegung innerhalb des Islams. 1889 in Indien gegründet, teilte sich die Bewegung 1914 in die Ahmadiyya Muslim Jamaat Gemeinde und das Lahore Ahmadiyya Movement. Die Ahmadi-Muslime gelten in vielen Teilen der islamischen Welt als Häretiker und werden daher in bestimmten Ländern (u. a. Pakistan) verfolgt.

Die Ahmadi-Muslime können als orthodox und konservativ bezeichnet werden und grenzen sich scharf von militant-fundamentalistischen Bestrebungen ab. Sie propagieren die strikte Trennung von Religion und Staat und stehen damit auch in Opposition zu allen Formen des politischen Islams.²¹ Vom Berliner Verfassungsschutz wird die Ahmadiyya Muslim Jamaat Gemeinde als ungefährlich und unauffällig eingestuft. Die Ahmadiyya Muslim Gemeinde in Deutschland ist zentralistisch und hierarchisch organisiert und hat ihre Zentrale in Frankfurt a. M. Die Gemeinde in Berlin umfasst nach eigenen Angaben ca. 200 Mitglieder. Sitz und spiritueller Mittelpunkt (Moschee) der Berliner Gemeinde bildet seit 1988 ein Wohnhaus in der Reinickendorfer Meteorstraße. Der Bezirk Reinickendorf bezeichnet die Gemeinde als gut integriert und betont die gute Nachbarschaft.²²

Die Ahmadiyya Muslim Gemeinde führt mehrere Gründe für den Bau einer „richtigen“ Moschee in Berlin an:

- Die bisherigen Räumlichkeiten sind sehr klein
- Die bisherige Moschee wird den baulichen Charakteristika, die eine Moschee ausmachen, nicht gerecht
- Die bisherige „Moschee“ verfügt über kein Minarett, da das Gebäude direkt in der Einflugschneise des Flughafen Tegels liegt

Der Imam ist der spirituelle Führer der Berliner Gemeinde und repräsentiert sie in der Öffentlichkeit.²³ Im Zentrum seines Interesses steht das religiöse Leben, explizit politische Fragen sind aufgrund seiner Rolle sekundär. Der Imam ist sehr an Kontakten mit Gesprächspartner/innen in Pankow und insbesondere Heinersdorf interessiert, ist vielfach auf Veranstaltungen präsent und hat sich somit im Laufe des bisherigen Konfliktes Auseinandersetzungen und Befragungen durch Bürger/innen und politischen Akteur/innen gestellt. In seinen Ausführungen hebt er die Friedfertigkeit der Gemeinde hervor und verweist auf die gute nachbarschaftliche Beziehung im angrenzenden Reinickendorf. Moscheebaukritiker/innen, aber auch Kommunalpolitiker/innen, die dem Moscheebau offen gegenüber stehen, weisen jedoch darauf hin, dass Antworten und Positionierungen zu wichtigen Fragen ausblieben, zu religionsbezogen oder unkonkret waren.

Das Agieren der Gemeinde ist von dem Wunsch geprägt, nicht nur von der Mehrheitsgesellschaft, sondern auch von den Moscheebaugegner/innen als gut integrierte Staatsbürger/innen muslimischen Glaubens wahrgenommen zu werden. An vielen

²¹ Hohmann, René (2003): Konflikte um Moscheen - eine Fallstudie zum Moscheebauprojekt in Schlüchtern (Hessen). Diplomarbeit, HU Berlin

²² Beispiel für eine Vielzahl von Belegen: Berliner Morgenpost, 6.4.2006

²³ Aufgrund der Organisationsstruktur der Ahmadiyya in Deutschland ist nicht der Berliner Imam sondern die Zentrale der Ahmadiyya in Frankfurt/ M. für die technische Realisierung des geplanten Bauvorhabens zuständig.

Stellen meinen sie, sich für im Namen des Islams begangenes Unrecht entschuldigen und sich von islamistischen Positionen jeder Art scharf abzugrenzen zu müssen.

Neben dem Imam ist noch die Frauenorganisation der Berliner Gemeinde ein wichtiger Akteur. Ausgehend von einer strikten, religiös begründeten Geschlechtertrennung existiert in der Ahmadiyya Muslim Gemeinde eine international tätige Frauenorganisation, die nach eigenen Angaben autonom ist. Der Berliner Zweig der Frauenorganisation kümmert sich um die Belange der weiblichen Mitglieder und ist darüber hinaus an einem Austausch und Dialog mit Bürger/innen aus Pankow und Heinersdorf interessiert. Unabhängig davon, ob es sich um geschlechtergetrennte oder gemischte Veranstaltungen handelte, haben Ahmadi-Vertreterinnen an Treffen, Veranstaltungen und Austauschrunden teilgenommen.

Während das Auftreten und Agieren der Gemeindeführung als defensiv zu beschreiben ist, stellt sich die Frauenorganisation der Gemeinde im Rahmen von getrennt geschlechtlichen Veranstaltungen sehr offensiv und selbstbewusst dar und bringt auch ihre Kritik an der Haltung einiger Moschebauegegner/innen klar zum Ausdruck.

Das Hauptinteresse der Gemeinde besteht im Bau einer Moschee. Darüber hinaus ist die Gemeinde sehr an einer Veränderung der konfliktgeladenen Situation in Heinersdorf sowie langfristig am Aufbau eines guten Verhältnisses mit der Nachbarschaft interessiert. Aus diesem Grund versucht die Gemeinde wiederholt, Bürger/innen aus Heinersdorf und Pankow für sich zu interessieren und mit dem Gemeindeleben bekannt zu machen. Wie sich in Gesprächen mit Heinersdorfer/innen herausstellte, wird diese Offenheit jedoch von einigen Kritiker/innen als „Missionierungsversuch“ bezeichnet und abgelehnt.

2.2 Kirchengemeinden

Evangelische Kirchengemeinde Heinersdorf

Die Evangelische Kirchengemeinde Heinersdorf hat nach eigenen Angaben ca. 800 Gemeindeglieder und gehört zum Kirchenkreis Berlin-Weißensee. Zugleich betreibt die Gemeinde die Evangelische Kindertagesstätte in Heinersdorf mit 56 Plätzen.

In der Entstehungsphase des Konfliktes kam dem Heinersdorfer Pfarrer Kaehler – gemeinsam mit der Leiterin der „Grundschule am Wasserturm“ als „Honoratioren“ des Ortsteils Heinersdorf – eine Sprecherrolle derjenigen Bürgerinnen und Bürger zu, die dem Bau der Moschee ablehnend gegenüberstehen.

Gegenüber dem „Spiegel“ äußerte er im April die Befürchtung, dass die Ahmadiyya-Gemeinde *„gegen den christlichen Glauben missionieren könnte“*. In einem Interview mit der „taz“ vom 28.07.06 argumentierte er, er könne *„als evangelischer Pfarrer kein Befürworter dieser Moschee sein.“*

Im Mai nahm er zu dem Bürgerbrief des Bezirksamtes Stellung: *„In dem Brief wird das Grundanliegen vieler Anwohner nicht aufgegriffen, die einen ergebnisoffenen Dialog zum Standort der Moschee führen wollen. Dem verschließt sich leider das Amt“*. Der Protest gegen die Moschee resultiere aus seiner Sicht auch aus dem Gefühl vieler Heinersdorfer, innerhalb des Großbezirks vernachlässigt zu werden.

Seine Position lässt sich als eine Mischung aus einer theologisch verargumentierten Ablehnung der Ahmadiyya-Gemeinde und Engagement für die „berechtigte Ängste

und Sorgen“ der Heinersdorfer Bürger beschreiben, die sich durch den positiven Bescheid der Bauvoranfrage übergangen fühlten.

Durch das frühzeitige Engagement von Pfarrer Kaehler und seine Zuordnung zu den „Moscheegegnern“ in der öffentlichen Wahrnehmung entstand der Eindruck, dass die Kirchengemeinde Heinersdorf den Moscheebau relativ geschlossen ablehnt. So gab Herr Kaehler noch im Juli gegenüber der „taz“ an, nach seiner Einschätzung würden neunzig Prozent die Moschee ablehnen. „Ich kenne nur drei, vier Leute, die dafür sind.“²⁴

Sowohl in der Kirchengemeinde als auch im Gemeindegemeinderat (GKR) ist ein breites Spektrum an inhaltlichen Positionen vertreten. Quantitativ überwiegen jedoch Positionen, die die Moschee ablehnen. Um einen gemeinsamen Standpunkt der Gemeinde zu finden, fasste der Gemeindegemeinderat im März einen Beschluss, welcher im Gemeindeblatt April / Mai 2006 veröffentlicht wurde:

„Seit den Veröffentlichungen in der Presse ab 06. März 2006 wird in Heinersdorf intensiv über die geplante Moschee der Ahmadiyya-Bewegung diskutiert. Hierbei werden verstärkt Fragen an die Kirchengemeinde gerichtet.

Der GKR fordert die Bezirksverordnetenversammlung und die in ihr vertretenen Parteien dazu auf, die Anliegen der Heinersdorfer Bürger ernst zu nehmen und ihnen Gelegenheit zu geben, sich am Gespräch und an der Entscheidungsfindung zu beteiligen.

Vor dem Hintergrund, dass der Ortsteil Heinersdorf planungsrechtlich bisher vernachlässigt wurde, fordert der GKR, dass die Entscheidung über den Antrag nicht nur im Rahmen des Baurechts, sondern auch in planungsrechtlichen Kategorien verhandelt wird.

Der GKR verurteilt jegliche fremdenfeindlichen Tendenzen und verwahrt sich insbesondere davor, dass rechtsradikale Gruppen und Parteien die Belange Heinersdorfer Bürger für ihre Ziele missbrauchen.

Der GKR bittet alle Seiten um eine sachliche und besonnene Diskussion.“

Eine offene Ablehnung der Moschee wird in dem Beschluss nicht geäußert. Dennoch spiegelt der Beschluss Konzessionen an die Moscheebau-kritische Seite wider: Die Forderungen, Heinersdorfer Bürger „an der Entscheidungsfindung zu beteiligen“ und „über den Antrag nicht nur im Rahmen des Baurechts, sondern auch in planungsrechtlichen Kategorien“ zu verhandeln, gehen letztendlich mit der Forderung der Moscheegegner/innen nach einem „ergebnisoffenen Dialog“ einher.

Durch den Moscheebaukonflikt hat sich die Zusammensetzung der Kirchengemeinde hinsichtlich der aktiven Gemeindegemeindermitglieder stark verändert. Die Kirche hat Zulauf von Mitgliedern der IPAHB erhalten. Allerdings sind die Gemeindegemeindermitglieder, die bereits vor dem Konflikt in der Gemeinde aktiv waren und jetzt der Moschee ablehnend gegenüberstehen, nur teilweise der IPAHB beigetreten.

Die Moscheegegner/innen haben in der Kirchengemeinde, nicht zuletzt durch den „Zulauf“ durch die IPAHB, die Diskurshegemonie über das Thema Moscheebau erlangt. Der kleinere Teil der aktiven Gemeindegemeindermitglieder, die der Moschee aufgeschlossen gegenüberstehen, fühlt sich von dieser dominierenden Positionierung der Moscheegegner/innen übergangen und vereinnahmt.²⁵ Ihre Position findet in der öffentlichen Darstellung der Gemeinde keine Erwähnung und in gemeindegemeinderinternen Diskussionen

²⁴ Die Tageszeitung, 28.7.06

²⁵ Gespräche mit aktiven Gemeindegemeindermitgliedern

fühlen sie sich ignoriert. Daraus resultiert eine sehr defensive Haltung, die als Konfliktvermeidungsstrategie beschrieben werden kann. Eine solche Herangehensweise deckt sich mit Schilderungen aus Heinersdorfer Nachbarschaften: Diejenigen, die der Moschee nicht generell ablehnend gegenüberstehen, beziehen nicht öffentlich Stellung, da sie aufgrund ihrer „abweichenden“ Positionierung in der Moscheebau-Debatte auch weitere soziale Sanktionen befürchten.

Durch ein Beispiel aus einer teilnehmenden Beobachtung auf der Veranstaltung „Was ist eine Sekte?“²⁶ lässt sich nachvollziehbar beschreiben, wie der Hegemonieanspruch der Moscheegegner/innen auch das Diskussionsverhalten innerhalb der Kirchengemeinde beeinflusst:

Im zweiten Teil der Veranstaltung diskutierte das Publikum mit Pfarrer Thomas Gandow, Beauftragter für Sekten- und Weltanschauungsfragen der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Fragen und Redebeiträge wurden durch Handzeichen angekündigt, ein Gemeindemitglied reichte dann ein Saalmikrofon weiter. Die meisten der Fragen und Beiträge behandelten das Thema „Ahmadiyya-Sekte“. Hierbei wurde die Strukturierung der Diskussion eingehalten, die Zuhörenden bezogen sich in ihren Beiträgen auch auf vorausgegangene Beiträge, eine gleichberechtigte Diskussion aller Teilnehmenden war gewährleistet.

Bei einem Redebeitrag brach diese Struktur jedoch zusammen. Ein Redner problematisierte die Wahlerfolge, die rechtsextreme Parteien in Heinersdorf bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung erzielt hatten. Auf diesen Beitrag wurde spontan und direkt von einem Großteil des Publikums mit Ablehnung reagiert.

Diese Reaktion ist auch daher bemerkenswert, da die stellvertretende Vorsitzende der IPAHB in einem Redebeitrag zu Beginn dieser Diskussion noch betont hatte, dass die Heinersdorfer Moscheegegner/innen großen Wert auf eine sachliche Diskussion legen. Dieser Anspruch wurde durch das beschriebene Diskussionsverhalten gegenüber „abweichenden Meinungen“ allerdings nicht eingehalten.

Im Rahmen der monatlichen „Heinersdorfer Vorträge“ referierte Pfarrer Gandow zu dem Thema „Was ist eine Sekte?“. Bereits im April 2006 hatte der Spitzenkandidat der CDU, Friedbert Pflüger, seine Forderung nach einem Verzicht auf den geplanten Moscheebau in Pankow mit der Einschätzung von Pfarrer Gandow begründet, der die Ahmadiyya-Gemeinde als „Zeugen Jehovas der Muslime“ bezeichnet hatte, welche Moscheen errichte „um zu provozieren und ihre aggressive Missionierung voranzutreiben.“²⁷ Herr Gandow nahm viele Argumente der Moscheegegner/innen auf und ließ sie in seine eigene Argumentation einfließen. Die Auswahl des Standortes sei kein Zufall, es stecke eine Strategie dahinter, die Gemeinde wolle eine so große Moschee „für die Menschen bauen, die hier leben. Sie sollen später in diese Moschee gehen!“ Auch die Sichtweise einiger Moscheegegner/innen, eine Expansion des Islam sei das politische Ziel einer „SED-PDS-Seilschaft“, erhielt durch seine Ausführungen neue Nahrung. Er bekundete sein Unverständnis darüber, dass auch bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung „so viele Menschen in Heinersdorf die Linkspartei gewählt haben“ und spielte nachfolgend

²⁶ Veranstaltung in der Evang. Gemeinde Heinersdorf am 10. Oktober 2006 mit dem Beauftragten für Weltanschauungsfragen, Pfr. Gandow

²⁷ Vgl. „Tagesspiegel“, 19.04.06. Die Darstellung der Ahmadiyya-Gemeinde als „Sekte“, die durch ihre „aggressive Missionierung“ das Heinersdorfer Gemeinwohl bedrohe, korrespondiert mit den Versuchen der IPAHB, die Proteste gegen die Moschee als eine Ablehnung der „Ahmadiyya-Sekte“ zu rationalisieren.

auf eine Spende der SED in Höhe von 75 Mio. DDR-Mark an eine Mili-Görüs-Organisation aus dem Jahr 1990 an.

Die Kirche in Heinersdorf scheint von dem Konflikt insofern zu profitieren, als dass sie seitdem von viel mehr Menschen besucht wird. Die Veränderungen in der Zusammensetzung des aktiven Teils der Kirchengemeinde sind zunächst auf den Zulauf durch Gegner/innen der Moschee erklärbar, die größtenteils auch in der IPAHB organisiert sind. Andererseits fühlt sich auch ein Teil der Gemeindemitglieder von der dominierenden Positionierung der Moscheegegner übergangen und vereinnahmt. Andere Gemeindemitglieder, die sich bereits vor dem Konflikt um die Moschee aufgrund von gemeindeinternen Differenzen aus dem aktiven Gemeindeleben zurückgezogen hatten, fühlen sich durch Pfarrer Kaehlers Positionierung in ihrem Rückzug aus dem Gemeindeleben bestätigt.²⁸

Kirche Alt-Pankow

Die evangelische Kirchengemeinde Alt-Pankow ist eine Nachbargemeinde der Gemeinde Heinersdorf, gehört jedoch zum Kirchenkreis Pankow. Durch die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Kirchenkreisen gibt es keinen direkten Austausch zwischen den beiden Gemeinden.

Die Gemeinde umfasst 2.200 Mitglieder. Frau Misselwitz ist seit 1981 als Pfarrerin in der Gemeinde tätig. Sie gründete 1981 den „Friedenskreis Pankow“ mit, der sich, ausgehend von friedenspolitischen Themen, bald auch Fragen der Gleichberechtigung, der Mitbestimmung und der Menschenrechte zuwandte und somit zu einem wichtigen Teil der Bürgerrechtsbewegung in Ostberlin wurde.

Das Engagement von Frau Misselwitz, sich für eine Vermittlung im Moscheebaukonflikt einzusetzen, sieht sie selbst als Resultat ihrer Position als Pfarrerin und ihrem Engagement als Pankower Bürgerin:

„Erstens, weil ich mich als Christin verpflichtet sehe, hier in einen Konflikt mit einzugreifen, der als religiöser Konflikt dargestellt wird, und ich empfinde es immer als meine Aufgabe, bei religiösen Konflikten deeskalierend zu wirken.

In zweiter Linie bin ich auch eine Pankower Bürgerin und ich bin seit 1981 hier in Pankow Pfarrerin und wir haben hier seit 1981 den Friedenskreis. Wir haben in der DDR-Zeit schon Bürgerarbeit und Friedensarbeit gemacht und ich habe Pankow immer als einen sehr offenen und toleranten Bezirk erlebt. [...]

Also bin ich in zweierlei Hinsicht in diesen Konflikt hineingezogen. Erstmal als eine Christin, die jeglichen Fanatismus, der sich in religiösen Argumenten äußert, zutiefst verabscheut – egal, auf welcher Seite, ob auf muslimischer oder auf christlicher Seite, oder welcher auch immer. Aber ich habe meinen Ort in der christlichen Kirche, und das ist mein Ort, mich zu bewegen.

Und dann ist es für mich eine Frage einer wachen Zivilgesellschaft, dass wir Recht und Gesetz auch irgendwo verteidigen müssen. Wenn hier eine Gemeinschaft oder ein Verein das Recht erhält, dieses Haus zu bauen, und sogar der Verfassungsschutz da nichts einzuwenden hat, dann muss dieses Recht und dieses Gesetz verteidigt werden. [...] Da ist einfach mein Demokratieverständnis zu stark, als dass ich mich hier irgendwelchen Emotionen und irgendwelchen aufgeputschten Ängsten, die hier von allen Seiten produziert werden, hingeben möchte. Und da bin ich auch bereit, dieses Gesetz mit allen staatlichen Mitteln zu verteidigen.“

²⁸ Gespräche mit aktiven Gemeindemitgliedern

Am 5. Juli 2006 fand in der Kirche Alt-Pankow unter dem Motto „Der Himmel geht über allen auf – Neue Gotteshäuser in unserer Nachbarschaft“ eine Gesprächsrunde über den geplanten Moscheebau statt. Die Veranstaltung war als Podiumsdiskussion geplant. Im Mittelpunkt sollte die Diskussion zwischen Vertreter/innen verschiedener Religionen stehen. Aufgerufen hatten die Evangelische Kirchengemeinde Alt-Pankow, der Friedenskreis Pankow, der Evangelische Kirchenkreis Pankow, das Bezirksamt Pankow sowie die Stiftung Weltethos.

Die Veranstaltung wurde von etwa 450 Menschen besucht. Auf dem Podium diskutierten der Generalsuperintendent von Berlin, Pfarrer Martin-Michael Passauer, der Imam der Ahmadiyya-Gemeinde, Abdul B. Tariq, und die Vorsitzende des Jüdischen Kulturvereins Berlin, Dr. Irene Runge. Die Veranstaltung wurde von Dr. Martin Bauschke von der Stiftung Weltethos moderiert.

Das Publikum wurde gebeten, Fragen an die Referenten/innen auf Zettel zu notieren, die im Anschluss an die Podiumsdiskussion verlesen werden sollten. Es kamen über 180 Fragen zusammen, ein Großteil bezog sich auf theologische Fragestellungen, die in der Kürze der Zeit nicht alle beantwortet werden konnten. Aus den übrigen Fragen wurde eine repräsentative Auswahl verlesen und beantwortet.

Nach der Veranstaltung wurde Frau Misselwitz von vielen Moscheegegner/innen aus Pankow und Heinersdorf kritisiert. Auffällig ist, dass die Kritiker/innen aus Pankow selber keine Kirchenmitglieder sind, sondern größtenteils bereits vor Jahren aus der Kirche ausgetreten waren. Sie äußerten Unverständnis darüber, dass sich die Evangelische Kirche für einen Dialog mit muslimischen Gemeinden, insbesondere mit der Ahmadiyya-Gemeinde, einsetzt. Ein weiterer Kritikpunkt betraf die Einschränkungen einer Diskussion durch die oben vorgestellte Zettel-Methode. Hierdurch sei es nicht möglich gewesen, die Sorgen und Ängste der Heinersdorfer Bürgerinnen und Bürger zu diskutieren.

Die Moscheegegner/innen hatten die Veranstaltung allerdings nicht als das angenommen, als das sie auch gedacht war, nämlich als eine Podiumsdiskussion und als ersten größeren Beitrag zu einem interreligiösen Kontakt.

Am 12. Oktober lud der Friedenskreis Pankow diese Kritiker/innen der Podiumsdiskussion „Der Himmel geht über allen auf – Neue Gotteshäuser in unserer Nachbarschaft“ zu einer Diskussionsveranstaltung ein, um auf ihre Anliegen einzugehen und ihnen die Möglichkeit zu geben, jene Diskussion fortzuführen, für die im Rahmen der ersten Veranstaltung kein Raum mehr war. Dieses Treffen ergab keine Annäherung. Mitglieder des Friedenskreises schlugen dennoch vor, das Gespräch fortzusetzen und bei einem der Folgetreffen auch die Ahmadiyya-Gemeinde in der Moschee in Reinickendorf zu besuchen.

Die Rolle der Kirche in Moscheebaukonflikten

Der Moscheebaukonflikt kann dadurch, dass sich Vertreter der Kirche dagegen positioniert haben, als ein „religiöser Konflikt“ konstruiert werden. Hierfür spielt der Bezug auf eine „christliche Identität“ eine wichtige Rolle. Häufig ist mit dem Verweis auf die christliche Religion jedoch eine allgemeine „abendländische“/ deutsche Sozialisation gemeint. So verweisen Menschen positiv auf das Christentum (in Abgrenzung zum Islam), die sich bisher selten mit der Bibel und/oder christlichen Leitsätzen auseinandergesetzt haben. Eine Besucherin der Informationsveranstaltung in der Turnhalle beschreibt das Aufgreifen einer solchen Argumentation:

„Dort habe ich eine Frau erlebt, die mit [der ehem. Ausländerbeauftragten des Berliner Senats Prof.] Barbara John diskutiert hat. Frau John hat immer versucht, ruhig und gelassen auf ihre Argumente einzugehen und diese Frau würde ich nach ihrem Äußeren schon der rechten Szene zuordnen, sie war auch mit solchen Leuten umgeben. Die Frau argumentierte immer 'wir brauchen hier keine Moschee in Pankow' und 'nicht bei uns im Osten'. Und dann hat sie einen Satz gesagt, der mich zutiefst verwundert hat. Sie sagte: 'Wir sind ein christliches Land, wir brauchen keine Moschee'. Und da habe ich gedacht: Diese Frau hat mit Sicherheit noch nie eine Kirche von innen gesehen und was motiviert die, hier zu sagen, 'wir sind ein christliches Land'? Wieso identifizieren sich jetzt auf einmal Menschen mit der Kirche, die überhaupt nicht in der Kirche sind? Warum pochen Menschen, die mit der Kirche keine Verbindung haben, jetzt auf einmal auf diese Christlichkeit?“

Eine Konstruktion als „rein theologische Auseinandersetzung“, wie sie von einigen Vertretern der Kirche geführt wird, ist genau dann bedenklich, wenn sie die von den Moscheegegner/innen angeführte „Christlichkeit“ im Sinne einer „abendländischen“/deutschen Identität in Abgrenzung „zum Islam“ aufgreift und damit die offene Ablehnung der Moschee unterstützt. Eine eindeutige Positionierung gegen die Moschee steht im Widerspruch zu von der EKD herausgegebenen Handreichungen (u.a. „Eine Moschee ist geplant – Wie verhält sich die Kirchengemeinde?“), in denen die Dialog- und Moderationsbereitschaft der Kirchenvertreter/innen eingefordert wird.

Auf der Veranstaltung „Was ist eine Sekte?“ ging Pfarrer Gandow auf die Einwände gegen die Ahmadiyya-Gemeinde ein. Hierbei versuchte er, seine Ratschläge auf einer theologischen Ebene zu formulieren. Die Empfehlung mündete in dem Appell, den „eigenen Glauben zu stärken“ um der Ahmadiyya-Gemeinde – auf einer rein theologischen Ebene – „gefestigter entgegenzutreten zu können“. Der Heinersdorfer Konflikt wurde von Pfarrer Gandow zum Anlass genommen, den Unsicherheiten vieler Moscheegegner/innen mit einer Forderung nach einer „Rückbesinnung“ auf eine eigene „christliche Identität“ zu begegnen. Dieser Appell wird von der IPAHB jedoch als eine Grundlage für ihre ablehnende Haltung genutzt, die Abgrenzung auf einer theologischen Ebene wird von ihr in eine soziale Ausgrenzung transformiert. Der Bezug auf eine „christliche Identität“ kann darunter liegende, ethnisch-kulturelle Motive²⁹ verschleiern, indem diese als islamkritische Motive artikuliert werden. „Der Islam“ wird von Seiten vieler Moscheegegner/innen als „ethnische“ Kategorie verwendet. Zu Beginn der Proteste herrschte bei den meisten Moscheegegner/innen ein sehr diffuses Bild über „den Islam“, dem eine eigene, oftmals ebenso diffuse Sicht einer „christlichen“ Identität gegenübergestellt wurde. Die kritische Auseinandersetzung der IPAHB mit einzelnen Suren des Korans oder den Schriften der Ahmadiyya-Gemeinde sowie ihr Interesse an einer Herausarbeitung „religiöser Differenzen“ folgen nicht einem allgemeinen Interesse an Erkenntnisgewinn, sondern dienen lediglich einer Argumentation gegen „die Moschee“.

Auf der Veranstaltung mit Pfarrer Gandow forderte eine Teilnehmerin, die Kirche solle sich „wie damals zu DDR-Zeiten auf die Seite der Bürger stellen“ und sich gegen die Moschee positionieren. Die Kirche wird in diesem Fall als moralische Instanz und gesellschaftlich relevanter Fürsprecher angerufen. Gleichzeitig erwarten die Moschee-Gegner/innen von ihr, dass sie ihre diffuse Argumentation einer „christlichen Identität“ professionell verargumentiert.

²⁹ Siehe Kapitel „Ethnisch-kulturelle Motive“, S. 40

Hierbei eröffnet die „Sonderstellung“ der Ahmadiyya-Gemeinde scheinbar eine Möglichkeit, die ablehnende Haltung als Kritik an einer „Sekte“ zu formulieren und somit eine generalisierende Ablehnung „des Islam“ zu umgehen.

2.3 Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger (IPAHB)

Die IPAHB umfasst nach Angaben ihres derzeitigen Vorstandsvorsitzenden Joachim Swietlik³⁰ 60-80 Personen. Angaben darüber, wie viele der Personen aus Heinersdorf oder Pankow oder anderen Berliner Bezirken kommen, liegen nicht vor.

Die Entwicklungsgeschichte der „Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger“ (IPAHB) ist eng verbunden mit der Strategie der Pankower CDU, den Protest gegen den Moscheebau zu einem Wahlkampfthema zu machen.³¹

Die IPAHB ging aus einem Treffen Heinersdorfer Moscheebau-Gegner/innen vom 15. März 2006 hervor. Am gleichen Tag fand eine Vorstandssitzung der CDU Pankow statt, auf der „die erwartete Gründung einer Bürgerinitiative“ gegen den Moscheebau unterstützt wurde. Die "Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger" wurde offiziell am 12.04.06 gegründet.

Am 21. April trat die IPAHB im bezirksöffentlichen Rahmen zum ersten Mal auf und übergab dem Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert ein Bürgerbegehren gegen den Moscheebau.

Am 3. Mai erschienen Vertreter/innen der IPAHB anlässlich einer außerordentlichen BVV-Sitzung zum Thema Moscheebau. Neben den Mitgliedern der IPAHB waren auch Rechtsextreme anwesend, die teilweise von IPAHB-Anhänger/innen in Schutz genommen wurden, als Mitglieder des „Pankower Netzwerks gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt“ forderten, die Rechtsextremen von der Versammlung auszuschließen.

Im Juni 2006 veranstaltete die IPAHB zwei Demonstrationen gegen den Moscheebau, die von Heinersdorf aus vor das Rathaus Pankow führten. Auf der Abschlussrede der zweiten Demonstration kündigte die IPAHB eine Postkartenaktion gegen den Bau der Moschee an. Zu Beginn dieser Aktion veranstaltete die Initiative Anfang August eine Pressekonferenz.

Darüber hinaus schaltete sich die Initiative in die Diskussion um einen Brandanschlag auf das Haus des Pankower CDU Vorsitzenden Stadtkewitz ein und ordnete diese Tat einem „linksextremistischen“ Spektrum zu. Diese Mutmaßungen decken sich nicht mit den Erkenntnissen der Polizei.

Eine dritte Demonstration wurde am 14. September, drei Tage vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen, durchgeführt. Alle Demonstrationen können insofern aus Sicht der IPAHB als Erfolg bezeichnet werden, als dass sie mit jeweils 800-1.500 Menschen sehr gut besucht waren. An den Demonstrationen beteiligten sich Bürger/innen aus verschiedenen Berliner Stadtteilen, teilweise waren auch Akteure aus anderen Städten mit Moscheebaukonflikten anwesend. Die Initiative „Bundesverband der Bürgerbewegungen“ sowie die Initiative „Pro Deutschland“ engagieren sich gegen den Bau von repräsentativen Moscheen in Deutschland.

³⁰ Joachim Swietlik löste im Juni 2006 den bisherigen Vorstandsvorsitzenden der IPAHB Dr. Heiner Fleck ab. Dr. Fleck war von seinem Posten aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten.

³¹ vgl. Junge Welt, 19.07.06

Die Beteiligung von Rechtsextremen lag bei allen Demonstrationen der IPAHB bei ca. 10%. Die Versuche der IPAHB, sich von den sich beteiligenden Rechtsextremisten zu distanzieren, erwiesen sich hierbei als wirkungslos. Die Aufrufe der Veranstalter, die Rechtsextremen mögen sich am Ende der Demonstration hinter einem Transparent „Ende der IPAHB-Demo“ einreihen, wurden nur von einem kleineren Teil der Rechtsextremen befolgt. Lediglich ein kleiner Teil der Rechtsextremen wurde zu Beginn der Demonstrationen am 20. Mai und am 14. September durch die Polizei an das Ende des Demonstrationzuges verwiesen.

Kurz vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen warb die IPAHB mit einer halbseitigen Zeitungsanzeige in der Berliner Zeitung für die Wahl der CDU:

„PDS, SPD und Grüne haben unsere Sorgen nicht ernst genommen. Im Gegenteil, sie haben uns diffamiert. Die CDU mit Dr. Friedbert Pflüger und René Stadtkewitz stehen seit Beginn des Protestes an unserer Seite. Sie reden nicht nur, sondern handeln mutig.“

Am 2. Januar demonstrierte die IPAHB mit etwa 80 Teilnehmenden gegen die Grundsteinlegung der Moschee. Die Demonstration war auf dem Nachbargrundstück angemeldet. Von dort aus wurde die Grundsteinlegung durch lautstarkes Abspielen von Mitschnitten früherer IPAHB-Demonstrationen gestört. Ein Redner schloss dabei seinen Beitrag mit den Worten ab „Wenn der Widerstand gegen diese Moschee rechts sein soll, dann bin ich eben rechts, das ist mir dann auch egal.“ Etwa 10 Aktivisten aus dem NPD- und Kameradschaftsspektrum schlossen sich dem Protest der IPAHB an.

Die IPAHB verfügt über eine eigene Website, auf der der aktuellen Stand der Unterschriftenliste, Presseerklärungen und Berichte der Aktivitäten zu finden sind. Hierzu wurden im April die Domains www.ipahb.de und www.pankow-heinersdorf.de eingerichtet.

In ihrer Außendarstellung legte die IPAHB zu Beginn der Proteste einen größeren Wert auf eine Abgrenzung von fremdenfeindlichen, islamophoben und rechtsextremen Akteuren, als in dem Zeitraum nach dem Vorstandswahlwechsel. So distanzierte sie sich zunächst öffentlich von der Demonstration einer „Bürgeraktion gegen Überfremdung“ am 20. Mai 2006 – einzelne Mitglieder der IPAHB beteiligten sich dennoch an dieser Demonstration.³²

Als weitere Homepage wird die Seite www.der-zyniker.de benannt, die bis Anfang Juli vom derzeitigen Vorsitzenden der IPAHB, Herrn Swietlik, betrieben wurde. Auf dieser Seite wurden auch ein Bericht und Fotos der Demonstration vom 20. Mai veröffentlicht, an der sich – entgegen der öffentlichen Distanzierung – mehrere Mitglieder der IPAHB beteiligt hatten. Diese Seite unterscheidet sich von Layout und Aufbau her nicht wesentlich von der Seite der IPAHB, fuhr jedoch inhaltlich einen

³² Die Adresse www.pankow-heinersdorf.de enthielt kurz vor dem 20.05.06 den Demonstrationaufruf der „Bürgeraktion gegen Überfremdung“, welche am 20.05.06 eine Demo gegen den geplanten Moscheebau durchführte. Auf dieser Homepage wurde allerdings der Originaltitel „Bürgeraktion gegen Überfremdung“, in „Bürgeraktion gegen politische Willkür und Missionierung durch den Islam“ abgeändert. Von dieser Demonstration distanzierte sich die IPAHB nach einer Abstimmung auf ihrer Mitgliederversammlung vom 15. Mai. Ein Mitglied stimmte gegen diese Distanzierung, da es durch die Domain www.pankow-heinersdorf.de in die „Demo gegen Überfremdung“ involviert war und verließ zunächst die IPAHB. Die Initiative strich daraufhin seine Domain von ihren Visitenkarten.

wesentlich konfrontativeren Kurs. Nachdem Swietlik den Vorsitz der IPAHB übernahm, wurde diese Homepage – abgesehen von einzelnen Aufrufen und Berichten über die Demonstrationen der IPAHB – nicht mehr weiter aktualisiert.³³

Die Motive der Aktivist/innen der IPAHB sich gegen den Bau der Moschee zu engagieren, sind vielfältig und unterschiedlich. Die Außendarstellung wird im Wesentlichen durch den Vorstand und seine Mitglieder bestimmt. Einzelne Mitglieder treten jedoch auf Diskussionsveranstaltungen in Erscheinung oder veröffentlichen Beiträge auf der Homepage der IPAHB, woraus hervorgeht, dass ihre unterschiedlichen Motive stark von der offiziellen Argumentation der IPAHB abweichen. Diese individuellen Motive werden im Kapitel „Motive und Argumente der Moscheebaugegner“ (S. 40ff) ausführlicher diskutiert.

In ihrer bisherigen Strategie scheint die IPAHB den „Handreichungen zur Moscheebauverhinderung“ der bundesweit agierenden Initiative „Bundesverband der Bürgerbewegungen“ zu folgen.³⁴ Die Initiative verbreitet über ihre Homepage eine „Handreichung für Moscheebau-Verhinderer“, an denen sich die bisherigen Aktionen der IPAHB orientieren. Hier werden einerseits als wichtige Erfolgskriterien „Kleinstadt“, „Widerstand aus der ‚Mitte der Gesellschaft‘“, „Verschleppung des Konfliktes in den nächsten Wahlkampf“ genannt und zeitlich aufeinander abgestimmte Tipps für eine erfolgreiche Moscheebauverhinderung gegeben, wie die Gründung einer Bürgerinitiative, die Initiierung einer Unterschriftensammlung, Flugblätter, Spendenaufrufe, Aufbau von Fronten von Befürwortern und Gegnern der Moschee, Aufbau von politischem Druck auf Moscheebefürworter insbesondere vor Wahlen etc. Diese Ratschläge wurden von der IPAHB in ähnlicher Reihenfolge befolgt.

Die IPAHB versucht, die lokalen Aktivist/innen gegen den Moscheebau zu sammeln und die vielfältigen Motive und Argumentationen gegen den Bau einer Moschee in Heinersdorf zu rationalisieren. Gleichzeitig übernimmt sie die „Außendarstellung“ des Protestes gegenüber den Medien und anderen Akteuren.

Die Argumentation der IPAHB hat einerseits die Verhinderung einer Moschee in Heinersdorf zum Ziel: Bereits zu der Informationsveranstaltung in der Turnhalle wurden über 1.200 Bürger/innen mit dem Slogan „Moschee im Dörfli? Neel!“ mobilisiert. Die Einwände der Bürger auf der Sitzung des Bauausschusses bezogen sich nur zu einem kleinen Teil auf eine konkrete Ablehnung der Ahmadiyya-Gemeinde.

Andererseits stellt der Umstand, dass speziell die Ahmadiyya-Gemeinde in Heinersdorf bauen möchte, aus Sicht der IPAHB einen „Sonderfall“ dar, der ihr Ziel – die Verhinderung einer Moschee – zu begünstigen scheint. Die Fokussierung der Proteste weg vom „Widerstand gegen eine Moschee in Heinersdorf“ hin zu einer „Ablehnung der Ahmadiyya-Sekte“ erleichtert die Argumentationsführung der Protestierenden in sofern, als dass hierdurch scheinbar nicht die Einstellungen der Aktivist/innen zu Menschen muslimischen Glaubens thematisiert werden müssen, sondern der

³³ Im Gegenzug nahmen die Vorwürfe und Unterstellungen gegenüber der Ahmadiyya-Gemeinde und allen Akteuren, die sich öffentlich für Toleranz gegenüber der Gemeinde ausgesprochen hatten, auf der Website der IPAHB an Schärfe zu. Nach der Demonstration vom 20. Mai verwies die Domain www.pankow-heinersdorf.de auf den Inhalt der Seite www.der-zyniker.de, nach dem Wechsel des Vorstandsvorsitzenden verwies die Domain wieder auf den Webspaces der IPAHB.

³⁴ Die Initiative ist aus einem Konflikt um den Bau einer Moschee in Werheim (Main-Tauber-Kreis) entstanden und wendet sich unter anderem gegen den Beitritt der Türkei in die EU, fordert ein restriktiveres Einwanderungsgesetz und richtet sich gegen Einwanderung aus islamisch geprägten Ländern. Ihr oberstes Ziel ist jedoch die Verhinderung von repräsentativen Moscheebauten in Deutschland, die sie als „Machtsymbole“ ansieht.

Konflikt von der Meta-Ebene eines „Kampfes der Kulturen“ auf den konkreten Fall der „Sekte“ herunter gebrochen werden kann. Hierbei bezieht sich die IPAHB auf die Thesen der Sozialwissenschaftlerin Hiltrud Schröter³⁵, welche die Moscheegemeinde als totalitär, antisemitisch und antichristlich bezeichnet hatte.

Die Selbst-Konstruktion der IPAHB wird in Kapitel „Exkurs: Der Deutungsrahmen der IPAHB-Argumentationen“ (S. 49) näher beschrieben. Eine Diskussion der vielfältigen Motive und Argumente der Moscheebau-Gegner/innen, unter denen der IPAHB eine Sprecher/innen-Funktion zukommt, findet in den Kapitel 3.1 bis 3.5 statt.

Die Sichtweise der IPAHB auf andere Akteure ist von einem klaren Freund/Feind-Schema geprägt, wodurch Gegenargumente und „abweichende“ Positionen oftmals auf einer Ebene der „Lagerbildung“ und nicht auf einer sachlichen Ebene erwidert werden. Akteure, die sich für eine Versachlichung des Konfliktes und die Wahrung der Grundrechte einsetzen, werden pauschal als „Moscheebefürworter“ betrachtet. In der frühen Phase des Konfliktes wurden vor allem einzelne Vertreter politischer Parteien für ihre Haltung angefeindet. Im weiteren Konfliktverlauf wurden alle zivilgesellschaftlichen Akteure, wie Pfarrerin Misselwitz, antirassistische und antifaschistische Gruppen sowie die Initiative „Heinersdorf, öffne Dich“ in diese imaginierte „Phalanx der Moscheebefürworter“ eingereiht. Pfarrerin Misselwitz wurde von der IPAHB angefeindet, weil sie mit der Veranstaltung „Der Himmel geht über allen auf – Neue Gotteshäuser in unserer Nachbarschaft“³⁶ eine Gesprächsrunde zwischen verschiedenen Vertreter/innen monotheistischer Religionen initiiert hatte, die sich einer direkten Konfrontation mit den Moscheegegner/innen entzog. In einem Bericht über die Demonstration vom 14. September wurde ihr Engagement verhöhnt. Dort heißt es, die Abschlusskundgebung vor der Kirche Alt-Pankow³⁷ habe eine Gelegenheit geboten, sich *„bei der sehr geehrten Pfarrerin für die überaus gelungene Veranstaltung des so genannten "Interkulturellen Dialogs" zu bedanken. Es ist immer wieder schön zu wissen, dass es Geistliche gibt, die sich so engagiert und fair für die Interessen ihrer Bürger einsetzen.“*³⁸

Den Medien wurde eine „tendenziöse und einseitige“ Berichterstattung vorgeworfen. In dem Text „ABC des Nachdenkens“³⁹ wird sogar unterstellt, die Medien seien von der Ahmadiyya beeinflusst. Darüber hinaus werden Journalist/innen mit biologistischen Metaphern belegt:

„Journalismus:

- *Leider zu oft die Handschrift der Ahmadiyya ... aber wir sind guter Hoffnung...*
- *von Tieren und Maden, die auch fressen und vegetieren ...“*

Im Mai machte Herr Swietlik auf seiner Homepage den ehemaligen Bezirksbürgermeister Kleinert aufgrund seiner Mitgliedschaft im RBB-Programmausschuss dafür verantwortlich, dass *„der RBB-Rundfunk so voreingenommen und tendenziös über die Bürgerinnen und Bürger von Pankow-Heinersdorf berichtet“* habe.⁴⁰

³⁵ Schröter, Hiltrud (2002): Ahmadiyya-Bewegung des Islam. Deutsche Hochschulschriften, Frankfurt am Main

³⁶ Siehe Kapitel „Kirchengemeinden“, S.17

³⁷ Die Demonstration war zunächst bis zum Rathaus Pankow angemeldet. Als die Veranstalter erfuhren, dass die Fassade des Rathauses an diesem Tag mit 60 Nationalflaggen und dem Spruch „Das ist Pankow“ geschmückt wurde, verkürzten sie die Route bis zur Kirche Alt-Pankow.

³⁸ <http://www.ipahb.de/index-Dateien/Page870.htm>

³⁹ <http://www.ipahb.de/index-Dateien/Page884.htm>

⁴⁰ www.der-zyniker.de/default.htm, 30.05.2006

Neben dem von der IPAHB forcierten Deutungsrahmen des Konfliktes⁴¹ lancierte die IPAHB auf ihrer Website eine Vielzahl von Gerüchten und Unterstellungen gegenüber „dem Islam“ im Allgemeinen⁴² und „der Ahmadiyya-Gemeinde“ im Besonderen, die einerseits die unterschiedlichen Sichtweisen eines breiten Protestspektrums abbilden, andererseits jedoch einen sachlichen Dialog mit der IPAHB als Vertreterin dieses Protestspektrums erschweren.

Auf der Homepage der IPAHB wird an mehreren Stellen behauptet, in Heinersdorf solle nicht nur „eine Moschee [...], sondern ein Komplex mit Kongreßzentrum“⁴³ gebaut werden. Das Bauvorhaben sei „für mehr als 1200 Betende projektiert“⁴⁴ und solle „die größte Ahmadiyya Moschee in Deutschland werden“. Ferner wird suggeriert, zukünftige „Welttreffen‘ der Ahmadiyya in Deutschland“ mit „ca. 45.000 Teilnehmern“ könnten bald in Heinersdorf stattfinden⁴⁵. Es wird unterstellt, die Ahmadiyya-Gemeinde verfolge das Ziel, die Scharia in Deutschland einzuführen und die Demokratie zu beseitigen.

In dem Text „ABC des Nachdenkens“ werden die in Deutschland lebenden Muslime als „Gäste“ bezeichnet, deren „Verfassungstreue“ in Zweifel gezogen wird. Ein Dialog mit Muslimen sei von vorne herein unmöglich: „mit Muslimen ‚über Gott und die Welt reden‘, geht eigentlich gar nicht“. In Deutschland finde ein „Krieg der Religionen“ statt, auch die Ahmadiyya-Gemeinde beabsichtige durch Missionierung „unsere Heimat, unser Vaterland in das Haus des Krieges zu verwandeln“ (Hervorhebungen im Original). Toleranz sei „sicherlich notwendig, aber doch irgendwie vergebliche Liebesmüh“. In einer Auseinandersetzung mit dem Begriff „Integration“, der von der IPAHB als Synonym für *Akkulturation*⁴⁶ verwendet wird, legt sie dar, dass ihre *Akkulturationsorientierung* von einer starken Forderung nach *Assimilation* geprägt ist. In ihrer ersten Veröffentlichung zu dem Brandanschlag auf das Haus des CDU-Abgeordneten René Stadtkewitz stellte die IPAHB auf ihrer Homepage einen Zusammenhang zwischen der Ahmadiyya-Gemeinde und dem Brandanschlag her. Dort hieß es: „Mehr als merkwürdig erscheint in diesem Zusammenhang der ‚Zufall‘, dass ausgerechnet am darauf folgenden Tag der Bauantrag für die Moschee der Ahmadiyya-Sekte beim Bezirksamt gestellt wurde“. In ihrer Presseerklärung vom 12. August wurde diese Passage leicht abgeschwächt: „Dass die Ahmadiyya unter dem Eindruck dieses Attentats auf Gegner ihres Bauvorhabens in Heinersdorf am selben Tag den Bauantrag abgibt, ist an Geschmacklosigkeit nicht zu übertreffen.“⁴⁷

Die zu Beginn des Konfliktes verfasste Protesterklärung der IPAHB ist teilweise in einer Sprache gehalten, die an Kriegsberichterstattungen erinnert und das Bild von ei-

⁴¹ vgl. Kapitel „Exkurs: Der Deutungsrahmen der IPAHB-Argumentationen“, S. 42

⁴² Vgl. Kapitel „Islambezogene Motive“, S. 42

⁴³ <http://www.ipahb.de/index-Dateien/Page834.htm>

⁴⁴ <http://www.ipahb.de/index-Dateien/Page364.htm>

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Vgl. Kapitel „Ethnisch-kulturelle Motive“, S.40. Nach dem Modell von Berry (1980) wird zwischen verschiedene *Akkulturationsstrategien* unterschieden, wobei unter *Assimilation* die *Partizipation bei Verweigerung des Erhalts wichtiger Elemente der eigenen Kultur* und unter *Integration* die *Partizipation bei einem Ermöglichen des Erhalts wichtiger Elemente der eigenen Kultur* zu verstehen ist. Eine Verwässerung dieser Begrifflichkeiten ist auch auf medial geführte „Integrationsdebatten“ zurückzuführen. Diese müssten im engeren Sinne als „Akkulturationsdebatten“ bezeichnet werden, da dort über die Verfolgung unterschiedlicher Akkulturationsstrategien gestritten wird.

⁴⁷ Siehe auch Kapitel „Islambezogene Motive“

nem „Abwehrkampf gegen Invasoren“ entwirft: Die Moschee wird als „Stützpunkt“ und das Baugrundstück auf dem „Territorium“ von Pankow-Heinersdorf aufgrund seiner Nähe zur Autobahn als „strategisch wichtiger Punkt“ bezeichnet. In einem Protestaufruf vom 2. Januar 2007 bezeichnete die IPAHB die Grundsteinlegung der Moschee als „Akt der Landnahme.“⁴⁸

Sowohl das Verhältnis zu anderen Akteuren als auch die von der IPAHB verwendete Sprache und die durch Suggestivfragen verklausulierten Unterstellungen gegenüber „der Politik“ und der Ahmadiyya-Gemeinde können als Strategie einer „Skandalisierung“ des Konfliktes und eines „Aufbaus von Fronten“ (s.o.) gedeutet werden. Auf diese Weise wird ein differenziertes Abbild der vielfältigen Positionen und Sichtweisen aller beteiligten Akteure in ein binäres Schema von „für oder gegen die Moschee“ umgedeutet. Hierdurch wird eine Versachlichung des Konfliktes erschwert. Die einfache Übernahme von Argumentationen aus anderen Moscheebaukonflikten und die Instrumentalisierung fragwürdiger Akteure⁴⁹, die sich einem allgemeinen Kampf gegen eine „Islamisierung“ bzw. „Überfremdung“ „der abendländischen Gesellschaft“ verschrieben haben, erschwert zudem die Auseinandersetzung mit den zugrunde liegenden Motiven derer, die der Moschee skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen.

2.4 Pankower Netzwerk gegen Rassismus Antisemitismus und rechte Gewalt

Das Pankower Netzwerk arbeitet seit drei Jahren in Pankow. Es handelt sich um ein zivilgesellschaftliches, heterogenes Bündnis, das aus Vertreter/innen verschiedener Parteien, antifaschistischer Gruppen, Einrichtungen der Jugendarbeit, Migrant/innenorganisationen und weiterer zivilgesellschaftlicher Gruppen besteht. Das Netzwerk war einer der ersten Pankower Akteure, der öffentlich für eine Unterstützung der Ahmadiyya-Gemeinde warb. Anfang Mai ging das Netzwerk mit einer Stellungnahme an die Öffentlichkeit. In dieser sprach sich das Netzwerk „gegen eine Ausgrenzung von Menschen muslimischen Glaubens“ und für das „Recht religiöser Minderheiten“ auf ihre „eigenen Gotteshäuser“ aus. Eine „Verständigung auf gleicher Augenhöhe“ sei ein elementarer Bestandteil der Demokratie.

Vertreter/innen des Netzwerkes verteilten die Stellungnahme erstmalig anlässlich der außerordentlichen Sitzung der BVV Pankow am 03.05.2006. In Folge waren Netzwerker/innen im Rahmen diverser öffentlicher Veranstaltungen anwesend, um die Stellungnahme zu verteilen und Unterschriften für einen weltoffenen und toleranten Bezirk zu sammeln. Außerdem verteilten sie die Stellungnahme in Heinersdorf persönlich und sahen sich dort z. T. mit offen rassistischer Ablehnung konfrontiert. Zusätzlich bemüht sich das Netzwerk, das Thema Moscheebau auf die Agenda größerer Veranstaltungen zu setzen.⁵⁰

Darüber hinaus steht das Netzwerk in Kontakt mit der Ahmadiyya Gemeinde und unternahm Versuche die Positionen der Moscheebaugegner/innen zu erfahren. In einem von der Netzwerkstelle [moskito] moderierten Gespräch trafen sich so Vertreter/innen des Netzwerkes mit Vertreter/innen der IPAHB. Die Positionen erwiesen sich als so konträr, dass beiderseits von weiteren Treffen Abstand genommen wurde.

⁴⁸ <http://ipahb.de/blog/?p=397>

⁴⁹ so bietet beispielsweise die Seite www.der-zyniker.de den „Minorityreport“, einen verschwörungstheoretischen „Bericht über die schleichende Islamisierung Europas“ an

⁵⁰ z. B. eine Podiumsdiskussion zum Thema „Moscheebau in Heinersdorf“ während „Tag der Mahnung und Erinnerung“, 13.09.2006

Dem Netzwerk als Pankower Akteur kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als dass es sich hier um ein heterogenes Bündnis handelt, das sich seit mehreren Jahren als arbeitsfähig erweist. Dass es dem Netzwerk bislang nicht gelungen ist, seine Aktivitäten in einen größeren Kontext zu stellen oder sich in einem breiteren Bündnis zu integrieren, ist auf eine vorsichtige Kooperationspolitik, vor allem jedoch auf den Mangel an Initiativen aus anderen Teilen der politischen Landschaft Pankows und Berlins zurückzuführen.

2.5 Initiative „Heinersdorf öffne Dich!“

Im November 2006 gründete sich die Initiative „Heinersdorf öffne Dich“. Sie setzt sich für Toleranz und die Grundsätze der Religionsfreiheit ein. Die Initiative wird von dem Mobilien Beratungsteam „Ostkreuz“ der Stiftung SPI unterstützt und begleitet. Sie eröffnete am 14. November ihre Website www.heinersdorf-oeffne-dich.de und formulierte dort sechs Grundsätze. Jeder, der mit diesen Thesen übereinstimmt, kann die Initiative unterstützen, indem er eine virtuelle Unterschrift leistet. Diese wird dann auf der Webseite veröffentlicht. In den ersten zwei Wochen kamen über 100 Unterschriften zusammen. Die Initiative bewarb ihre Website mit einer Plakatwand an der Romain-Rolland-Str. und stellte sich dort auch am 17. November der Öffentlichkeit vor.

Die Website bot auch ein Internetforum an, in dem über zwei Wochen hinweg kontrovers diskutiert wurde. Damit schuf die Initiative einen wichtigen Ort für einen Dialog und Austausch. Das Diskussionsboard „Zusammenleben in Heinersdorf“ wurde am 27. November geschlossen. Die Initiatoren erklärten dazu, die erste Diskussionsrunde sei beendet *„so wie jedes Gespräch einmal abgeschlossen wird. Der Dialog sollte damit keinesfalls beendet sein! Er wird unsererseits jedenfalls an vielen Stellen fortgeführt und zur Frage der Zukunft von Heinersdorf und dessen Ortskern auch hier im Forum.“*

Am 25.11.2006 veranstaltete die Initiative eine Zukunftswerkstatt für Heinersdorfer Bürger und Bürgerinnen, die vom Mobilien Beratungsteam „Ostkreuz“ organisiert wurde. Der Workshop sollte die Auseinandersetzung mit der stadtplanerischen Entwicklung des Stadtteils und ein intensiveres Miteinander aller Heinersdorfer fördern. Für den Januar 2007 wurde eine weitere Veranstaltung geplant.

Die Initiative „Heinersdorf öffne Dich“ wurde in den Medien oftmals verkürzt als „Bürgerinitiative gegen die Bürgerinitiative (IPAHB)“ dargestellt. Ebenso wurde sie von Seiten der Moscheebaugegner/innen als „Moscheebaugegner-Gegner“ bezeichnet. Diese verkürzte Darstellung wird der Initiative allerdings nicht gerecht, da diese den Moscheebaukonflikt zwar zum Anlass ihrer Gründung nahm, mit ihrer Orientierung an einer stadtplanerischen Entwicklung des „vernachlässigten“ Stadtteils eine nachhaltigere Perspektive aufweist und so ein relevanter Akteur in Gemeinwesen ist bzw. werden kann. Auch in Bezug auf den Moscheebaukonflikt geht es der Initiative nicht nur darum, einen „Gegenpol“ zur IPAHB zu schaffen, sondern gerade den vielfältigen Positionen gegenüber dem Moscheebau Gehör zu verschaffen.

2.6 Antifaschistische Gruppen

Unterschiedliche antifaschistische Gruppen (aus Pankow und ganz Berlin) haben sich mit Beginn des Konfliktes zu Wort gemeldet. Proteste gegen das Moscheebauvorhaben (und hier insbesondere durch die IPAHB) werden als rassistisch gedeutet und verurteilt. Auffällig hieran ist, dass sich die Kritik nicht auf die Teilnahme und das Engagement rechtsextremer Gruppierungen, Personen und Parteien an Protesten

beschränkt, sondern rassistische Tendenzen im gesamten Spektrum der Moscheebaugegner/innen einbezieht.

Allen Gruppen gemeinsam ist eine eindeutige Schwerpunktlegung auf den im Konflikt teilweise offen auftretenden Rassismus „aus der Mitte der Gesellschaft“ und den damit verbundene Anschlussmöglichkeiten für rechtsextreme Positionen. Dabei wird die Form, die der Bürgerprotest angenommen hat, nicht als Ausnahme oder als spezifisch für Heinersdorf angesehen. Betont wird u.a. auch die Verbindung des Moscheebauprotestes mit aktuellen Diskursen bzw. politischen Entwicklungen (Zuwanderungsdebatte, Ethnisierung sozialer Konflikte, Islam als feindliche Quasi-Ethnie). Ersichtlich wird darüber hinaus, dass sich aus dem konsistent säkularen Selbstverständnis antifaschistischer Gruppen notwendige Ambivalenzen in der Argumentation ergeben. Da sich Mitglieder dieser Akteursgruppe darüber bewusst sind, wird hervorgehoben, dass das Grundrecht auf Religionsfreiheit auch eine mögliche Entscheidung für ein Leben ohne Religion beinhalten muss.

Im Zuge des Engagements der antifaschistischen Organisationen positionierten sich diese - über Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Demonstrationen der Moscheebaugegner/innen hinaus - in Flugblättern, Positionspapieren, Informationsveranstaltungen, Pressemitteilungen und einer „Bündnisdemonstration“ antifaschistischer Gruppen am 27.8. in Pankow.

Die bisherigen antifaschistischen Aktionen waren davon geprägt, den Moscheebaugegner/innen öffentlich sichtbar (auf der Straße) und plakativ entgegen zu treten. Dieses Engagement wurde zum Angriffspunkt der Moscheebaugegner/innen und der Pankower CDU. So wurde ein Plakat mit einem Demonstrationsaufwurf der „Antifa Weißensee“ zum Anlass genommen, eine außerordentliche BVV Sitzung am 21.08.2006 einzuberufen. Durch die CDU wurde kritisiert, dass durch einen hängenden Gartenzwerg zur Gewalt gegenüber Heinersdorfer/innen aufgerufen worden wäre. Die CDU forderte weiterhin, dass sich die BVV geschlossen von dem „Aufruf zur Gewalt“ der „Antifa Weißensee“ abgrenzen und die Bürger/innen von Heinersdorf in Schutz nehmen solle. Die „Antifa Weißensee“ wies diese Vorwürfe von sich und erklärte: „Der deutsche Gartenzwerg steht im weitesten Sinne für die konservative Borniertheit vieler Deutscher.“ Mit Aufruf und Demonstration solle auf „ein gesamtgesellschaftliches rassistisches Klima“ reagiert werden.

2.7 Parteien und Verwaltung

CDU

Der Pankower Kreisverband der CDU stellt sich als bürgernaher Akteur im Moscheebaukonflikt dar und als die einzige demokratische Partei, die die Ängste und Sorgen der Heinersdorfer/innen ernst nehmen. Sie tritt offen gegen den Bau der Moschee ein und wirbt um Unterstützung für die IPAHB. Ein Blick auf die chronologische Entwicklung der themenrelevanten CDU-Aktivitäten legt nahe, dass wahlkampfstrategische Überlegungen⁵¹ ein Hauptfaktor für das Verhalten des Kreisverbandes sind. Informationen über eine Bauvoranfrage für eine Moschee lagen der CDU, wie allen anderen in der BVV vertretenen Parteien, spätestens seit Dezember 2005 vor. Zu diesem Zeitpunkt – 6 Monate vor offiziellem Bekanntwerden der Moscheebaupläne – soll die CDU beschlossen haben, das Thema zum Wahlkampfgegenstand zu machen.⁵² Bemerkenswerterweise wurde diese taktische Haltung der CDU Pankow bislang –

⁵¹ Vgl. Kapitel „Eigennutzorientierte Erwägungen“ S. 45

⁵² Junge Welt, 19.07.2006

trotz allgemein zugänglicher Informationen – in der öffentlichen und politischen Diskussion kaum thematisiert.

CDU und IPAHB beziehen sich stark aufeinander und unterstützen sich. Es ist davon auszugehen, dass die IPAHB nicht nur der CDU nahe steht, sondern auch von CDU Mitgliedern mitinitiiert worden ist. Die IPAHB konnte zu jeder Zeit auf das Know-How und die Infrastruktur der CDU Pankow zurückgreifen. So übernahmen neben der Heinersdorfer Grundschuldirektorin Marina Vogel drei Pankower CDU-Mitglieder die Außendarstellung der IPAHB in einem Fernsehinterview mit dem Magazin „Kontraste“⁵³. Nach Angaben der „Jungen Welt“ sammelten ebenfalls vorwiegend CDU-Mitglieder die Unterschriften für die Kampagne der IPAHB. Auch die Protest-Postkarten der IPAHB wurden durch die CDU Pankow verteilt: „In der Kreisgeschäftsstelle liegen zwölf Kartons Postkarten der Bürgerinitiative gegen den geplanten Moscheebau“ zitierte die Berliner Morgenpost aus einer Rundmail der Kreisgeschäftsstelle der CDU⁵⁴.

Abgesehen von der öffentlichen Unterstützung der Moscheebaugegner/innen engagiert sich die CDU Pankow durch unterschiedliche Initiativen beim Bezirksamt – so z.B. durch die Aufforderung, die Ahmadiyya-Gemeinde bei der Wahl eines anderen Standortes zu unterstützen oder die Aufforderung des CDU Kreisvorsitzenden René Stadtkewitz an den Bezirksbürgermeister, die Heinersdorfer/innen gegenüber Rassistis-Vorwürfen antifaschistischer Gruppen (s.o.) in Schutz zu nehmen.

Die Argumentation der CDU Pankow ist teilweise identisch mit dem von der IPAHB gewählten Widerstands-Framing (Vgl. „Exkurs: Der Deutungsrahmen der IPAHB-Argumentationen“ (S. 49). Doch auch jenseits der Kritik an der Ahmadiyya-Gemeinde als „Sekte“ flossen Argumente der IPAHB in die Argumentation der Pankower CDU ein. So gab der CDU Kreisvorsitzenden René Stadtkewitz im September gegenüber der rechtsextremen Wochenzeitung „Jungen Freiheit“ an, die Moschee sei „für 1.000 Personen“ konzipiert. Später räumte er ein, diese Angabe ungeprüft von der IPAHB übernommen zu haben.

Über die Haltung der CDU Pankow zum Moscheebau gab es *innerhalb* des Bezirksverbandes Konflikte, die u. a. auch zum Rücktritt und späteren Parteiaustritt des damaligen Vorsitzenden des Ortsverbands Prenzlauer Berg, Karl Hennig, führten.

Mit ihrer unbedingten Solidarisierung zur IPAHB und eigenen Positionierungen in der Debatte setzte sich der Kreisverband Pankow teilweise in direkten Widerspruch mit *anderen* Berliner Kreisverbänden sowie dem Landesverband und seinem Spitzenkandidaten für die Berliner Abgeordnetenhauswahlen 2006, Friedbert Pflüger. Dieser hatte – nach einer anfänglichen Unterstützung der Moscheebaugegner/innen – am 30.08.2006 erklärt: „*Es gelten das Grundrecht der Religionsfreiheit und das Baurecht. Wenn keine rechtlichen Bedenken entgegenstehen, kann die Moschee selbstverständlich gebaut werden. Ich werde mich dann ggf. sogar für einen Schutz der Baustelle bzw. der Moschee einsetzen.*“⁵⁵

Bereits im April 2006 hatte sich der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin und Ehrenvorsitzende der Berliner CDU, Eberhard Diepgen, positioniert: „*Da wird*

⁵³ ebenda

⁵⁴ Berliner Morgenpost, 29.07.2006

⁵⁵ Antwort von Dr. Friedbert Pflüger auf http://www.kandidatenwatch.de/dr_friedbert_pflueger-323-8789-1-p438.html (30.08.2006)

*ernsthaft als Ablehnungsgrund vorgetragen, die Anhänger der kleinen Religionsgemeinschaft wohnten nicht in Pankow. Kleinen Religionsgemeinschaften mit einer Mitgliedschaft, die über die ganze Stadt zerstreut wohnt, fänden bei dieser Argumentation nirgendwo einen Platz... In Pankow darf gebaut werden.*⁵⁶

Im Zuge der Auseinandersetzungen um den geplanten Moscheebau positionierte sich die Reinickendorfer BVV (einschließlich der Reinickendorfer CDU) für das Recht auf Religionsfreiheit und verurteilte alle Bestrebungen, „die den Bau von Gotteshäusern verfassungsmäßig agierender Religionsgemeinschaften verhindern wollen.“⁵⁷

SPD

Sozialdemokraten, insbesondere des Kreisverbandes Berlin NordOst, sehen im Moscheebau Streit einen Konflikt um Grundwerte der Gesellschaft, weniger eine Auseinandersetzung um die Einschätzung einer einzelnen Religion oder Glaubensgemeinschaft: „Im Übrigen entspricht es nicht den Überzeugungen der SPD, sich für oder gegen eine Religionsgemeinschaft und ihr Wirken einzusetzen.“⁵⁸ Die SPD hat diese grundlegende Dimension bereits in frühen Stadien des Moscheebaukonflikts thematisiert.

Die Reaktion der Moscheebaugegner/innen wurde in den frühen Phasen des Konflikts als „Sorgen und Ängste, die auch auf Unkenntnis beruhen können“⁵⁹ beschrieben. Es gebe „berechtigte Anliegen“ der Anwohnerinnen und Anwohner wie z.B. „Sorgen über eine ggf. schwierige Integration in das örtliche Umfeld“ oder „hinsichtlich der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“. Hieran knüpft sich auch die Konfliktlösungsvorstellung der Sozialdemokrat/innen: Mit Bürgerinnen und Bürgern, aber auch mit der Ahmadiyya Gemeinde solle ein kritischer Dialog geführt werden. Davon unbenommen sei die Gewährleistung des Rechts auf freie Religionsausübung und damit die Rechtmäßigkeit des Moscheebaus.

Im Laufe des Moscheebaukonflikts wurden Aussagen von SPD Politikern zum Thema deutlicher. Als einer der wenigen Landespolitiker/innen, die sich überhaupt im Moscheebaukonflikt positionierten, fand der Spitzenkandidat der SPD und Regierende Bürgermeister, Klaus Wowereit, vergleichsweise prägnante Worte: „Es gibt keine ‚No-Go-Areas‘ für Moscheen in Berlin und wir dürfen das auch nicht zulassen.“⁶⁰ Zwar sei es das Recht eines jeden Bürgers zu demonstrieren, „aber das Ziel einer solchen Demonstration ist nicht hinnehmbar“. Zudem finde er es schlimm, wenn eine Bürgerinitiative gemeinsam mit Rechtsradikalen demonstriere.⁶¹

Alle genannten Aussagen und Positionierungen wurden in der heißen Phase des Wahlkampfes getätigt. Zwar wird hier eine deutliche Betonung der Gegnerschaft zur CDU und ihrer Position in Sachen Moschee deutlich. Von einer Instrumentalisierung des Themas im Wahlkampf kann jedoch keine Rede sein – SPD, Linkspartei.PDS und Bündnis '90/ Die Grünen traten immer wieder mit gemeinsamen Erklärungen an die Öffentlichkeit.⁶² Dem Wahlkampf selbst ist sicher geschuldet, dass weitere und deutlichere Positionierungen zur Frage des Moscheebaus ausblieben, nicht nur bei

⁵⁶ BZ, 29.04.2006

⁵⁷ Die Welt, 17.06.2006

⁵⁸ Erklärung der SPD NordOst „Moscheebau: SPD NordOst fordert Einhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, vom 4.4.06

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Berliner Zeitung, 30.06.06

⁶¹ Die Tageszeitung, 30.06.06

⁶² Siehe S. 31

der SPD. Das Wahlergebnis zu den BVV Wahlen in Heinersdorf für die SPD zeigt dennoch eine deutliche Verschlechterung des prozentualen Stimmanteils um 8,8% auf 22,2% aller abgegebenen Stimmen im Sozialraum Heinersdorf.⁶³

Die Linke /PDS

Ähnlich wie auch andere Parteien, anerkennt die Linkspartei.PDS „Sorgen“ der Bevölkerung im Rahmen der Moscheebaudebatte, verweist aber auch auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene: *„Es gibt Ängste und Befürchtungen, weil dort jetzt etwas Ungewohntes und für die Wohngegend auch Neues entstehen soll. Aber vor allem gibt es Befürchtungen und Ängste, weil seit Jahren auch in Deutschland ein Islambild reproduziert wird, nach dem Muslime durchgehend potenzielle Terroristen seien. Mit der Berliner Realität hat das nichts zu tun.“*⁶⁴ Die Pankower Linkspartei.PDS *„nimmt die Sorgen und Ängste von Bürgerinnen und Bürgern in unserem Bezirk ernst.“*

Mit diesen Ängsten und Sorgen ist auch der wachsende Druck auf Menschen gemeint, die sich nicht zu einer Moscheegegnerschaft zwingen lassen wollen. *„Bürgerinnen und Bürger aus Heinersdorf, die dieser Kampagne kritisch gegenüberstehen, trauen sich nicht mehr, entsprechende Meinungen gegenüber ihren Nachbarn zu äußern“*, stellte Spitzenkandidat Gernot Klemm fest.⁶⁵ Die Heinersdorfer Basis der Linkspartei.PDS bekommt den politischen Druck deutlich zu spüren. Ein Mitglied berichtete: *„Ja, ich selber bin auch aufgefordert worden [sich an den Protesten gegen die Moschee zu beteiligen], habe aber gleich abgelehnt und erklärt, aus welchen Gründen ich das nicht mittragen kann. [...] Es wurde richtig gedroht, dass wir sonst nicht mehr gewählt werden würden, bei der Kommunalwahl und auch bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus. Aber damit kann ich leben.“*⁶⁶

In der öffentlichen Kommunikation wurde das Grundrecht auf freie Religionsausübung nicht als Frage des Bekenntnisses gesehen, sondern als Rahmenbedingung gesetzt, derer es sich zu fügen gelte: *„Entsprechend der im Grundgesetz verankerten Religionsfreiheit und entsprechend der baurechtlichen Gegebenheiten muss dem Begehren der Gemeinde entsprochen werden.“*⁶⁷ Diesem „Sachzwangargument“ werden weitere pragmatische Gründe an die Seite gestellt, wie z.B. dass *„der Ortsteil Heinersdorf und der für seine Weltoffenheit bekannte und beliebte Bezirk Pankow öffentlich Schaden“* nehmen könnte.⁶⁸ Der Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei.PDS) äußerte sich hinsichtlich des Moscheebaukonflikts ähnlich, dass nämlich *„nur ein weltoffener Wirtschaftsstandort Investitionen aus aller Welt anziehe.“*⁶⁹

Umso deutlicher fällt die Abgrenzung zur IPAHB und den organisierten Moscheebaugegner/innen aus. Ihnen wird attestiert, dass *„eine Abgrenzung der Moscheegegner gegen Spitzenfunktionäre rechter Kameradschaften, NPD und Republikaner“* nicht mehr gegeben sei.⁷⁰ Mit seiner anfänglichen Positionierung gegen den Bau der Mo-

⁶³ Bezogen auf Sozialraum 15 Heinersdorf, d.h. die Stimmbezirke 126, 127, 129

⁶⁴ Klaus Lederer auf dem 10. Berliner Landesparteitag der Linkspartei.PDS am 6.5.06 (Generaldebatte zum Wahlprogramm)

⁶⁵ Gernot Klemm: „Für Religionsfreiheit und Toleranz“, 27.06.06 auf <http://www.kandidatenwatch.de/>

⁶⁶ Interview mit Heinersdorfer PDS Mitglied

⁶⁷ Gernot Klemm, a.a.O.

⁶⁸ ebd.

⁶⁹ Linkspartei.PDS, Landesverband Berlin: „Kritik an CDU-Stimmungsmache“, Mai 2005

http://www.linkspartei-berlin.de/politik/berlininfo/2006/05/in_kuerze/

⁷⁰ Gernot Klemm, a.a.O.

schee in Heinersdorf „fische“ der CDU Spitzenkandidat Pflüger „*in trüben, fremdenfeindlichen Strömungen nach Wählerstimmen*“.⁷¹

Leitbild der Linkspartei im Rahmen des Moscheebaukonflikts ist die Verwirklichung eines „*solidarischen Miteinanders in Heinersdorf und ganz Pankow*“. Recht pragmatisch schlägt Spitzenkandidat Klemm vor, über das „Wie?“ eines solchen Miteinanders zu reden, grundsätzlich dürfe es jedoch nicht in Frage gestellt werden.

Heinersdorfer Wähler/innen honorierten diesen Kurs der Linkspartei nicht. Die PDS ist mit mehr als 21% Stimmenverlusten große Verliererin der Wahl im Sozialraum Heinersdorf. Dies ist neben allgemeinen, Berlin-weiten Faktoren sicher auch mit der streitbaren Rolle des Bürgermeisters Burkhard Kleinert verbunden. Der Moscheebaukonflikt führte darüber hinaus vermutlich auch zu einer notwendigen Positionsklärung in der Anhängerschaft der Linkspartei.

Bündnis 90 / Die Grünen

In den Verlautbarungen von Bündnis '90/ Die Grünen werden die Auseinandersetzungen um den Bau der Moschee in erster Linie in begrifflichen Kategorien eines interkulturellen Konfliktes beschrieben. Recht früh, d.h. im März 2006, erklärte der Kreisverband Pankow, dass die Ablehnung des Moscheebaus durch Bürgerinnen und Bürger vor dem Hintergrund eines multikulturellen Berlins „nicht verständlich“ sei; weiterhin bestehe eine „*gewisse Unsicherheit wegen der fremden Kultur und Religion*“.⁷²

Konfliktlösungsvorstellungen von Bündnis '90/ Die Grünen zielen vor allem auf Werbung für Toleranz gegenüber der Ahmadiyya Gemeinde und allgemeine positive Visionen und Leitbilder. Darin wird konsequent an der Deutung eines interkulturell/ interreligiösen Konflikts festgehalten. Bündnis '90/ Die Grünen „*stehen für den Dialog der Kulturen und Religionen*“.⁷³ „*Wer den Prozess der Globalisierung gestalten will, der muss anderen Kulturen, anderen Religionen, die auf dem Boden von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stehen, auch Raum für Entfaltung geben*“.⁷⁴

Konkrete Aktivitäten der Partei im Moscheebaukonflikt sind gemeinsame Erklärungen mit SPD und Linkspartei. PDS als auch Vermittlungsversuche zwischen den Akteuren im Moscheebaustreit. Letztere sind jedoch in erster Linie auf das Engagement des damaligen Bürgermeisterkandidaten und bis Oktober 2006 amtierenden BVV-Vorsitzenden Jens-Holger Kirchner (Grüne) zurückzuführen. Ziel dieser Vermittlungsversuche sei es gewesen, „*die Ahmadiyya-Gemeinde und die zum Teil kritische Einwohnerschaft von Pankow einander näher zu bringen*“. Ein „*ergebnisoffener Dialog*“, wie von Moscheebaugegner/innen und CDU gefordert, wird von Bündnis '90/ Die Grünen jedoch abgelehnt: „*Grundsätzlich gibt es keinen Grund, die Ahmadiyya-Gemeinde davon abzubringen, auf ihrem Grundstück ein Gebäude zu religiösen Zwecken zu errichten*“.⁷⁵

⁷¹ Linkspartei.PDS, a.a.O.

⁷² Bündnis 90/ Die Grünen, Kreisverband Pankow: PM „Für ein tolerantes und weltoffenes Pankow“, März 2006)

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Gemeinsame Erklärung von Stefanie Remlinger, Stefan Gelbhaar (Kreisvorsitzende B90/Grüne Pankow), Andreas Otto (Fraktionsvorsitzender B90/Grüne Pankow) und Volker Ratzmann (Fraktionsvorsitzender B90/Grüne in der Abgeordnetenhausfraktion von Berlin), 31.3.2006

⁷⁵ Andreas Otto, Direktkandidat für das Berliner Abgeordnetenhaus 2006 in einer Antwort vom 06.08.2006 auf http://www.kandidatenwatch.de/andreas_otto-323-8517--p406.html

Die Position der Grünen und Aktivitäten ihres Bürgermeisterkandidaten Kirchner wurden durch Wähler/innen im Gebiet Heinersdorf – für viele überraschend – honoriert. Auch wenn ein Berlin-weiter Aufwärtstrend der Grünen in Betracht gezogen wird, ist ein Anteil von 8,73% im angeblichen „Kernland“ der Moscheebauegerner/innen signifikant und mehr als erstaunlich.

FDP

Die FDP verfügt erst seit Oktober 2005 über Fraktionsstatus in der Pankower BVV und konnte somit bislang nur wenig kommunalpolitisches Profil erringen. Die Haltung der Pankower FDP zum Moscheebauprojekt wandelte sich deutlich im Laufe der öffentlichen Diskussion: Noch im März 2006 hatte der Vorsitzende der FDP-Fraktion in der Pankower BVV, André Spannemann, sich – als eine der ersten Reaktionen auf das Bekanntwerden der Moscheebaupläne – mit einer Anfrage an das Bezirksamt gewandt, in der der Ahmadiyya Gemeinde unterstellte, dass sie die Bundesrepublik und ihr Rechtssystem als „Aufmarschgebiet“ missbrauche. Dass Pankower FDP Mitglieder „federführend“ an der Organisation der Moscheebauproteste beteiligt waren, wurde parteiintern kritisiert.⁷⁶

Im August 2006 erklärte Spannemann hingegen, dass die Errichtung von Gemeindezentren eine Selbstverständlichkeit sein sollte, allerdings hätten Bürger/innen frühzeitig in die Informationskette einbezogen werden müssen.⁷⁷ Mit letzterem Punkt versucht die FDP ihre Abgrenzung zur Haltung der Pankower CDU zu untermauern und den Anspruch der CDU auf Alleinvertretung der Moscheebaukritiker/innen anzugreifen.

Die Haltung der Pankower FDP wurde im Zuge der öffentlichen Kommunikation während des Wahlkampfes hin zu einer gemäßigeren Haltung revidiert. Hintergrund dafür ist auch, dass der Berliner Landesverband der FDP sich für die Gewährleistung des Grundrechts auf Religionsfreiheit ausgesprochen hatte. Die Berliner Jungliberalen (JuLis) positionierten sich bereits frühzeitig durch eine symbolische „Grundsteinlegung“ der Moschee am 20. Mai 2006.

Gemeinsame Initiativen von SPD, Linkspartei.PDS, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP

Im Zuge des Moscheebaukonflikts kam es zu mehreren gemeinsamen Erklärungen der in der BVV Pankow vertretenen demokratischen Parteien – mit Ausnahme der CDU. Diese Polarisierung zwischen Christdemokrat/innen und anderen Parteien war Anlass aller Erklärungen, wenn auch zu unterschiedlichen Themen.

In einer gemeinsamen Erklärung vom 31.08.2006 bekunden SPD, Linke und Grüne ihre Besorgnis um die politische Kultur, da die Pankower CDU den Konflikt mit der Forderung nach einem „ergebnisoffenem Dialog“ bewusst anheizen würde. Auch die Einberufung einer BVV Sondersitzung anlässlich des Demonstrationsaufrufes antifaschistischer Gruppen sehen die genannten Parteien als Instrumentalisierung des Themas zu Wahlkampfzwecken.⁷⁸

Anlässlich des Interviews des Abgeordnetenhaus-Kandidaten der CDU, René Stadtkewitz, für die neu-rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ wurde die Verschärfung

⁷⁶ Friedrich Ohnesorge, Mitglied im Berlin Landesvorstand der Jungen Liberalen, <http://www.liberalis.de/forum/index.php?s=66f5a31a33ef75dbf7f10510efa6aec5&showtopic=2216>

⁷⁷ Andre Spannemann auf <http://fdp-bezirksverband-berlin-nord-ost.org.liberales.de/>, 21.08.2006

⁷⁸ Gemeinsame Erklärung von SPD, Die Linke.PDS und Bündnis 90/Die Grünen, 31.8.06

des Konflikts seitens der CDU erneut scharf kritisiert. Stadtkewitz hätte den „Schulterabschluss mit rechtsextremen Kreisen“ vollzogen und sich somit als politischer Gesprächspartner „vollständig diskreditiert“. Der Kreis der unterzeichnenden Parteien erweiterte sich diesmal um die FDP.⁷⁹

Angesichts der starken Polarisierungen in der Parteilandschaft und insbesondere der Haltung der CDU, gemeinsame Entscheidungen von BVV und Bezirksamt nicht mitzutragen, drohten SPD, Linkspartei und Grüne Ende August damit, die Neuwahl eines CDU Bezirksstadtrats danach zu beurteilen, „*ob er den demokratischen Konsens im Bezirk mittrage oder nicht.*“⁸⁰ Den Parteivertreter/innen wurde daraufhin durch die Pankower CDU ein „gestörtes Demokratieverständnis“ vorgeworfen sowie die Instrumentalisierung eines Themas, „das viel Fingerspitzengefühl und einen sachlichen Dialog“ erfordere, für Wahlkampfzwecke.⁸¹

BVV-Vorsteher

Die Position des Pankower Bezirksverordnetenvorstehers wurde bis zur konstituierenden Sitzung der neuen Legislaturperiode im Oktober 2006 durch Jens-Holger Kirchner (Bündnis 90/Die Grünen) ausgefüllt. Kirchner ist im Moscheebaukonflikt einer der profiliertesten Vertreter auf kommunalpolitischer Ebene. Sein Engagement bewegte sich im Spannungsfeld seiner Rollen als Vorsteher der BVV und Bürgermeisterkandidaten seiner Partei.

Kirchner war seit Beginn der öffentlichen Debatte um den Moscheebau präsent, schließlich war die Sitzung des Bau-Ausschusses der BVV das erste öffentliche Ereignis auf kommunalpolitischer Bühne. Anfänglich versuchte der BVV Vorsteher in erster Linie einen Kommunikationsprozess zu gewährleisten. Der Vorschlag einer Bürgerversammlung – die letztlich am 30. März in einer Heinersdorfer Turnhalle stattfand – ist auf ihn zurückzuführen. Des Weiteren bemühte Kirchner sich frühzeitig um Kontakt zu den verschiedenen am Konflikt beteiligten Akteuren – zur Ahmadiyya Gemeinde, dem Heinersdorfer Pfarrer Kaehler, der örtlichen Schuldirektorin, später auch zu Vertretern der IPAHB. Diese Versuche der Kontaktaufnahme waren zeitintensiv und kleinteilig. Ziel war es, einen Prozess zu gewährleisten, in dem eine Verhandlung der verschiedenen Argumente möglich wurde. Der BVV Vorsteher stellte eigene politische Positionen weitestgehend zugunsten einer konkreten Vermittlungstätigkeit zurück.

Gemeinsam mit Bürgermeister Burkhard Kleinert verfasste der BVV Vorsteher einen Bürgerbrief an alle Haushalte im Ortsteil Heinersdorf, der diese am 16.05. erreichte. Darin wird verdeutlicht, dass zu keiner Zeit ein rechtlicher Spielraum bei der Erteilung des Bauvorbescheides bestand und somit ein „ergebnisoffener Dialog“ nicht möglich sei.⁸²

Im Rahmen seiner Rolle als BVV Vorsteher beauftragte Kirchner das Rechtsamt mit der Prüfung einer Veröffentlichung des CDU Kreisverbandes Pankow wegen Verdachts auf Volksverhetzung. Die Publikation bezeichnete die Struktur der Ahmadiyya-Gemeinde als „*undemokratisch, vermutlich sogar totalitär*“ und stellte einen Zu-

⁷⁹ Gemeinsame Erklärung von SPD, Die Linke.PDS, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, 12.9.06

⁸⁰ Die Tageszeitung, 31.08.2006

⁸¹ „Gestörtes Demokratieverständnis bei Rot-Rot-Grün“, www.cdupankow.de, 31.09.2006

⁸² Siehe auch Seite 42

sammenhang mit „satanisch-rechtsextremen Organisationen“ her.⁸³ Diese Aktivität brachte Kirchner den Vorwurf seitens der Pankower CDU ein, er agiere nicht mehr im Rahmen der ihm aufgegebenen Neutralität.

Eine Einschränkung der moderierenden Rolle des BVV Vorstehers ist in der Tat nach dem Scheitern der Bürgerversammlung in Heinersdorf, mit der Forderung von Moscheebaugegner/innen und CDU nach einem „ergebnisoffenem Dialog“ und Herannahen des Wahlkampfes zu erkennen. Der BVV Vorsteher als auch der Bürgermeister waren in ihrer Rolle gezwungen, die Entscheidungen der politischen Ebene und der Verwaltung des Bezirksamtes zu kommunizieren und zu verteidigen – durchaus in Übereinstimmung mit den eigenen (partei)politischen Positionen.⁸⁴ Da das Bezirksamt von Moscheebaukritiker/innen – losgelöst vom (grund)gesetzlichen Auftrag – als eigenständiger politischer Akteur gesehen wurde, erschien eine Vermittlung somit schwer möglich.

Über die Rolle des neuen Vorstehers der BVV im Moscheebaukonflikt, Burkhard Kleinert, ist wenig bekannt. Inwieweit er eine neutralere Position im Vergleich zu seiner Bürgermeistertätigkeit einnehmen möchte und ob dies gelingt, ist kaum abschätzbar.

Bezirksamt / Bürgermeister

Als Vertreter des Bezirksamtes (bis zu seiner Neukonstituierung im Oktober 2006) und seiner Partei vertrat Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert (Linkspartei.PDS) öffentlich die Entscheidungen zur Umsetzung des Grundrechts auf Religionsfreiheit und des Baurechts.

Informationen zu den Rahmenbedingungen und Grundlagen der Bezirksamtsentscheidung wurden im o.g. Bürgerbrief an die Bewohner/innen Pankow-Heinersdorfs dargestellt.

Im Rahmen seiner Amtspflichten war Kleinert auch für den Umgang mit dem von der IPAHB im April 2006 beantragten Bürgerbegehren betraut. Im Zuge dessen leistete Kleinert Beratung und wies bereits vor Antragstellung auf Ablehnungsgründe hin. Die letztendliche Ablehnung des Antrags auf Bürgerbegehren wurde ebenfalls durch Kleinert kommuniziert, jedoch auch öffentlich durch Innensenator Ehrhard Körting unterstützt. Die Annahme des Bürgerbegehrens wäre ein Verstoß gegen das Neutralitätsgebot der Verfassung, so Kleinert.⁸⁵

Doch auch über die Repräsentanz der BVV und Verwaltungsentscheidungen hinaus positionierte sich Kleinert eindeutig auf Seiten der Moscheebaubefürworter. Anlass dazu bot beispielsweise der Aufmarsch der NPD gegen den Moscheebau am 1. April in Pankow. Bezirksbürgermeister Kleinert rief mit anderen Politiker/innen und Initiativen zu Protesten auf. Doch auch gegenüber den Moscheebaugegner/innen ließ Kleinert das Rathaus Flagge zeigen. Im Rahmen der Demonstration am 14.09. 2006 wurde das Pankower Rathaus mit Flaggen von 60 Nationen, die durch Einwohner/innen in Pankow vertreten sind, und dem Slogan „Das ist Pankow“ bestückt. Nicht zuletzt diese symbolhaltigen Aktionen verankerten das Bild eines politisch eindeutig positionierten Bezirksamtes bei Moscheebaukritiker/innen. Bezirksbürgermeis-

⁸³ Tagesspiegel, 18.08. 2006

⁸⁴ Berliner Zeitung, 20.05.2006: „Jens-Holger Kirchner sagt, dass Religionsfreiheit nicht durch ‚Wir-sind-das-Volk-Gebrülle‘ ausgehebelt werden darf. ‚Nein. Da werden wir grundsätzlich im Bezirk, und das sage ich aus tiefer Überzeugung.‘“

⁸⁵ Der Tagesspiegel, 10.05.2006

ter Kleinert forderte bereits zu einem frühen Zeitpunkt die Akzeptanz des Baus der Ahmadiyya-Moschee als Grundbedingung ein, ohne die es keinen politischen Dialogprozess gebe: *„Ich erwarte von allen verantwortungsbewussten Bürgern, dass sie dazu beitragen, dass sich die Lage in Heinersdorf entspannt und sich gute nachbarschaftliche Beziehungen zu der muslimischen Gemeinde entwickeln.“*⁸⁶

Der seit Oktober 2006 amtierende Bezirksbürgermeister Matthias Köhne (SPD) möchte die „Zeit des Gegeneinanders überwinden“. Diese programmatische Orientierung formulierte Köhne im Rahmen der Grundsteinlegung der Moschee am 2. Januar 2007. In seiner Rede zu diesem Anlass – bislang eine der wenigen offiziellen Äußerungen zum Thema – konstatiert Köhne, dass in der vergifteten Atmosphäre notwendige Differenzierungen nicht mehr stattfinden konnten. *„Die Aufgabe aller demokratischer Parteien und der demokratischen Öffentlichkeit wäre es gewesen, dazu beizutragen den Konflikt zu lösen, statt ihn anzuheizen und zu instrumentalisieren.“*⁸⁷ Mit der hier anklingenden Kritik der bisherigen politischen Praxis verbindet Köhne eine Repositionierung des Bezirksamtes: Zwar wird weiterhin Kritik an den *„im Kern fremdenfeindlichen Protesten“* gegen den Moscheebau zu üben sein. Allerdings geht der Bezirksbürgermeister deutlicher auf inhaltliche Distanz zur Ahmadiyya-Gemeinde, gesteht so teilweise den Kritiker/innen der Gemeinde Raum zu und versucht das Bezirksamt aus der „Schusslinie“ der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu nehmen. Die Rolle des Bezirksamtes sieht Köhne – im Unterschied zu seinem Vorgänger – weniger in der des politischen Akteurs, sondern vor allem in der Unterstützung aller *„dialogbereiten Initiativen, die ein friedliches und aufgeschlossenes Miteinander zum Ziel haben.“*⁸⁸

Der Baustadtrat

Am 19.04.2005 reichte die Ahmadiyya Muslim Gemeinde im Amt für Planen und Genehmigen des Bezirksamtes Pankow einen Antrag auf Vorbescheid für ein islamisches Gemeindezentrum mit Moschee ein. Am 26.04.2005 unterrichtete Baustadtrat Federlein das Bezirksamtskollegium über diese Bauvoranfrage.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Referat VID (Bauaufsicht) wurde vom Bezirksamt Pankow, Amt für Planen und Genehmigen mit Schreiben vom 18.07.2005 über die Bauvoranfrage informiert. Da für das angefragte Grundstück kein Flächennutzungsplan vorlag, musste das Gelände zunächst von der Senatsverwaltung ausgewiesen werden. Das Gelände war bereits als Mischgebiet ausgewiesen, wenn kein Bebauungsplan vorliegt, kann ein Moscheebau nach dem „Baulückenparagrafen“ § 34 BauGB umgesetzt werden. Somit konnte erst nach der Antwort der Senatsverwaltung über den Vorbescheid beraten werden. Die Senatsverwaltung antwortete im November 2005. Im Januar 2006 lud der Baustadtrat einige Vertreter der Ahmadiyya-Gemeinde ein und besprach die Bauvoranfrage. Hierbei legte er der Gemeinde nahe, das Projekt auf der öffentlichen Sitzung des Bauausschusses vorzustellen.

Eine Bauvoranfrage sagt zunächst noch wenig über die tatsächliche Realisierung eines Bauvorhabens aus. Jeder Interessent kann diese Anfrage stellen, wobei die Anonymität des Antragsstellers gewahrt werden sollte. Eine frühzeitige Diskussion über die Antragsteller/innen aufgrund einer Bauvoranfrage ist demnach weder üblich noch generell wünschenswert.

⁸⁶ Der Tagesspiegel, 10.05.2006

⁸⁷ „Rede vom Bezirksbürgermeister Matthias Köhne zur Grundsteinlegung für den Moscheebau in Heinersdorf“, Pressemitteilung des Bezirksamtes Pankow, 02.01.2007

⁸⁸ Ebd.

Auch die Ahmadiyya-Gemeinde hatte in Berlin zunächst mehrere informelle Bauvoranfragen gestellt. Eine Vorbereitung des Bezirks auf das Bauvorhaben hätte also erst zu einem Zeitpunkt erfolgen können, als die Entscheidung der Ahmadiyya-Gemeinde de facto feststand, in Heinersdorf auch bauen zu wollen. Zunächst konnte nicht davon ausgegangen werden, dass das Baugrundstück in Heinersdorf für die Ahmadiyya-Gemeinde die einzige realisierbare Option darstellte.

Diese Entscheidung hätte von der Ahmadiyya-Gemeinde formal auch erst nach dem positiven Bescheid der Bauvoranfrage getroffen werden können; faktisch wurde die Entscheidung für den Standort Heinersdorf jedoch durch die negativ beschiedenen Bauvoranfragen aus anderen Bezirken forciert.

Baustadtrat Federlein (CDU) hob in einem Interview hervor, dass er die Bauvoranfrage „wie jede andere Anfrage“ behandelt habe. Zunächst habe er das Bezirksamtskollegium über die Anfrage unterrichtet und dann die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung aufgefordert, die Planung für das Baugrundstück auszuweisen. Zudem habe er Innensenator Körting über die Anfrage informiert und sich erkundigt, ob es Bedenken gegen die Ahmadiyya-Gemeinde gäbe. Die Vorbereitung der Sitzung des Bauausschusses gemeinsam mit Vertretern der Gemeinde sei ein Versuch gewesen, die Entscheidung möglichst transparent zu gestalten. Weil eine Entscheidung der Ahmadiyya-Gemeinde für den Standort Heinersdorf zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar war, habe der Bezirk im Jahr 2005 nicht konkreter handeln können. In diesem Zusammenhang verwies er auf die besondere Berliner Situation, in der letztendlich die jeweiligen Bezirke für die Genehmigungen von Moscheebauten verantwortlich sind und die Stadt Berlin lediglich mit Forderungen an die einzelnen Bezirke herantrete, ohne selber moderierend einzugreifen. Hierbei bezog er sich auf das so genannte „Strieder-Memorandum“, welches eine zentrale Koordination der verschiedenen Moscheebauvorhaben in den Bezirken vorsah.⁸⁹

Der Verlauf der Kommunikation zwischen den von der Ahmadiyya angefragten Bezirken, insbesondere zwischen den jeweiligen Baustadträt/innen, bleibt im Unklaren. So ist nicht nachvollziehbar, ab welchem Zeitpunkt der Bezirk Pankow - vor dem Hintergrund anderer abgelehnter Bauvoranfragen - von einem tatsächlichen Bauvorhaben der Ahmadiyya-Gemeinde in Heinersdorf ausgehen konnte. Ein gemeinsames Vorgehen des Bezirksamtes in der Vorbereitung des Projektes ist der Darstellung des Baustadtrates nicht zu entnehmen. Die Antwort der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung lag dem Amt für Planen und Genehmigen des Bezirksamts Pankow seit November 2005 vor, dort war bereits festgelegt, dass der Bau einer Moschee an der Tiniusstraße genehmigungsfähig ist.

Herr Federlein war von der Anzahl der auf der Bauausschuss-Sitzung anwesenden Heinersdorfer/innen überrascht, die Vorabinformation durch die Presse konnte er jedoch nachvollziehen, da „die erste Moschee im Ostteil der Stadt“ schon eine Besonderheit darstelle. Den Vorstoß des damaligen BVV-Vorstehers Kirchner, welcher die aufgebrachte Menge zu beruhigen versuchte, indem er nach kurzer Absprache eine Bürgerversammlung ankündigte, schätzt er als Fehler ein. Seiner Einschätzung nach

⁸⁹ Der ehemalige Stadtentwicklungssenator Peter Strieder (SPD) hatte im Winter 2004 kurzzeitig eine Novelle diskutiert, die von einigen Baustadträten als verfassungswidrig abgelehnt wurde, da die Änderung des Landesbaurechts zugunsten eines politischen Steuerungsinstrumentes in die Religionsfreiheit eingegriffen hätte. Der Vorschlag wurde von seiner Nachfolgerin, Frau Ingeborg Junge-Reyer (SPD) nicht mehr weiter verfolgt.

ging es den Bürger/innen bereits zu diesem Zeitpunkt nicht darum, in einen Dialog zu treten: „Die wollten ja nicht diskutieren oder sich informieren, die wollten ihre Ablehnung zum Ausdruck bringen“. Eine ähnliche Situation habe sich auf der folgenden Informationsveranstaltung in der Turnhalle ergeben.

2.8 Rechtsextreme und rechtspopulistische Akteure

Rechtsextreme beteiligten sich an allen Protestveranstaltungen gegen den Bau der Moschee. Hierbei wechselte die Strategie der NPD, neben Kameradschaftsaktivist/innen der wichtigste rechtsextreme Akteur, im Verlauf der Proteste von einer eigenständigen Kampagne hin zu einer Teilnahme an den Bürgerprotesten. Obwohl sich die IPAHB als Organisatorin diverser Demonstrationen von Rechtsextremisten abzugrenzen versucht, gelang es der NPD, sich als Teil des Protestes zu etablieren. Darüber hinaus finden sich rechtsextreme Argumentationsmuster auch bei Moscheebaugegner/innen, die sich selbst der bürgerlichen Mitte zuordnen⁹⁰.

Distanzierungsversuche gegenüber Rechtsextremen

Einzelne Versuche der Veranstalter, sich von den an den Demonstrationen beteiligten Rechtsextremisten zu distanzieren, erwiesen sich hierbei als wirkungslos. Die Kader der NPD betonten stets, dass sie nicht als Parteivertreter, sondern als Privatpersonen teilnahmen. Während die IPAHB sich auf ihrer ersten Demonstration lediglich durch den Zusatz „Der IPAHB e.V. fordert alle extremistischen Gruppierungen auf, die Demonstration weder zu verunglimpfen noch sie für ihre eigenen Zwecke zu missbrauchen!“ auch von den Rechtsextremen zu distanzieren versuchte, forderte ein Sprecher der Initiative die Rechtsextremisten auf den beiden folgenden Demonstrationen auf, sich am Ende der Demonstration hinter einem Transparent „Ende der IPAHB-Demo“ einzureihen.

Lediglich ein kleiner Teil der Rechtsextremen wurde zu Beginn der Demonstrationen am 20. Mai und am 14. September durch die Polizei an das Ende der Demonstrationen verwiesen. Auch das Plakat der NPD „Keine Moschee in Pankow – wir stellen uns quer“ wurde auf den ersten beiden IPAHB-Demonstrationen gezeigt. Zwar wurde hier das Logo der NPD bewusst vermieden, vom Design her war es jedoch eindeutig als NPD-Plakat erkennbar.

Die NPD reagierte in einer Mitteilung vom Juni 2006 auf die Abgrenzungsbemühungen der IPAHB: *„Inhaltlich bieten die Demonstrationen gegen die Moschee nichts, außer Distanzierungen gegenüber nationalen Parteien und Gruppierungen. Wir haben stets betont, dass wir nicht offiziell als NPD dort auftreten, sondern privat teilnehmen. Wir verwehren uns gegen jegliche Gedankenkontrolle bei solchen Demonstrationen, wer sich mit der Zielrichtung der Veranstaltung identifizieren kann, soll auch willkommen sein. Die Bürger wollen nicht gegen „Rechts“ demonstrieren, sondern gegen den Moscheebau!“*

Einschätzungen der Moscheebauproteste durch Rechtsextreme

Auf den Internetseiten „Altermedia“ und „Störtebekker“, einem zusammenhängenden bundesweiten Nachrichtenforum der NPD- und Kameradschaftsszene, wird der Protest gegen die Moschee seit April 2006 diskutiert. Auf „Störtebekker“ klagten einige Rechtsextreme im Vorfeld der ersten Demonstration der IPAHB, die CDU und die IPAHB hätten ihnen „ein Thema entzogen“, schließlich sei es ja die NPD gewesen, die „als erste Partei das politische Potential dieser Affäre für sich entdeckte“ und am

⁹⁰ Vgl. Kap. „Ethnisch-kulturelle Motive“, S. 40

1. April die erste Demonstration gegen den Moscheebau veranstaltet habe. In einer Pressemitteilung kritisierte die NPD auch die Nähe der IPAHB zur CDU: *„Die Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger (IPAHB), welche die Proteste gegen den geplanten Moscheebau anzuführen versucht, ist mittlerweile zu einem Spielball der CDU verkommen. Es wird klar Parteipolitik betrieben, Wahlkampf für die Christdemokraten gemacht.“*⁹¹

Zu diesem Zeitpunkt war der NPD noch nicht bekannt, dass die CDU Pankow bereits im Dezember 2005 den geplanten Moscheebau als mögliches Wahlkampfthema diskutiert hatte und die NPD trotz frühzeitiger Bemühungen eben nicht „als erste Partei das politische Potential dieser Affäre für sich entdeckte“.

Die NPD reagierte auf die Diskussion über die geplante Moschee zunächst mit einer eigenen Kampagne und gründete hierzu eigens den Ortsverband Pankow.⁹² Mit dem Beginn der Unterschriftenkampagne durch die IPAHB und der Demonstrationen der „Bürgeraktion gegen Überfremdung“ und den regelmäßigen Demonstrationen der IPAHB im Mai und Juni verfolgte die NPD ihre eigenständige Kampagne gegen die Moschee scheinbar nicht mehr weiter und ging dazu über, sich an den Protesten der Bürger/innen zu beteiligen.

Ein möglicher Hintergrund ist die Erkenntnis der NPD, dass eine eigenständige Kampagne gegenüber den Aktivitäten der IPAHB an Ausstrahlung verlieren würde. Durch ihre lokale Einbindung in Heinerdorf und die Unterstützung durch die CDU Pankow hatte die IPAHB einen besseren Zugriff auf die Bevölkerung als die NPD. Bereits im April vermochte es die NPD nicht, die aufgeheizte Stimmung auf der Bürgerversammlung für ihre Demonstration zu nutzen, auch die Unterschriftenkampagne wurde durch die Kampagne der IPAHB überflüssig. So unterschrieben beispielsweise Rechtsextremisten aus dem Kameradschaftsumfeld auf dem Blumenfest in Weißensee im Juni auf der Unterschriftenliste der IPAHB. Die NPD musste zudem erkennen, dass eine direkte Zusammenarbeit mit der durch die IPAHB dominierten Protestbewegung nicht möglich war.

Ein zweiter Grund für den offensichtlichen Strategiewechsel der NPD ist die Wahlabsprache mit den Republikanern (REP) zur Wahl der BVV 2006, womit die NPD in Pankow auf eine eigene Kandidatur zugunsten der Republikaner verzichtete.⁹³

Letztlich ist der Strategiewechsel auch mit der von der NPD häufig und erfolgreich praktizierten „Wortergreifungsstrategie“ zu erklären. Die Grundlagen dazu hatte der NPD Vorsitzende Udo Voigt bereits 2003 formuliert: *„Ich muss also immer erst durch meine Person und meine Argumentation überzeugen und dann als ‚Aha-Erlebnis‘ die Katze aus dem Sack lassen und mich zur NPD bekennen. [...] Offizielle Veranstaltungen können Bürgerversammlungen, politische Vorträge an Volkshochschulen*

⁹¹ http://de.altermedia.info/general/neulich-in-pankow-erneut-anti-moschee-demo-in-pankow-heinersdorf-020706_6205.html

⁹² Die positive Erwartungshaltung der NPD orientierte sich womöglich an den Erfolgen des Kölner Rechtsextremisten Axel Reitz vom „Kampfbund Deutscher Sozialisten“. Dieser hatte, ausgehend von seiner Zusammenarbeit mit der „Bürgerbewegung Pro Köln“ gegen eine geplante Moschee in Köln, die Potenziale weiterer Moscheebaukonflikte im Ruhrgebiet für sich erkannt und in den letzten Jahren mehrere Demonstrationen gegen eine geplante Moschee in Duisburg-Marxloh veranstaltet.

⁹³ Der Vorsitzende des Kreisverbandes 8, Jörg Hähnel kandidierte für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung in Lichtenberg. Eine mögliche Ursache für den Verzicht der NPD könnte darin begründet sein, dass die REP in Pankow antreten wollten, da sich dort ihre Bundeszentrale befindet. So verzichteten die REP im Gegenzug auf eine Kandidatur in Neukölln, wo die NPD im November 2005 in einen neuen Kreisverband gegründet hatte.

*oder Universitäten sein. Natürlich soll ich nur solche Versammlungen aufsuchen, wo wir mit unserer Haltung zum Thema polarisierend eingreifen können. Hier gilt es mit prägnanten Fragen oder Redebeiträgen auf sich aufmerksam zu machen und Zustimmung bei den Veranstaltungsteilnehmern zu gewinnen.*⁹⁴

Diese Strategie bietet zahlreiche Möglichkeiten und Vorteile gegenüber einer eigenständigen Kampagne der NPD: Rechtsextreme Kräfte sind auf den ersten Blick nicht erkennbar und können so gesellschaftliche Abgrenzungen bzw. ihre eigene Anrüchigkeit unterlaufen; die „Entführung“ bzw. der Gebrauch fremder Veranstaltungen spart Energien; Veranstaltungen und Demonstrationen von zivilgesellschaftlichen Akteuren außerhalb des rechtsextremen Spektrums werden i.d.R. nicht verboten bzw. durch weniger strenge Auflagen seitens der Polizei belegt. Im Fall der Teilnahme an Heinersdorfer Aktivitäten kommt verstärkt hinzu, dass die NPD hier Solidarität mit dem Anliegen der Moscheebaugegner/innen demonstrieren kann und direkte Nähe und Gesprächsbereitschaft signalisiert.

Die Wortergreifungsstrategie ließ sich auf der Demonstration vom 14. September praktisch beobachten, als einige Rechtsextreme im Rahmen der Abschlusskundgebung der IPAHB das Transparent mit der Aufschrift „Heute gehört uns Kreuzberg, morgen die ganze Welt“ auf der Rückseite des Lautsprecherwagens der IPAHB zeigten.

Dass die Bewegung der Moscheebaugegner/innen und die dort gezeigten Einstellungen weiterhin interessant für rechtsextreme Protagonist/innen sind, zeigt folgendes Zitat:

„Wenn hier über 1500 Durchschnittsbürger durch die Strassen ziehen, laut „Nein zur Moschee“ rufend, und Hausfrauen der Antifa den Stinkefinger zeigen finde ich das schon interessant. Wann und wo hat es denn so was in der BRD schon gegeben? Die gehen auf die Strasse und rufen UNSERE Parolen! Es mag ja sein das die IPAHB nicht die Ursachen der Überfremdung benennt und bekämpft. Wie viele Mitglieder hat denn die Initiative? 20 oder 40? Die 1500 die auf die Strasse gehen und die vielen mehr, die zu Hause bleiben werden sich schon Ihren Teil denken. [...] Ich war Zeuge aller vier Bürgerdemos und ich hatte nicht das Gefühl hier CDU Wahlkampfveranstaltungen beizuwohnen. Was man von vielen Teilnehmern zu hören bekam ging viel weiter als das was die IPAHB fordert. Das alles muss nun nur noch ein wenig angeheizt in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Das ist unser Part.“⁹⁵

Auch wenn es der NPD nicht gelungen ist, eine zentrale Rolle in den Moscheebauprotesten einzunehmen, wurde ihr Engagement belohnt: Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus zeigten eine stark gewachsene Zustimmung zur NPD – besonders in Heinersdorf und den umliegenden Stimmbezirken. Es ist anzunehmen, dass auch diejenigen Wähler/innen, die den Republikanern ihre Stimme gaben, für zukünftige Aktionen und Wortmeldungen der NPD ansprechbar sind.⁹⁶ Sofern Wahlergebnisse eine Aussage über den politischen Erfolg der Kampagnen zum Moscheebaukonflikt überhaupt zulassen, kann davon ausgegangen werden, dass Republikaner oder NPD für mindestens ein Viertel der Moscheebaugegner/innen eine attraktive politische Option darstellen.

⁹⁴ Udo Voigt (2003): Mit Wortergreifungsstrategie zum Erfolg, in: Deutsche Stimme 08/2003

⁹⁵ http://de.altermedia.info/general/heute-gehört-uns-kreuzberg-und-morgen-die-ganze-welt-pankow-pass-auf-erneut-protest-demo-gegen-moscheebau-in-berlin-pankow-heinersdorf-160906_6907.html

⁹⁶ Siehe auch „Wahlergebnisse der BVV-Wahl 2006 in Heinersdorf“, S. 11

Republikaner (REP) und rechtsextreme Splittergruppen

Die REP beteiligten sich an allen Protestaktionen gegen die Moschee und verteilten seit Mitte Mai Flugblätter gegen den Bau der Moschee, blieben jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung hinter der Kampagne der NPD zurück.

Neben den REP, der NPD und der Kameradschaftsszene wurden auch weitere rechtsextreme und rechtspopulistische Splittergruppen von den Protesten gegen den Moscheebau angezogen. So verteilte der Verschwörungstheoretiker Bernhard Heldt auf der Demonstration am 20. Mai Flugblätter gegen die „Islamisierung Europas“ durch die Ahmadiyya-Gemeinde. Auch die „Partei Rechtstaatliche Offensive“ (PRO) nahm den Widerstand gegen den Moscheebau im Sommer kurzfristig in ihr Wahlkampf-Repertoire auf.

Die Demonstration der IPAHB am 14. September wurde auch von der Initiative „Pro Deutschland“ beworben. Hierbei handelt es sich um einen bundesweiten Ableger der Initiative „Bürgerbewegung pro Köln“. Diese ist aus der rechtsextremen „deutschen Liga für Volk und Heimat“ hervorgegangen und trat 2004 bei der Kommunalwahl in Köln an.⁹⁷

⁹⁷ Auch dort spielte der Protest gegen eine geplante Moschee eine zentrale Rolle. „Pro Köln“ erhielt 4,7 Prozent der Stimmen und zog mit Fraktionsstärke in den Rat der Stadt ein. Die Initiative wird überwiegend von ehemaligen Funktionären rechtsextremistischer Organisationen geleitet. Die Initiative „Pro Deutschland“ startete im Frühjahr 2006 eine Kampagne gegen den geplanten Bau einer Moschee in Dormagen.

3 Motive und Argumente der Moscheebaugegner

Schmitt⁹⁸ hat in seinen Fallstudien zu moscheebezogenen Konflikten raumbezogene, religionsbezogene und ethnisch-kulturelle Aspekte herausgearbeitet. Hierbei wurde deutlich, dass sich diese Aspekte kaum voneinander trennen lassen, sondern vielfach miteinander verwoben sind und ineinander übergehen. Dies gilt sowohl auf der Ebene der – rekonstruierten – **Motive** der jeweiligen Akteure als auch auf der Ebene der **Diskurse** oder der öffentlich vertretenen Argumentationen und Positionen und letztendlich auch auf der Ebene der „**sachlichen Fragen des Konflikts**“ einschließlich der Möglichkeiten einer konstruktiven Konfliktbearbeitung. In Anlehnung an Schmitt werden zunächst einige Motive und Diskurse des aktuellen Konflikts in Pankow vorgestellt und anhand von Beispielen diskutiert. Hierbei sollen auch die Besonderheiten des aktuellen Konfliktes herausgearbeitet werden. Die von Schmitt aufgestellten Kategorien wurden um den Aspekt „Demokratie-politische Dimensionen“ erweitert.

3.1 Ethnisch-kulturelle Motive

Hierunter fallen Schmitts Beobachtungen, dass Erfahrungen mit und Klischees über Migrant/innen, die in keinem Zusammenhang mit der religionsbezogenen Thematik standen, auf den Moscheeverein projiziert werden.

Ein zentrales Motiv vieler Moschee-Gegner/innen scheint eine „Überfremdungsabwehr“ zu sein, bzw. die „Befürchtung, die eigene Lebenswelt werde durch die Moschee in Richtung einer „Türkisierung“ oder „Orientalisierung“ verändert. An dieser Stelle berühren sich ethnisch-kulturelle und raumbezogene Aspekte.

In seiner schwachen Form erscheint dieses Motiv als eine unbestimmte, allgemeine **Angst vor Veränderung** einer als vertraut empfundenen Umgebung. Diese Angst kann auch durch andere Bauvorhaben ohne ethnisch-kulturellen Hintergrund ausgelöst werden, allerdings wird sie offensichtlich bei Bauwerken wie Moscheen recht schnell und umfassender mobilisiert.

In „mittleren“ Ausprägungsformen des Motivs bezog sich die Befürchtung einer „Türkisierung“ oder „Orientalisierung“ nicht nur auf den Bau mit den Symbolen einer „fremden“ Religion an sich, sondern auch auf die angeblichen Folgewirkungen, die einem solchen Bau unterstellt wurden: er wirke als Anziehungspunkt für Muslime aus der ganzen Region und werde in seiner unmittelbaren Umgebung als Kristallisationspunkt für ein „Ghetto“ fungieren. Dabei war dieses Motiv offensichtlich an Verlustängste gekoppelt: Das Wohngebiet könne die bisherige Ruhe, seinen Charakter, seinen Status und seinen Ruf verlieren.

Bei stärkeren Ausprägungsformen dieses Motivs ist zusätzlich nicht nur eine unterschwellige, sondern eine **offene Fremdenfeindlichkeit** erkennbar, indem etwa Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund in hohem Maß diskriminiert, abqualifiziert und als unerwünscht erklärt werden.

Dieses Motiv weist eine breite Skala verschiedenster Ausprägungsformen auf: Diffusen Verlustängsten in Bezug auf die eigene Heimat und die persönliche Identität auf dem einen Ende der Skala, stehen am anderen Ende offen fremdenfeindliche Einstellungen gegenüber, die sich nahtlos in rechtsextreme Weltbilder einfügen lassen.

⁹⁸ Schmitt, Thomas (2003): Moscheen in Deutschland. Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung. Deutsche Akademie für Länderkunde, Band 252, Flensburg, S. 347ff.

Nach Schmitt ist auch die Reklamation von „**Etabliertenvorrechten**“⁹⁹, welche die „Alteingesessenen“ gegenüber den „Außenseitern“ in der Prägung der Lebenswelt für sich beanspruchen, eng mit diesen ethnisch-kulturellen Motiven verwandt.

Die folgenden Zitate dokumentieren die Sichtweisen einiger Heinersdorfer/innen, die der Moschee ablehnend gegenüberstehen. Unter den einzelnen Argumentationen lassen sich verschiedene Ausprägungen – von Angst vor Veränderung bis hin zu offener Fremdenfeindlichkeit – wieder finden:

„Ich habe sowieso nichts gegen Ausländer, aber... hm, aber das muss doch nicht sein, dass wenn die hier..., können die sich doch woanders was suchen..., wir sind hier sehr zufrieden, dass es hier so ruhig ist...“ – „Sie wollen hier keine Ausländer?“ – „Ausländer sind hier auch, davon abgesehen. Hier in dem Haus, da wohnt zum Beispiel erstmal ein Schwarzer..., Fidschis... und so alles... aber ... nee, wenn so was hier... muss nicht sein.“

„Ich meine, es ja besser, wenn sie ihre Moschee da haben, wo sie wohnen, nicht? Ich finde, die gehört da nicht hin! Das sind doch alles kleine Häuser, hübsche Häuser, die verlieren doch alle an Wert, wenn da so 'ne Moschee hinkommt. Wir sind hier Deutsche, und wir möchten auch Deutsche bleiben, und mit dem Islam möchten wir nichts zu tun haben. Also, ich hab nichts gegen Ausländer oder so, aber, ich find so: Pankow ist so das einzigste Viertel so, wo halt nicht so viel sind, und die Kriminalität auch nicht so viel ist, deswegen find ich jetzt nicht, dass hier unbedingt in Pankow noch ne Moschee her muss.“

„Wenn ein Fremder, ein Tourist mit dem Auto nach Berlin kommt und hier über die A114 hereinkommt, und als erstes großes Bauwerk von der Autobahn aus eine Moschee sieht, dann denkt der doch spontan ‚na, so doll kann ich mich doch nicht verfahren haben‘, das kann nicht sein! Und wir werden gegen dieses Ding kämpfen!“

„Die größte Schande! Eine Moschee hier als erstes in unsere Bezirke! Pankow, Weißensee und Prenzlauer Berg! Da haben wir morgen die ganzen Türken hier! Und die Russen und alles andere! Die haben schon die Häuser aufgekauft! Wie sieht das hier aus!?“

„Ich möchte gerne wissen, ob die Leute hier einen Kleinkrieg wollen, denn das nimmt hier ein böses Ende. Wenn hier wirklich eine Moschee gebaut wird, wenn die ganzen Kameltreiber nach Pankow kommen, das gibt ein böses Ende, das weiß ich hundertprozentig und dann muss ich hier auch wegziehen, tut mir leid.“

Bemerkenswert in den Argumentationen vieler Moscheegegner/innen ist die große Flexibilität, mit der die einzelnen Argumente genutzt werden. Oft war in den Gesprächsverläufen feststellbar, dass beispielsweise eingangs geäußerte Ängste vor Veränderungen in Bezug auf das eigene Wohnumfeld nicht weiter verargumentiert wurden und sehr schnell zu pauschalisierenden ethnisch-kulturellen Zuschreibungen übergegangen wurde. Aus Sicht vieler Gegner/innen kommt dem Bau einer Moschee eine Art „Türöffnerfunktion“ zu, durch die ein stärkerer Zuzug von Menschen mit Migrationshintergrund erst eingeleitet werde. Die Verweise vieler Moscheegeg-

⁹⁹ Einige Aspekte der von den Moscheegegner/innen reklamierten Etabliertenvorrechte werden in den Kapiteln 2.3 und 3.5 diskutiert

ner/innen auf Schlagworte wie „Rütli-Schule“, „Ehrenmorde“ oder „Kriminalität“ belegen, dass dieser Argumentation oftmals eine undifferenzierte Sicht auf das Gesamtthema „Migration“ zugrunde liegt. Der Debatte um den Bau einer Moschee kommt somit eine Stellvertreterfunktion für die persönliche Auseinandersetzung mit dem gesamten Thema „Migration“ zu.

In der mittleren Ausprägung dieses Motivs wird von vielen Akteuren explizit darauf verwiesen, dass „man ja im Grunde nichts gegen Ausländer habe“, in vielen Fällen sogar dem Bau von repräsentativen Moscheen an „geeigneteren Orten“ nicht generell ablehnend gegenüberstehe, eine Moschee im eigenen Wohnumfeld jedoch ablehne. Diese „St.-Florians“-Argumentation¹⁰⁰ kann als ein Hinweis auf die *Akkulturationsorientierung* dieser Akteure gesehen werden. Der Bau einer repräsentativen Moschee ist nicht nur der Ausdruck eines „Sesshaftwerdens“ der Muslime in Deutschland, sondern auch ein sichtbares Symbol für den „Erhalt“ der eigenen „kulturellen Identität“. Heitmeyer et. al. konstatieren in ihrer Langzeitstudie zu *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* seitens der deutschen Mehrheitsgesellschaft eine starke Abnahme der *Integrationsbereitschaft* (2003: 65,3% / 2006: 43,0%) zugunsten einer *Forderung nach Assimilation* (2003: 26,2% / 2006: 49,3%)¹⁰¹. Die Autoren machen das Erstarken fremdenfeindlicher Vorurteile für die sinkende Integrationsbereitschaft in der deutschen Mehrheitsgesellschaft verantwortlich: „Vorwürfe und Forderungen an die Adresse der Zuwanderer scheinen geradezu der Legitimierung der Ressentiments zu dienen, durch die sie überhaupt erst hervorgerufen wurden. Wer Integration fördern will, sollte daher auf populistische Hinweise auf Konkurrenz und Mangel, auf eine Rhetorik der Bedrohung und Abschottung, auf die Verwendung von Stereotypen und Vorurteilen verzichten.“¹⁰²

Ein Mitglied der IPAHB argumentierte, es würde auch auf den Bau einer Synagoge in Heinersdorf genauso reagieren, da es in Heinersdorf keine jüdische Gemeinde gäbe. Dieses ethnisch-kulturelle Motiv wurde in der Gesprächssituation benutzt, um von einem islambezogenen Motiv abzulenken. Die Ablehnung bezieht sich nicht auf „den Islam“, sondern auf alle religiösen Gemeinschaften, die man als in Heinersdorf nicht etabliert ansieht. Hierdurch wird als kulturelles Argument ein „religiöses Anderssein“ gedacht, das weit über das so oft verargumentierten Framing „Widerstand gegen eine Sekten-Moschee“ hinausgeht und sich als „Ablehnung des kulturell Fremden“ äußert.

¹⁰⁰ Hierunter versteht man eine Argumentation, die häufig in Moscheebaukonflikten vorzufinden ist: Die Ablehnung eines Bauvorhaben wird von der betroffenen Anwohnerschaft damit begründet, die Moschee sei in anderen Stadtteilen „besser aufgehoben“ als in dem betroffenen Gebiet. Im Berlinweiten Kontext werden aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft Stadtteile mit einem relativ hohen Anteil von Anwohner/innen mit Migrationshintergrund als „geeignete“ Quartiere für den Bau einer Moschee angesehen. Im Heinersdorfer Kontext wurden zu Beginn des Konfliktes „Kreuzberg“, „Neukölln“ und „Wedding“ als die Standorte benannt, die für eine Moschee „geeigneter“ erschienen als der Standort Heinersdorf. Erst im weiteren Konfliktverlauf lernten die Gegner/innen der Moschee, dass es sich bei der geplanten Moschee eben nicht um eine so genannte „Kiezmoschee“ handelt, sondern um das Gemeindezentrum einer Berlin-weiten Gemeinde. Zwar durchbricht der derzeitige Standort der Moschee in Reinickendorf bereits die weit verbreitete Sichtweise, dass eine Moschee in Stadtteilen mit höherem Migrationsanteil „besser aufgehoben“ sei, die Gegner/innen der Moschee passten jedoch lediglich ihre Argumentation an diese Besonderheit an. Erst als sich Anwohner/innen und Politiker/innen aus Reinickendorf für die Ahmadiyya-Gemeinde einsetzten und von einem guten nachbarschaftlichen Verhältnis zur Ahmadiyya-Gemeinde berichteten, forderten die IPAHB und die CDU Pankow, ein Baugelände in Reinickendorf zu suchen.

¹⁰¹ Heitmeyer, Wilhelm [Hrsg.] (2007): Deutsche Zustände – Folge 5, Frankfurt am Main, S. 150ff.

¹⁰² ebenda, S. 163

3.2 Islambezogene Motive

Schmitt stellte in seinen Untersuchungen fest, dass der Islam häufig differenzlos als monolithische, totalitäre, und von einem Teil der Akteure auch als „anti-christliche“ Religion wahrgenommen werde. Gerade bei diesen Akteuren „existiert kein Gespür für die innerislamische Vielfalt oder auch die Chancen, die sich durch eine (bauliche wie gesellschaftliche) Integration des Islams und der Muslime in Deutschland ergeben können.“

Diese Sichtweise lässt sich auch bei vielen Moscheegegner/innen im Heinersdorfer Konflikt beobachten, beispielsweise antwortete ein Bürger auf der Informationsveranstaltung in der Turnhalle auf die Frage, warum er eine Moschee in Heinersdorf ablehne:

„Die wollen wir nicht! Fahren Sie mal nach Neukölln..., Wedding!“- „Warum sind Sie denn gegen die Moschee?“- „Ja, weil die Leute gar nicht hier her passen. Das ist ja schon kein Glauben, das ist ja schon fanatisch, sind die ja. Das ist ja kein Glauben mehr, die sind ja schon gefährlich, wenn die hier her kommen.“

Die Sichtweisen und Argumentationen der meisten Protestierenden weichen deutlich vom Deutungsrahmen der IPAHB, der Pastoren Kaehler und Gandow sowie von Teilen der Argumentation der CDU Pankow ab, deren Konstruktion des Protestes als eine Ablehnung der Ahmadiyya-Gemeinde aufgrund ihres „Sektencharakters“ formal der besonderen Situation in Heinersdorf folgt (Vgl. Kapitel Exkurs: Der Deutungsrahmen der IPAHB-Argumentationen, S. 49). Durch eine Fokussierung auf „die Sekte“ soll der Anschein eines ethnisch-kulturellen Konfliktes vermieden werden. Doch auch die Argumentation der IPAHB bezieht zahlreiche Vorurteile über „den Islam“ mit in ihre Argumentation gegenüber „der Sekte“ mit ein. Hierbei trägt das inzwischen angeeignete Wissen über die Ahmadiyya-Gemeinde und die Unterschiede zwischen verschiedensten islamischen Strömungen nicht zu einer differenzierten Sicht auf „den Islam“ bei, sondern wird lediglich – dekontextualisiert – für die eigene Argumentation genutzt. Beispielsweise heißt es in einer Protesterklärung der IPAHB:

„Heinersdorfer Bürger zeigen sich darüber hinaus beängstigt, in gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen islamischen Religionsgemeinschaften zu geraten, die divergierende Auffassungen zum Islam vertreten. Die Sekte Ahmadiyya vertritt Glaubenslehren, die von anderen islamischen Religionsgemeinschaften abgelehnt werden. Wie uns die jüngsten, mit brutaler Gewalt geführten Auseinandersetzungen zwischen Schiiten und Sunniten im Irak gezeigt haben, werden religiöse Streitigkeiten nicht nur verbal ausgetragen. Somit sind unsere Befürchtungen durchaus berechtigt.“

In einer populistischen Zuspitzung wird hier ein Vergleich zwischen kriegerischen Auseinandersetzungen konkurrierender Interessensgruppen in einem destabilisierten Land wie dem Irak und Unterschieden verschiedener religiöser Gemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland gezogen. Die Argumentation fußt auf der Sichtweise, dass es konkurrierenden islamischen Gruppen immanent sei, Differenzen gewalttätig auszutragen. Gleichzeitig legt diese Argumentation offen, wie wenig die Akteure der IPAHB über das Zusammenleben verschiedenster religiöser Strömungen in Deutschland wissen. Die von der IPAHB formulierten Argumentationen wurden von anderen Moscheegegner/innen übernommen. So wurde das oben genannte Argu-

ment „gewalttätige Konflikte zwischen islamischen Gruppen“ von einer Bürgerin auf der gescheiterten Informationsveranstaltung ebenfalls angeführt:

*„Wovor haben sie denn genau Angst, wenn sie die Moschee nicht haben wollen?“
„Vor Krawallen und dass die hier die Fenster einwerfen und dass eventuell die Moschee mit Bomben beworfen wird.“¹⁰³*

Die Strategie, den lokalen Konflikt in einen weltweiten Kontext eines „Kampfes der Kulturen“ zu stellen, wird von der IPAHB des Öfteren verwendet. Dieses Vorgehen steht im Widerspruch zu dem Versuch, den Konflikt als reine „Kritik an der Ahmadiyya-Sekte“ zu konstruieren. Beispielsweise wird der Brandanschlag, den Unbekannte am 10. August auf das Haus des CDU-Abgeordneten René Stadtkewitz verübten, auf der Homepage der IPAHB folgendermaßen beschrieben:

„In der Nacht zum Donnerstag wird gegen 01:20 Uhr ein Brandsatz in das Haus des CDU-Abgeordneten René Stadtkewitz geworfen. Der CDU Abgeordnete hatte sich öffentlich gegen die Errichtung einer Ahmadiyya-Moschee in Pankow-Heinersdorf ausgesprochen. Nur durch Glück entgeht die Familie Stadtkewitz mit ihren beiden Kindern, diesem erbärmlichen Mordanschlag. In London können die Sicherheitsbehörden noch in letzter Sekunde Bombenanschläge auf fast 20 Flugzeuge verhindern. Die Ahmadiyya-Sekte stellt ungeachtet der Ereignisse dieses Tages gegen 15:20 Uhr den Bauantrag für ihre in der Tiniusstraße geplante Moschee.“¹⁰⁴

Ähnlich wie in ihrer ersten Reaktion auf den Brandanschlag, stellt die IPAHB hier einen Zusammenhang zwischen dem Anschlag, der Ahmadiyya-Gemeinde und den Ereignissen in London her, wodurch die Ahmadiyya-Gemeinde in die Nähe von Brandstiftern und Terroristen gerückt wird. „Der Terrorismus mit islamistischem Hintergrund hat Heinersdorf bereits erreicht“ lautet die Botschaft dieser Darstellung.

3.3 Raumbezogene, nachbarschaftliche Eigeninteressen

Schmitt fasst hierunter nachbarschaftliche Interessenkonflikte wie beispielsweise erwartete Ruhestörungen durch den Moschee-Betrieb zusammen. Prinzipiell können solche auch bei anderen Bauvorhaben auftreten. *„Städtebauliche und damit ebenfalls raumbezogene Argumente konnten losgelöst von Eigeninteressen auch sachlichen, teils mehr, teils weniger plausiblen Erwägungen entspringen. In einigen Konflikten wurde jedoch auch deutlich, dass eine städtebauliche Argumentation primär dazu dienen konnte, vorwiegend ethnisch-kulturelle und islambezogene Motive zu kaschieren und zu verschleiern, oder einen weitgehend ethnisch-kulturell und religi-*

¹⁰³ An dieser Stelle sei angemerkt, dass die von vielen Moscheegegner/innen vorgetragenen Argumente oftmals nicht die eigenen Motivationen widerspiegeln, sondern von einzelnen Akteuren – wie der IPAHB oder auch der Initiative „Bundesverband der Bürgerbewegungen“ – zusammengetragen und verbreitet werden. Auch Schmitt weist darauf hin, dass die Argumente zwischen verschiedenen Konflikten um die Errichtung von Moscheen oder den Muezzin-Ruf bis hin zur Detail-Formulierung übernommen werden. So wurde in Konflikten in Duisburg wie in Dortmund behauptet, der Muezzin-Ruf sei der "i-Punkt", der für die deutsche Bevölkerung "das Fass zum Überlaufen" bringe.

¹⁰⁴ <http://www.ipahb.de/index-Dateien/Page812.htm>

onsbezogen motivierten Konflikt auf der städtebaulich-baurechtlichen Ebene auszutragen.“¹⁰⁵

Das oft genannte Argument „Die Bodenpreise sinken“ ist ein Beispiel für raumbezogene, nachbarschaftliche Eigeninteressen und beruht auf der Annahme, der Markt reagiere nach dem eigenen Empfinden und die Moschee stelle in Bezug auf potentielle Käufer/innen ein Problem dar. Die Sichtweise der in der IPAHB überdurchschnittlich vertretenen „Alteingesessenen“ deckt sich jedoch wenig mit den in mehreren Gesprächen geäußerte Sichtweise vieler „Neu-Heinersdorfer/innen“, unter denen der Protest eher auf Ablehnung stößt. Gerade diese Bewohnerschicht ist es jedoch, welche die potenziellen Käufer/innen repräsentiert.

Der befürchtete Anstieg des Verkehrsaufkommens ist eines der am häufigsten aufgeführten raumbezogenen Argumente in Moscheebaukonflikten. Auch wenn Verkehrsfragen in Konflikten um andere Bauvorhaben eine große Bedeutung zukommt, werden sie in Moscheebaukonflikten schneller öffentlich mobilisiert. Die Sprecherin der IPAHB, Frau Reinke, äußerte in einem Zeitungsinterview¹⁰⁶ die Befürchtung „dann klappen schon früh um fünf dort in der Tiniusstraße hundert Autotüren.“ Bündnis '90/ Die Grünen haben bereits im Frühsommer die Befürchtungen der Moscheegegner/innen zum Anlass genommen, die ohnehin schwierige Verkehrssituation in Heinersdorf mit der Nachbarschaft in der Tiniusstraße zu diskutieren und im Verkehrsausschuss ein Konzept zur Verkehrsberuhigung zu erarbeiten.

Die so genannte „Parkplatzfrage“ stellen eine niedrighschwellige Möglichkeit dar, die Konfliktursachen zu umgehen und Bedenken zunächst auf einer städtebaulichen, rein formalen Ebene zu äußern. Die Veränderungen der Verkehrs- und Parkplatzsituation werden von den an der Planung beteiligten Behörden jedoch meist bereits im Vorfeld geklärt, die benötigten Stellplätze gehören zu den Auflagen des Bauantrages.¹⁰⁷

Einen ähnlichen Einwand erhob der Heinersdorfer Pfarrer Kaehler, als er auf der Sitzung des Bauausschusses die Berechtigung der Architektin in Zweifel zog, die den Antrag auf Erteilung des Bauvorbescheids eingereicht hatte. Eine solche Bauvoranfrage kann jedoch von allen Interessierten eingereicht werden; lediglich der spätere Bauantrag muss von einem Mitglied der Architektenkammer gestellt werden.

3.4 Eigennutzorientierte Erwägungen

Schmitt stellte auch sonstige, häufig eigennutzorientierte Erwägungen fest, die in die Ablehnung einer Moschee einfließen. Hierbei handelt es sich beispielsweise um **wahlstrategische Überlegungen** bei politischen Parteien oder die **Anpassung** einzelner Personen an eine lokale politische oder soziale Kultur, die der Moschee ablehnend gegenübersteht.

¹⁰⁵ Schmitt, Thomas (2003): Moscheen in Deutschland. Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung. Deutsche Akademie für Länderkunde, Flensburg, Bd. 252, S. 347ff.

¹⁰⁶ Berliner Zeitung, 20.05.2006

¹⁰⁷ So erkundigte sich beispielsweise ein Mitglied der CDU auf der Informationsveranstaltung über ein Moscheeprojekt in Kreuzberg, ob für das Bauvorhaben auch genügend Parkplätze vorhanden seien. Die Kreuzberger Moschee ist eine Kiezmoschee für Gläubige, die bisher eine benachbarte Gewerbetage als Moschee nutzen, das Gebäude ist sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen und die zusätzlich veranschlagten Parkplätze waren bereits in der Planung berücksichtigt.

Die CDU Pankow positionierte sich erst öffentlich gegen den Moscheebau, nachdem Heinersdorfer Bürgerinnen und Bürger am 9. März auf der Sitzung des Bauausschusses gegen den Bau protestiert hatten. Auch der CDU war die Bauvoranfrage der Ahmadiyya-Gemeinde spätestens seit dem 26. April 2005 bekannt, der Moscheebau war sogar auf ihrer Klausurtagung im Dezember 2005 zur Sprache gekommen.¹⁰⁸ Zwischen dem Einreichen der Bauvoranfrage und der Behandlung durch den Bauausschuss ist der Moscheebau im Bezirksamt von allen Parteien kaum thematisiert worden. Die Sichtweise vieler Moscheegegner/innen ist von der Annahme geprägt, dass „die Politiker“ bzw. „das Bezirksamt“ versucht habe, den Bau der Moschee „über die Köpfe der Heinersdorfer hinweg“ zu genehmigen. Sie kritisieren in diesem Zusammenhang nicht nur das Verhalten der Parteien nach den Protesten auf der Sitzung des Bauausschusses, sondern das gesamte Genehmigungsverfahren. Zu Beginn der Proteste wurden von den Moscheegegner/innen hierfür sowohl der ehemalige Bezirksbürgermeister Kleinert (PDS), als auch Baustadtrat Federlein (CDU) verantwortlich gemacht. Die Kritik am Baustadtrat verstummte allerdings, nachdem sich die IPAHB zur Sprecherin der Proteste gemacht hatte. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, dass im Januar 2007 der neue Stadtrat für Stadtentwicklung, Michail Nelken (PDS) von den Moscheegegner/innen für die Genehmigung des Bauantrages kritisiert wurde, während ein politischer Handlungsspielraum für Baustadtrat Federlein bereits im Verlauf der ersten Konfliktphase negiert wurde. Die Genehmigung des Bauvorantrages wurde von vielen Moscheegegner/innen als das Ergebnis einer „linken Parteienpolitik“ gesehen. So kommentierte auch die Homepage www.moschee-in-pankow.de am 11. Mai 2006 die Genehmigung des Bauvorantrages:

„Schon seltsam, dass dem Vorhaben sowohl in Reinickendorf, Tempelhof-Schöneberg, Marzahn-Hellersdorf als auch in Mitte keine Genehmigung erteilt wurde. Upps stimmt - PDS.Linkspartei!“

Die CDU Pankow profitierte von der beschriebenen Sichtweise insofern, als dass sie als von vielen Moscheegegner/innen als ihre politische Interessenvertreterin gesehen wurde. Diese Sichtweise wurde letztendlich auch von der IPAHB forciert, obwohl die CDU für die Entwicklung bis zur Genehmigung des Bauvorantrages genauso „verantwortlich“ war, wie alle in der BVV vertretenen Parteien.

3.5 Demokratie-politische Dimension

Demokratieverständnisse der Moscheebaugegner gegenüber der Ahmadiyya

Der Konflikt um den Moscheebau ist zweifelsohne ein Konflikt um Grundrechte. Zunächst stehen zwei demokratische Prinzipien gegeneinander – Minderheitenschutz vs. Partizipation an Prozessen und Entscheidungen.

In den Argumentationen der Moscheebaugegner/innen soll das Grundrecht auf freie Religionsausübung zu erwartenden Einbußen an individuellen Rechten der Einwohner/innen entgegengestellt und so relativiert werden. Konkret geschieht dies, einerseits, durch den Bezug zu quantitativen Mehrheitsverhältnissen im Ortsteil und, andererseits, die qualitative (De-) Legitimation der verschiedenen am Konflikt beteiligten Akteure. Beispielhaft kann dies an folgendem Zitat belegt werden:

*„Wenn Demokratie bedeuten sollte, dass unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit die Interessen von **180 Sektenmitgliedern** höher bewertet werden, als der Wille und die Befindlichkeiten von **über 6000 ortsansässigen** und somit direkt betroffenen*

¹⁰⁸ Junge Welt, 19.07.2006

*Bürgern, Wählern und Steuerzahlern, dann haben wir alle gemeinsam ein Problem!*¹⁰⁹

Quantitativ werden hier 180 Menschen „über 6000“ Personen gegenübergestellt, mit der impliziten Aussage, dass die quantitative Mehrheit im Rahmen einer „demokratischen“ Abstimmung ausschlaggebend sei. In qualitativer Hinsicht sehen sich die Moscheebaugegner/innen als „ortsansässig“, „direkt betroffen“, als Wähler- und Steuerzahler/innen. Diese verschiedenen Eigenschaften sollten die Legitimität an einer Entscheidungsfindung zum Moscheebau unterstreichen:

„Betroffene“ verdienen Einbeziehung in Entscheidungsprozesse und ggf. auch Schutz vor Beeinträchtigung in ihrer freien Persönlichkeitsentfaltung. Der Status als „Betroffene“ wird mit befürchteten Auswirkungen der Ansiedlung der Ahmadiyya Gemeinde auf die unmittelbare sozialräumliche Umgebung im Ortsteil Heinersdorf legitimiert (s. Seite 45), worin eine Beeinträchtigung der Lebensqualität und des Eigentums von Bürger/innen in Heinersdorf gesehen wird.

Ein weiterer Schritt in den Legitimierungsanstrengungen betrifft die Qualifikation als Wähler/innen und Steuerzahler/innen. Dabei wird nicht nur die kalkulierende Ratio des Wahlkampfes angesprochen, sondern durch obiges Zitat auch ein impliziter Gegensatz aufgemacht: Die Ahmadis seien „Sektenmitglieder“ und keine (Staats-) Bürger-, Wähler- und Steuerzahler/innen. Konsequenterweise wird hier auch von „Interessen“ der Gemeinde gesprochen, nicht jedoch von „Grundrechten“. Unter Auslassung der dargestellten quantitativen und qualitativen Umwertungen könnte o.g. Zitat heißen: *„Wenn Demokratie bedeuten sollte, dass die Grundrechte der Ahmadiyya-Gemeinde höher bewertet werden, als der Wille und die Befürchtungen von Bürgern, dann haben wir alle gemeinsam ein Problem!“*

Hiermit wird deutlich, dass das Prinzip des Minderheitenschutzes und die Bedeutung von Grundrechten durch Moscheebaugegner/innen, insbesondere die IPAHB, nicht verstanden bzw. nicht akzeptiert werden.

Kritik an Kommunalpolitik bzw. am politischen Prozess

Neben der Bandbreite an Motivationen und Argumentationen gegen das Moscheeprojekt bzw. die Ahmadiyya Gemeinde oder den Islam an sich wird auch Kritik an der Haltung der Kommunalpolitik sowie am Verlauf des bisherigen Prozesses deutlich. Dabei kann unterschieden werden in Kritik an der grundsätzlichen Positionierung von Kommunalpolitiker/innen für das Grundrecht auf Religionsfreiheit und Kritik an der Prozessgestaltung durch die Kommunalpolitik: *„Ein weiterer und nicht unerheblicher Grund für die Ablehnung des Projektes durch die Bürger, ist die Vorgehensweise der politisch Verantwortlichen, sowie deren Umgang mit den Bürgern. Die Bürger wurden und werden nach wie vor entmündigt! Wie sollte man es anders interpretieren, wenn trotz der ablehnenden Haltung von über 95 % der ca. 6200 Pankow-Heinersdorfer Bürger unbeirrt weiter an diesem unsinnigen Projekt festgehalten wird.“*

Die CDU stellt trotz eindeutiger Rechtslage die Haltung der anderen Parteien als Missachtung der Meinungsäußerung von Bürgerinnen und Bürgern dar: *„Wir nehmen mit Erschrecken zur Kenntnis, dass verschiedene Mandatsträger und führende Ver-*

¹⁰⁹ Presseerklärung der „Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger e.V.“ vom 02.08.2006, <http://www.ipahb.de/index-Dateien/Page532.htm> vom 23.11.2006

treter des Bezirks von Linkspartei.PDS, SPD und B90/Die Grünen die Sorgen und Bedenken der Pankower Bürger arrogant ignorieren. Wir weisen die von diesen Personen öffentlich geäußerten Unterstellungen und Diffamierungen gegenüber den Heinersdorfer Bürgern mit Entschiedenheit zurück.“¹¹⁰ Kernpunkte der Anwürfe gegen die genannten Parteien sind Aussagen, wonach Moscheebaugegner/innen, „die Heinersdorfer Bürger“, in die „rechte Ecke“ gestellt und somit mundtot gemacht würden.

Weitere Kritikpunkte beziehen sich auf das Vorgehen der Bezirksspitze in der Behandlung des Moscheebaukonfliktes. Die späte Information der Bürger/innen durch das Bezirksamt wurde anfänglich durch die Moscheebaugegner scharf kritisiert, später jedoch in abnehmendem Maße. Hintergrund dessen ist, dass CDU Parteistrukturen nachweislich frühzeitig vom Vorhaben des Moscheebaus wussten und diese Information bewusst nicht weitergegeben hatten. Ohnehin ist fraglich, inwieweit eine rechtzeitige Information der Bevölkerung einen grundsätzlich anderen Ausgangspunkt für die Konfliktbearbeitung ergeben hätte.

Der Versuch seitens der BVV eine Bürgerversammlung durchzuführen, misslang: Die Veranstaltung wurde zur Bühne des unkontrollierten Protestes gegen den Moscheebau, ermöglichte jedoch keine Verständigung. Zwar wurde eine Wiederholung einer solchen Veranstaltung angekündigt, jedoch nicht durchgeführt. Dass diese Veranstaltungsform einer sinnvollen Bearbeitung der strittigen Punkte, einschließlich der Befürchtungen der Anwohner/innen, dienlich sein würde, wurde durch Bezirksamt und BVV bezweifelt. Da zudem die Vorbedingung der Moscheebaugegner, nämlich einen „ergebnisoffenen“ Dialog zu führen, durch das Bezirksamt nicht gewährleistet war, fehlte eine Grundlage für eine Verständigung.

Um Bürger/innen zumindest Informationen zum geplanten Moscheebauprojekt zukommen zu lassen, verfasste der Bezirksbürgermeister einen Bürgerbrief, der den Stand des Verfahrens zusammenfasste. Dieser bereits im April angekündigte Brief erschien erst im Mai 2006, was von verschiedener Seite als zu spät kritisiert wurde.

Nach Ansicht der Moscheebaugegner/innen versäumten es politische Parteien, sich mit den „Befindlichkeiten der Bürger“ auseinanderzusetzen. In der Tat ist auffällig, dass es – mit Ausnahme einzelner Kommunalpolitiker/innen – im Rahmen des Wahlkampfes vermieden wurde, sich offensiv mit dem Thema auseinanderzusetzen und die angeführten Argumente im Einzelnen zu diskutieren. Die Rolle der CDU ist in diesem Zusammenhang diametral zu bewerten. Sie machte sich die Argumente, nicht zuletzt auch die Organisation der Moscheebaugegner zu eigen, was in der Konsequenz dazu führte, dass eine klare Aussage, unter welchen Umständen die Grundrechte der Ahmadiyya Gemeinde in Heinersdorf verwirklicht werden könnten, ausblieb. Insofern fand die Polarisierung des Moscheebaukonflikts auch auf kommunalpolitischer Ebene ihre Fortsetzung, was sie als Lösungsinstanz ausschloss.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die Kritik am Verhalten der Kommunalpolitik sich auf die Positionierung einzelner Kommunalvertreter/innen in der Debatte sowie auf die zeitliche Verzögerung der Reaktion der Bezirksspitze bezog. Weitergehende Kritik an einer vermeintlichen „Ignoranz des Mehrheitswillens

¹¹⁰ <http://www.ipahb.de/index-Dateien/Page532.htm> sowie als Zitat in der Pressemitteilung des Bezirksamtes vom 25.04.2006 „Bezirksamt Pankow gegen Erklärung des CDU-Kreisverbandes“

der Heinersdorfer/innen“ durch Parteien und Bezirksamt berühren die Grundrechtsfrage und führen somit an der Sache vorbei. Durch die wiederholte und uneinlösbare Forderung, das Bezirksamt solle sich über Grundrechtsansprüche der Ahmadiyya hinwegsetzen, wurden seitens der Moscheebaugegner/innen Hoffnungen aufgebaut, die notwendigerweise enttäuscht werden mussten.

3.6 Exkurs: Der Deutungsrahmen der IPAHB-Argumentationen

Die Selbst-Konstruktion der IPAHB lässt sich anhand des Framing-Ansatzes nachvollziehen. Er beschreibt die Konstruktion eines kollektiven Deutungsrahmens, mit dem eine Bewegung ihr Handeln für sich legitimiert und auch gegenüber der Gesellschaft rechtfertigt¹¹¹. Die ‚Frames‘ (dt.: Rahmungen) dienen der Mobilisierung der Bewegung und der öffentlichen Meinung. Sie lassen sich in drei Facetten unterteilen.

- Der „*diagnostic frame*“ soll eine plausible Problemkonstruktion anbieten und den Verursacher oder den Verantwortlichen des Missstandes benennen können, gegen den sich der Protest richtet.
- Der „*prognostic frame*“ soll Lösungsmöglichkeiten aufzeigen, da sich der Protestaufwand nur rechnet, wenn eine Problemlösung als erreichbares Ziel propagiert werden kann.
- Der „*motivational frame*“ versucht, die Mobilisierungsbereitschaft und das Engagement bei den Betroffenen zu motivieren.

Weitere allgemeine Bedingungen dieser Frames sind, dass sie möglichst anschlussfähig an die allgemeinen Wertesysteme sind und die dargestellte Problematik eine Mindestreichweite besitzt. Das heißt, das benannte Problem muss möglichst viele betreffen und von möglichst vielen nachvollzogen werden können. Der Frame muss eine empirisch glaubwürdige Deutung der Ereignisse vornehmen und eine erzählerisch-mitreibende Wirkung entfalten können.

Diagnostic Frame:

Hierunter fällt die Problem-Konstruktion, wie sie von der IPAHB benannt wird.

1. Der Bau einer Moschee in Heinersdorf wird als Problem beschrieben, durch welches das soziale Klima in Heinersdorf nachhaltig beeinträchtigt wird. Befürchtet werden eine Zunahme der Verkehrsbelastung, eine Veränderung des Wohnumfeldes durch den Zuzug von Mitgliedern der Ahmadiyya-Gemeinde und ein Verfall der Grundstückspreise.
2. Die Moschee wird als „Kalifats-Stützpunkt“ bezeichnet, von dem aus die „Etablierung einer Ahmadiyya-islamischen-Parallelgesellschaft“ vorangetrieben werden solle.
3. Die Ahmadiyya-Gemeinde ist in Heinersdorf nicht etabliert. Die christlich geprägte Sichtweise, dass ein Gemeindezentrum eine räumliche Nähe zu seiner Gemeinde haben solle, fließt in die Argumentation gegen die Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde ein.

¹¹¹ vgl. Hellmann, Koopmanns [Hrsg.] (1998): Paradigmen der Bewegungsforschung, Opladen/Wiesbaden

4. Der Protest richtet sich zunächst gegen „die Politik“, die ihre Entscheidungen „über die Köpfe der betroffenen Bürgerinnen und Bürger hinweg fällt.“
5. Der Protest zielt auch darauf ab, die Ahmadiyya-Gemeinde zu bewegen, von dem Bauvorhaben Abstand zu nehmen. Die Ahmadiyya-Gemeinde wird als eine „bedrohliche Sekte“ konstruiert; gleichzeitig wird eine Drohkulisse gegenüber der Ahmadiyya-Gemeinde aufgebaut.

In anderen Moscheebaukonflikten wird der Bau einer repräsentativen Moschee oftmals von den Gegner/innen als eine Art der „Landnahme“ empfunden. Das als „Heimat“ empfundene Wohnumfeld verändert sich durch ein Symbol einer als „fremd“ empfundenen Religion¹¹². Oftmals betreibt die Gemeinde jedoch bereits eine Moschee in der unmittelbaren Nachbarschaft. In solchen Konflikten ist die „neue Sichtbarkeit“ der Auslöser der Proteste. Die Situation der Ahmadiyya-Gemeinde – und damit auch die Konfliktsituation in Heinersdorf – ist nicht vergleichbar mit dem Herausreten einer „Kiezmoschee“ aus den Hinterhöfen an die repräsentative Straßefront. Sie ist als Berlin-weite Gemeinde aufgrund ihrer Mitgliederstruktur nicht an einen bestimmten Ort gebunden. Einerseits lässt sich hierdurch die anfängliche Verwunderung ausräumen, warum eine islamische Gemeinde „ausgerechnet in Heinersdorf“ eine Moschee baut. Andererseits wird dieser Umstand von der IPAHB dazu genutzt, die Gemeinde als „nicht etablierte Fremde“ auszuweisen. Die Fokussierung der Proteste durch die IPAHB auf eine „Ablehnung der Ahmadiyya-Sekte“ orientiert sich an dem konkreten Bauvorhaben der Berliner Ahmadiyya-Gemeinde. Die Ablehnungsgründe aus islambezogenen Motiven werden als Kritik an der „Ahmadiyya-Sekte“ konstruiert, obwohl sie gemäß der Sichtweise der IPAHB auch gegen andere muslimische Gemeinden angeführt werden könnten. Ebenso könnten Ablehnungsgründe wie ein befürchteter Anstieg der Verkehrsbelastung oder eine Veränderung des Wohnumfeldes auch bei anderen Moscheebauten unterstellt werden.

Die Fokussierung der Proteste auf den „Widerstand gegen die Ahmadiyya-Sekte“ eröffnet der IPAHB auch die Möglichkeit, gegen das konkrete Bauvorhaben aggressiver aufzutreten, als gegen ein Bauvorhaben einer anderen muslimischen Gemeinde. Aus der Sicht der IPAHB stellt die Ahmadiyya-Gemeinde eine Sekte dar, die innerhalb der islamischen Welt isoliert ist. Dies eröffnet die Möglichkeit, dass die Ablehnung der konkreten Moschee nicht als „Abwehr des Islam“, sondern als „Abwehr einer Sekte“ vermittelt werden kann. Dass „die Muslime“, mit denen man ja eigentlich keinen „Kulturkampf“ führen wolle, einerseits als Beleg für die Außenseiterposition der Ahmadiyya-Gemeinde funktionalisiert werden, hindert die IPAHB nicht, sie im nächsten Moment als „Aggressoren“ zu stilisieren, von denen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgehe, wenn die IPAHB gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Ahmadis und anderen Muslimen befürchtet.¹¹³

Das Argument „Widerstand gegen den Stützpunkt der Ahmadiyya-Sekte“ taucht als Deutungsrahmen in Bezug auf das nach außen formulierte Selbstverständnis nur bei der IPAHB, der CDU Pankow und Pfarrer Kaehler von der Evangelischen Kirchengemeinde Heinersdorf auf. Es hat sich jedoch als anschlussfähig für das breite Protestspektrum erwiesen, das einfach nur gegen einen „Moscheebau“ protestiert. Diese hatten schon vor der Gründung der IPAHB eine Bürgerversammlung durch eine teilweise aggressive Stimmung verhindert und sich danach aus unterschiedlichen Motiven, teilweise auch aus islamophoben oder rassistischen Einstellungen heraus, an den verschiedensten Demonstrationen gegen die Moschee beteiligt. Kurz gesagt:

¹¹² Vgl. Kap. „Ethnisch-kulturelle Motive“, S. 40

¹¹³ Vgl. Seite 42

Die Losung „Gegen den Bau einer Moschee der Ahmadiyya-Sekte in Pankow-Heinersdorf“ hat die Parole „Moschee im Dörfli? Nee!“ offiziell abgelöst, da die Organisator/innen der Proteste dadurch problembezogener argumentieren können und dem Vorwurf einer „allgemeinen Islamfeindlichkeit“ entgehen wollen. Letztendlich bildet die Argumentation der IPAHB allerdings nicht die vielfältigen Motive der von ihr mobilisierten Protest-Teilnehmer/innen ab.

Prognostic Frame:

Ziel der IPAHB ist es, den Bau einer Moschee in Heinersdorf abzuwenden, indem der Ahmadiyya-Gemeinde die Baugenehmigung versagt wird, oder/und ein alternatives Baugrundstück in Reinickendorf angeboten wird. Dieses Ziel soll durch Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Bürgerbegehren, Druck auf politische Parteien im Vorfeld der Berliner Wahlen und durch Klagen erreicht werden. Gleichzeitig wird gegenüber der Ahmadiyya-Gemeinde eine Drohkulisse aufgebaut, um sie dazu zu bewegen, von ihrem Bauvorhaben Abstand zu nehmen.

Wie bereits oben beschrieben, wenden sich die Proteste eines Großteils der Demonstrierenden nicht nur gegen das konkrete Bauvorhaben der Ahmadiyya-Gemeinde, sondern je nach Einstellung und Sichtweise gegen den Bau einer Moschee in Heinersdorf oder generell gegen die Errichtung repräsentativer Moscheen in Deutschland. Die Argumente der IPAHB setzen sich aus abstrakten Motiven (z.B. Angst vor Veränderungen) gegen den Bau einer Moschee und einer konkreten Kritik an der Ahmadiyya-Gemeinde zusammen. Die Kritik der IPAHB an der Gemeinde ist jedoch relativ losgelöst von den übrigen abstrakten Motiven. Die Argumentation der IPAHB gegen die „Ahmadiyya-Sekte“ endet in einer grundsätzlichen Infragestellung der Legitimität der Ahmadiyya-Gemeinde und formuliert somit einen normativen Anspruch. Dies bedeutet letztendlich, dass die Argumentation der IPAHB nicht in einem Appell an die Gemeinde oder das Bezirksamt münden kann, die Moschee in Reinickendorf zu errichten. Dieser

Argumentationsfehler wird aus Sicht der IPAHB durch das „Hauptargument“ korrigiert, dass in Heinersdorf keine Mitglieder der Ahmadiyya-Gemeinde wohnen. Dieses Argument ist wesentlich anschlussfähiger für die Protestbewegung, als die Argumentation gegen die „Ahmadiyya-Sekte“. Hier wird aber auch deutlich, dass die IPAHB mit dem von ihr gewählten Widerstands-Framing lediglich versucht, den Charakter einer „St.-Florians“-Argumentation¹¹⁴ zu kaschieren.

Letztendlich verfolgt die IPAHB mit ihrem Protest nicht das Ziel, einen kritischeren Umgang mit der Ahmadiyya-Gemeinde einzufordern, sondern lediglich den Bau einer Moschee *in Heinersdorf* abzuwenden. Das einfache Argument „eine Moschee passt nicht zu uns nach Heinersdorf“ wird durch eine dezidierte Kritik an der Ahmadiyya-Gemeinde kaschiert; letztendlich scheint das Motiv für die Ablehnung seitens der



¹¹⁴ Vgl. Kap. „Ethnisch-kulturelle Motive“

IPAHB jedoch nicht in dem von ihr proklamierten „Sektencharakter“ der Ahmadiyya-Gemeinde, sondern in einer diffusen „Andersartigkeit“ der Gemeinde zu liegen. Die Konstruktion des Protestes hat sich im Laufe des Konfliktes allerdings geändert. Das Argumentationsmuster „Gegen einen Sekten-Stützpunkt“ trat – einhergehend mit den Forderungen, einen geeigneten Standort für den Bau einer Moschee in Reinickendorf zu suchen – hinter dem Argument, die Mitglieder der Ahmadiyya-Gemeinde seine keine Heinersdorfer/innen, zurück. Dies zeigt sich unter anderem auch in den Veränderungen der Demonstrations-Mottos der IPAHB. Für die Demonstration am 14. September warb ein Plakat, auf dem das Motiv „Protest gegen die Ahmadiyya-Gemeinde“ mittlerweile deutlich hinter einer allgemein formulierten Ablehnung „der Moschee“ zurück tritt.

Motivational Frame:

Wichtig für eine andauernde Mobilisierungsbereitschaft der Moschee-Gegner/innen ist die Aussicht auf einen Erfolg der Proteste. Der zugrunde liegende Konflikt ist unteilbar, da das Anliegen der Ahmadiyya-Gemeinde eine Minimalforderung¹¹⁵ darstellt. Ein „Erfolg“ für die IPAHB tritt nur dann ein, wenn die Moschee in Heinersdorf nicht gebaut wird.

Für die IPAHB ist es wichtig, den verschiedenen Moschee-Gegner/innen das Gefühl zu geben, dass ihre Beteiligung einen Machtfaktor darstellt. Zentrales Moment ist hierbei die Kritik an der Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie: Minderheitenschutz, Religionsfreiheit, Baurecht. Dem wird das Bild einer eingeforderten Mitbestimmung gegenübergestellt, in dem „die Heinersdorfer“ selbst als übergangene Minderheit konstruiert werden, Ablehnung und Vorurteile als „religiös begründete Ängste und Sorgen“ lanciert werden und das Baurecht lediglich eine Handlungsempfehlung darstellt. Dieses Moment ermöglicht es, die bisherigen Niederlagen der IPAHB als Beweis für die beklagte „Entmündigung der Bürger“ umzudeuten. Eine Niederlage führt somit nicht zu einem Rückgang der Protestbewegung, sondern wird als weiterer Beweis für das begangene „Unrecht“ der ausgemachten Gegner verstanden. Beispielsweise setzte sich der Vorsitzende der IPAHB in einem Beitrag kritisch mit der Einschätzung der Senatsverwaltung für Inneres auseinander, die zu dem Ergebnis gekommen war, dass das Bürgerbegehren der IPAHB verfassungswidrig sei. Nach seiner persönlichen Interpretation des Artikels 4 GG kommt er zu dem Ergebnis „Wenn an dieser Angelegenheit etwas verfassungswidrig sein sollte, dann ist es die unglaubliche Arroganz und das Gutsherrengehabe jener Herren von SPD, Die Linke/PDS und den Grünen, die den Willen der Pankower Bürgerinnen und Bürger mit Füßen treten!“

Die von der IPAHB gewählte Rahmung der Proteste kann als Versuch gesehen werden, die eigenen Argumente als „nicht fremdenfeindlich“ und nicht „kulturkämpferisch“ auszurichten – die Rahmung ist jedoch nicht geeignet, fremdenfeindlichen und „kulturkämpferischen“ Akteuren die Beteiligung an den Protesten zu erschweren. Schilder „gegen Rechtsextremismus“ auf den Demonstrationen der IPAHB müssen solange als reine Kosmetik gesehen werden, wie die IPAHB eine inhaltliche Kritik an den rechtsextremen Positionen zum Moscheebau vermeidet.

¹¹⁵ Vgl. „Kommunale Handlungsstrategien“, Kap. 6.

4 Anhänge

4.1 Chronologie

- 19.04.2005** Die Ahmadiyya-Gemeinde stellt eine Bauvoranfrage für das Grundstück Tiniusstr. 5
- 26.04.2005** Das Bezirksamtskollegium wird von Baustadtrat Federlein über den Bauvorantrag informiert
- 18.07.2006** Das Bezirksamt Pankow (Amt für Planen und Genehmigen) informiert die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Referat VID (Bauaufsicht) über die Bauvoranfrage
- November 2006** Bezirksstadtrat Federlein erhält die Antwort der Senatsverwaltung.
- 02.-04.12.05** Der geplante Moscheebau wird bei einer Klausurtagung der Pankower CDU thematisiert. Schwerpunkt der Tagung war die Erarbeitung des Entwurfs eines kommunalpolitischen Programms für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksparlamenten am 17. September.
- 06.03.2006** Die Berliner Zeitung informiert über das Moscheebauprojekt in Heinersdorf
- 09.03.2006** Sitzung des Bauausschusses der Bezirksverordnetenversammlung Pankow. Auf der Tagesordnung stand der geplante Moscheebau, Vertreter der Ahmadiyya Gemeinde waren geladen, um das Projekt den Bürgern vorzustellen. Doch bei den rund 100 anwesenden Anwohnern stößt das Vorhaben auf wenig Verständnis. Es kommt zu Protesten. Viele Bürger fühlen sich übergangen, sie verstehen nicht, dass ihre "Sorgen und Ängste" nicht in die Entscheidung über eine baurechtliche Frage einfließt. Die Bezirksverordneten planen eine Bürgerversammlung, um zwischen den Heinersdorfer Bürgern und der Ahmadiyya Gemeinde zu vermitteln,
- 15.03.2006** Vorstandssitzung der CDU Pankow: Das Gremium begrüßt „die erwartete Gründung einer Bürgerinitiative“ gegen den Moscheebau und unterstützt dabei „das Engagement von Herrn Stadtkewitz“. Nach Darstellung der IPAHB hat es am gleichen Tag auch ein „Treffen von Pankow-Heinersdorfer Bürgern“ gegeben, auf dem Vorgespräche zur Gründung der IPAHB geführt wurden.
- Mitte März** Die NPD kündigt eine Unterschriftenkampagne gegen den Bau der Moschee an und verteilt rassistische und antimuslimische Flugblätter im Bezirk.
- März 2006** Die CDU veröffentlicht einen Bürgerbrief: Es sei weder Bedarf noch Notwendigkeit für eine Moschee in Heinersdorf; die Anlieger seien nicht informiert worden; eine Konfrontation mit den Anwohnern sei bewusst in Kauf genommen worden, gewaltsame Konflikte zwischen muslimischen Gruppen sowie die Instrumentalisierung des Konflikts durch rechts- und linksextremistische Gruppen seien

zu vermuten.

- 20.03.2006** Die BVV Pankow lädt zu einer Bürgerversammlung zum geplanten Moscheebau ein. Die Versammlung soll von der ehemaligen Berliner Ausländerbeauftragten Barbara John moderiert werden und am 30.03.06 in der Turnhalle der Grundschule am Wasserturm stattfinden. Neben Kommunalpolitikern werden auch wieder Vertreter der Ahmadiyya Gemeinde vor Ort sein, um über das geplante Projekt zu informieren.
- 20.03.2006** Der Gemeindekirchenrat der Gemeinde Heinersdorf fasst einen Beschluss, der im Gemeindeblatt April / Mai 2006 veröffentlicht wird.
- 30.03.2006** Bürgerversammlung in der Turnhalle der Grundschule am Wasserturm: Moscheegegner mobilisieren zu dieser Veranstaltung mit Plakaten: "Moschee im Dörfli? Nee!". Rund 1.200 Bürger treffen gegen 19.30 Uhr am Veranstaltungsort ein. Die Turnhalle fasst etwa 500 Menschen, ein Großteil der Bürger muss vor der völlig überfüllten Halle warten. Techniker bemühen sich, eine Außenanlage aufzubauen. Inzwischen versuchen aufgebrachte Bürger die Türen der Halle zu stürmen. Es kommt zu Pöbeleien und rassistischen Anfeindungen. Zahlreiche organisierte Rechtsextreme sind im Publikum vertreten (Details siehe **Chronologie rechtsextremer Aktivitäten**, Seite 60). Kurz vor 20.00 Uhr ruft die Polizei die Gäste dazu auf, den Saal zu räumen, da die Sicherheit wegen der Überfüllung und Unruhe nicht mehr garantiert werden könne. Die anwesenden Vertreter der Ahmadiyya-Gemeinde und dem Moscheebau positiv gegenüberstehende Bezirkspolitiker müssen die Turnhalle unter Polizeischutz verlassen.
- 01.04.2006** Die NPD demonstriert in Pankow gegen den Bau der Moschee.
- 03.04.2006** Veranstaltung des CDU-Ortsverbandes Schönhauser Allee mit Vertretern der Ahmadiyya-Gemeinde.
- 10.04.2006** Laut Sitzungsprotokoll des CDU-Kreisvorstandes am 10. April hatte der Ortsverbandsvorsitzende Karl Hennig den Imam Abdul Basit Tariq ermuntert, dass die "Ahmadiyya nicht dem Druck der Heinersdorfer Bürger nachgeben solle". Für dieses Auftreten erhält Herr Hennig vom Kreisvorstand einstimmig eine Parteirüge. Wie aus dem Protokoll ebenso hervorgeht, forderte René Stadtkewitz in diesem Zusammenhang für den "Wahlkampf die Geschlossenheit der Pankower CDU" und die Unterstützung aller Ortsverbände.
- 20.04.2006** Der CDU-Spitzenkandidat Friedbert Pflüger sagt den Moscheegegnern öffentlich seine Unterstützung zu.
- 21.04.2006** Die Bürgerinitiative "Interessengemeinschaft Pankow Heinersdorfer Bürger" übergibt Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert einen

Antrag auf Bürgerbegehren gegen den Moscheebau.

- 21.04.2006** Herr Hennig (CDU) legt sein Amt als Vorsitzender des Ortsverbandes Schönhauser Allee nieder, da er die Strategie des Kreisvorstandes nicht mittragen will.
- 22.04.2006** Claudia Schmid, Chefin des Berliner Landesverfassungsschutzes, fordert zu einer nüchternen und sachorientierten Auseinandersetzung auf. Sie bestätigt, dass es sich auch nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes bei der Ahmadiyya-Gemeinde nicht um gewaltbereite Extremisten handelt.
- 24.04.2006** Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) stellt sich hinter den geplanten Moscheebau und ermuntert die Gemeinde, trotz der Widerstände an ihrem Projekt festzuhalten. Die Initiatoren des Bürgerbegehrens fordert Körting auf, ihre Aktion zu überdenken und stattdessen das Gesprächsangebot der Ahmadiyya Gemeinde anzunehmen.
- 03.05.2006** Sondersitzung der BVV: Die Fraktionen von SPD, Linkspartei.PDS und Bündnis '90/ Die Grünen sprechen dabei Baustadtrat Martin Federlein (CDU), der zuvor der Ahmadiyya Gemeinde den positiven Vorbescheid für das Bauprojekt erteilt hatte, ihr Vertrauen aus. Zugleich fordert die Mehrheit der Bezirksverordneten eine bessere Information und Aufklärung der Heinersdorfer Bürger. Auch in dieser Sitzung kommt es wieder zu Störungen von Gegnern des Bauprojekts, unter denen sich auch wieder Mitglieder der rechtsradikalen Szene befinden.
- 04.05.2006** Der Pankower CDU-Politiker Bernhard Lasinski tritt aus seiner Partei aus, nachdem er wegen seiner Teilnahme an der NPD-Demonstration am 1. April gegen den Moscheebau in die öffentliche Kritik geraten war.
- 05.05.2006** Das Bürgerbegehren der IPAHB gegen den Moscheebau wird abgelehnt. Die vom Bezirksamt Pankow um eine juristische Bewertung gebetene Senatsinnenverwaltung beurteilte das Bürgerbegehren nach abgeschlossener Prüfung als verfassungswidrig.
- 11.05.2006** Die BVV Pankow verschickt einen Infobrief an Heinersdorfer Bürger, in dem die Anwohner über den geplanten Moschee Neubau der Ahmadiyya Gemeinde informiert werden sollen und die Position der Bezirksregierung erläutert wird. Der Brief wurde ohne Zustimmung des CDU Bezirksstadtrates versandt.
- Mitte Mai** Die "Republikaner" verteilen in Heinersdorf Handzettel mit der Losung "Wir lassen die Kirche im Dorf und die Moschee in Istanbul".
- 15.05.2006** Die IPAHB stimmt dafür, sich von der Demo am 20.05. zu distanzieren: 64 Ja, 1 Enthaltung, 1 Nein. Ein Mitglied der IPAHB übernimmt die Verantwortung für die Veröffentlichung des Demonstrationsaufrufes einer "Bürgeraktion gegen Überfremdung unseres

Bezirks" bzw. "Bürgeraktion gegen politische Bevormundung und Missionierung durch den Islam" auf der von der IPAHB genutzten Domainadresse www.pankow-heinersdorf.de

- 17.05.2006** Die CDU-Fraktion beantragt, das Bezirksamt solle der Ahmadiyya Muslim Gemeinde vom Bau abraten, "wenn dieser nur gegen den deutlichen artikulierten Widerstand der Bürgerinnen und Bürger" möglich sei. Der Antrag wird von der BVV mehrheitlich abgelehnt.
- 17.05.2006** Das Pankower Netzwerk gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt ruft zum Protest gegen die für den 20. Mai geplante Kundgebung der "Bürgeraktion gegen Überfremdung unseres Bezirkes" auf.
- 20.05.2006** Demonstration der "Bürgeraktion gegen Überfremdung" mit 300 bis 500 Teilnehmern. Obwohl die IPAHB öffentlich erklärt hatte, sich nicht an der Demonstration zu beteiligen, sind zahlreiche Mitglieder der IPAHB anwesend.
- 30.05.2006** Die IPAHB bereitet ein zweites Bürgerbegehren gegen die geplante Ahmadiyya-Moschee vor und kündigt zugleich eine Demonstration gegen das Bauprojekt an.
- 07.06.2006** An der ersten Demonstration der IPAHB nehmen etwa 1.500 Menschen teil.
- 14.06.2006** Die Reinickendorfer CDU-Verordneten verurteilen in einer gemeinsam mit allen anderen im Bezirksparlament vertretenen Parteien verabschiedeten Erklärung "alle Bestrebungen, die den Bau von Gotteshäusern verfassungsgemäß agierender Religionsgemeinschaften verhindern wollen".
- 15.06.2006** Die IPAHB teilt mit, dass der bisherige Vorsitzende Dr. Heiner Fleck den Vorsitz des Vereins aus gesundheitlichen Gründen niederlegt. Als Nachfolger wird Joachim Swietlik vom Vorstand gewählt.
- 25.06.2006** Unbekannte bringen an dem Schornstein auf dem Grundstück der Ahmadiyya-Gemeinde in der Tiniusstraße eine Reichskriegsflagge des deutschen Kaiserreichs und ein Plakat mit der Parole „Keine Terrorzellen in Deutschland“ an.
- 25.06.2006** Die IPAHB ruft zu ihrer zweiten Demonstration am 29. Juni auf.
- 28.06.2006** Auch der zweite Antrag auf ein Bürgerbegehren der IPAHB scheitert. Die Senatsinnenverwaltung ist in ihrer Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass das Bürgerbegehren ebenso gegen die Religionsfreiheit verstößt und damit verfassungswidrig ist wie bereits der erste Antrag.
- 29.06.2006** An der zweite Demonstration der IPAHB beteiligen sich zwischen

600 und 800 Menschen. Auf der Abschlusskundgebung kündigt Herr Swietlik eine Postkartenaktion der IPAHB an.

- 29.06.2006** Berlins Regierender Bürgermeister, Klaus Wowereit (SPD), betont im Abgeordnetenhaus, dass die andauernden Proteste einiger Moschee-Gegner nicht hinnehmbar seien. Es gebe keine "No-Go-Areas für Moscheen in Berlin".
- 05.07.2006** In der Kirche Alt-Pankow findet eine interreligiöse Diskussion unter dem Titel „Der Himmel geht über allen auf“ statt. (Siehe „Kirche Alt-Pankow“, S. 17)
- Ende Juli** In Pankow werden Flugblätter verteilt, in denen für die Wahl der NPD geworben, gegen den geplanten Moscheebau polemisiert und ein Artikel der Berliner Zeitung in sinnentstellender und kommentierter Form abgedruckt wird.
- 10.08.2006** Auf das Haus des Kreisvorsitzenden der CDU in Pankow, René Stadtkewitz, wird in der Nacht zum 10.08. ein Brandanschlag verübt. Es entsteht Sachschaden, verletzt wird niemand.
- 10.08.2006** Die Ahmadiyya Muslim Gemeinde reicht im Pankower Bauamt den Bauantrag für die geplante Moschee in Heinersdorf ein.
- 11./12.08.2006** Die IPAHB stellt auf ihrer Internetseite einen direkten Zusammenhang zwischen dem Brandanschlag und der Moschee her: "Mehr als merkwürdig erscheint in diesem Zusammenhang der 'Zufall', dass ausgerechnet am darauf folgenden Tag der Bauantrag für die Moschee der Ahmadiyya-Sekte beim Bezirksamt gestellt wurde". In ihrer Presseerklärung am 12.08. schwächt die IPAHB ihre Vorwürfe teilweise ab: "Dass die Ahmadiyya unter dem Eindruck dieses Attentats auf Gegner ihres Bauvorhabens in Heinersdorf am selben Tag den Bauantrag abgibt, ist an Geschmacklosigkeit nicht zu übertreffen."
- 17.08.2006** Der CDU-Ortsverband Alt-Pankow zieht in einem Schreiben, das auch im Internet veröffentlicht wurde, Parallelen zwischen der Ahmadiyya Gemeinde und "satanisch-rechtsextremen" Organisationen. Der Vorsteher der Pankower BVV, Jens-Holger Kirchner (Bündnis '90/ Die Grünen), beauftragt daraufhin das Rechtsamt des Bezirksamtes, den Vergleich des Ortsverbandes auf den Straftatbestand der Volksverhetzung zu prüfen. Das mit der Prüfung des Schreibens beauftragte Rechtsamt teilte mit, dass die Formulierung zwar "fragwürdig, in einer politischen Auseinandersetzung, aber nicht strafwürdig" sei.
- 21.08.2006** Auf einer Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung wird über einen Demonstrationsaufruf der Antifa Weißensee debattiert. Ein dargestellter erhängter Gartenzweig wird von der CDU als Aufruf zur Gewalt gegenüber der Heinersdorfer Bevölkerung gesehen. Einige CDU-Verordnete nutzen die Sitzung, um den geplanten

Moscheeneubau erneut in Frage zu stellen, zwei Christdemokraten bleiben der Sitzung jedoch fern, da sie den offiziellen Ablehnungskurs nicht mittragen wollen.

- 22.08.2006** Das Bezirksamt Pankow teilt mit, dass auch das zweite Bürgerbegehren der Bürgerinitiative IPAHB mit seiner veränderten Fragestellung unzulässig ist. Die IPAHB hatte darin gefordert, der Ahmadiyya-Gemeinde von dem geplanten Bauprojekt abzuraten.
- 27.08.2006** An der von einem antifaschistischen Bündnisses organisierten Demonstration unter dem Motto „Kein Raum dem Rassismus – für eine solidarische Gesellschaft / Stoppt die Hetze gegen den Moscheebau in Pankow!“ beteiligen sich etwa 400 Menschen.
- 31.08.2006** Grüne, SPD und Linkspartei.PDS verlautbaren, einen möglichen CDU Bezirksstadtrats-Kandidaten danach zu bewerten, ob er den demokratischen Konsens im Bezirk zum Moscheebau mittrage.
- 10.09.2006** René Stadtkewitz, Kreisvorsitzender der CDU in Pankow, gerät nach einem in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ veröffentlichten Interview in die öffentliche Kritik. Die Zeitung vertritt antidemokratische und fremdenfeindliche Positionen und gilt als wichtigste Publikation intellektueller Rechtsextremisten. In dem Interview kritisiert Stadtkewitz die Pankower PDS, SPD und Grünen wegen ihrer Haltung zum geplanten Moscheebau und zieht Parallelen zu der politischen Situation in der DDR.
- 11.09.2006** Das Bezirksamt kündigt an, das Rathaus mit 60 Flaggen und dem Slogan "Das ist Pankow" zu schmücken.
- 14.09.2006** An der dritten Demonstration der IPAHB beteiligen sich etwa 1000 Menschen.
- 17.09.2006** Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen.
- 10.10.2006** Kirchengemeinde Heinersdorf: „Heinersdorfer Vorträge“ zu dem Thema „Was ist eine Sekte?“.
- 12.10.2006** Kirchengemeinde Alt-Pankow: Der Friedenskreis lädt die Kritiker/innen der Veranstaltung vom 5.07.2006 zu einem Gespräch ein.
- 14.11.2006** Die Heinersdorfer Initiative „Heinersdorf, öffne dich!“ will sich für Toleranz und die Grundsätze der Religionsfreiheit einsetzen. Die Website der Initiative sollte sich in Zukunft zu einer Plattform für Information, Diskussion und Dialog über das Moscheebauprojekt und Religion entwickeln. Die Initiative bewirbt die Website mit einer Plakatwand an der Romain-Rolland-Str. und stellt sich dort auch am 17. November der Öffentlichkeit vor.
- 22.12.2006** Das Bezirksamt Pankow (Amt für Planen und Genehmigen) erteilt

der Ahmadiyya-Gemeinde die Baugenehmigung.

27.12.2006 Die IPAHB protestiert mit einer Lichterkette gegen den Bau der Moschee. Etwa 300 Personen nehmen an der Veranstaltung teil.

02.01.2006 Grundsteinlegung für die „Khadija-Moschee“ in Heinersdorf: Die IPAHB demonstriert auf dem Nachbargrundstück und stört die Veranstaltung von dort aus durch lautstarkes Abspielen von Mitschnitten ihrer Demonstrationen. Zu den Protesten sind etwa 80 Teilnehmer/innen erschienen, darunter etwa 10 Aktivisten des NPD- und Kameradschaftsspektrums.

4.2 Chronologie rechtsextremer Aktivitäten

Die NPD kündigte bereits im März 2006 eine Kampagne gegen den Bau der Moschee an und baute zu diesem Zweck im April den „Kreisverband Pankow, Prenzlauer-Berg, Weißensee“ (KV 8) aus. Bereits am 13. März bereitete der Berliner Landesverband eine Unterschriftenkampagne gegen den geplanten Moscheebau vor, die vom Landesverband und vom Kreisverband 8 der NPD beworben wurde. Die Unterschriftenlisten wurden im April zusammen mit Flugblättern und Aufklebern gegen den Bau der Moschee an Haushalte in Weißensee, Karow, Buch und Heinersdorf verteilt. Die NPD hat ein Plakat gegen die Moschee in zwei Versionen erstellt. Ein Plakat ist mit dem Aufkleber „Nein zur Moschee in Pankow – NPD“ identisch. Bei der anderen Version wurde das Logo der NPD durch den der Anti-Castor-Bewegung entliehenen Slogan „wir stellen uns quer“ ersetzt. Dieses Plakat wurde auch auf den Demonstrationen der IPAHB verwendet.

Auf der Bürgerversammlung am 30. März in der Grundschule am Wasserturm waren ca. 20 Personen aus der NPD und der Berliner Kameradschaftsszene und der Rocker-Gruppierung „Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft“ anwesend, unter ihnen Jörg Hähnel, Kreisvorsitzender der NPD-Pankow (Kreisverband 8) und seit Oktober 2006 Mitglied der Lichtenberger BVV, Andreas Thürmann vom "Märkischen Heimatschutz – Sektion Berlin" (MHS-B) und Rene Bethage, ehemaliger Führungskader der im März 2005 verbotenen Kameradschaft "Berliner Alternative Süd-Ost" (BASO). Darüber hinaus wurde die Veranstaltung von zahlreichen rechtsextremorientierten Jugendlichen besucht. Auffällig war, dass die organisierten Rechtsextremen nicht aktiv in die allgemeine Debatte eingriffen, sondern eher abwartend teilnahmen. Ihren Reaktionen war sichtlich zu entnehmen, dass sie von der aggressiven Stimmung im Saal und den zahlreichen rassistischen Zwischenrufen und Pöbeleien der dort versammelten Bürger positiv überrascht waren. So endete auch ein Bericht des NPD-Kreisverbandes über die gescheiterte Bürgerversammlung mit einem Zitat von Theodor Körner: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!“

Die NPD organisierte am 1. April die allgemein erste und ihre bislang einzige Demonstration gegen den Moscheebau. Dem Aufruf folgten ca. 150 Personen, größtenteils aus der Berliner NPD und der Kameradschaftsszene. Wegen Verdachts auf Volksverhetzung beschlagnahmte die Polizei ein Transparent, auf dem ein Minarett mit der Aufschrift: „Denn heute gehört uns Kreuzberg und morgen die ganze Welt“ dargestellt war.

Wie am 4. Mai durch Presseberichte bekannt wurde, hatte sich der Schatzmeister des CDU-Ortsverbandes Pankow-Nord, Bernhard Lasinski, an der NPD-Demonstration beteiligt. Daraufhin forderte der CDU-Spitzenkandidat Friedbert Pflüger ein Ausschlussverfahren gegen Lasinski. Dieser erklärte nach Gesprächen mit der Pankower Unions-Führung seinen Austritt aus der Partei.

Die NPD gründete am 26. April einen eigenen „Ortsverband Pankow“ unter dem Vorsitz von Andreas Claus. Dieser kündigte „weitere Aktionen gegen den geplanten Moscheebau“ an. Der Kreisvorsitzende Jörg Hähnel erhoffte sich von der Gründung des Ortsverbandes eine Steigerung der „Kampagnenfähigkeit“ seines Kreisverbandes. Die Gründung sei das „Spiegelbild einer Entwicklung, welche die NPD weiter in die Mitte des Volkes treibt“ – mit dem Engagement gegen den Bau der Moschee hatte

die NPD ein Thema gefunden, von dem sie sich Anschlussfähigkeit an die Protestbewegung erhoffte.

Unterstützung erfährt der KV 8 durch den im Oktober 2005 gegründeten JN-Stützpunkt Nordost. Dem KV 8 und den JN-Stützpunkten kommt hierbei eine Scharnierfunktion in der Anbindung der Kameradschaftsszene an die NPD zu.

Am 3. Mai besuchten Jörg Hähnel und ca. 10 weitere Aktivisten der NPD/JN-Pankow und der Kameradschaftsszene die öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow. Einige Rechtsextremisten trugen T-Shirts mit der Aufschrift „Freiheit für Nationale Sozialisten“, ein Besucher trug ein T-Shirt, auf dem ein Mensch am Galgen zu sehen war. Als daraufhin Mitglieder des Pankower Netzwerks gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt forderten, die Rechtsextremisten von der Versammlung auszugrenzen, solidarisierten sich einige Heinersdorfer Bürger mit den erkennbaren Rechtsextremisten.

Am 20. Mai fand eine weitere Demonstration unter dem Motto „Keine Moschee in Pankow!!! - Bürgeraktion gegen Überfremdung unseres Bezirks“ statt. Die Demonstration war von einem Heinersdorfer Bürger angemeldet worden, die IPAHB hatte sich im Vorfeld von dieser Demonstration distanziert.¹¹⁶

An dieser Veranstaltung nahmen etwa 50 organisierte Rechtsextremisten und rechtsextrem-orientierte Jugendliche aus Pankow teil. Der Veranstalter reagierte auf einen diesbezüglichen Hinweis der Polizei folgendermaßen: "Mir wird gerade mitgeteilt, dass sich einige sehr Rechte in der Demo befinden. Diese können mitlaufen, jedoch am Ende, damit sie die Demo nicht stören!" Daraufhin begab sich eine Gruppe von ca. 15 Demonstranten aus der JN und deren Umfeld an das Ende des Demoaufzuges. Der Großteil der Rechtsextremisten lief jedoch, von anderen Demonstranten und dem Anmelder unbehelligt, innerhalb des Aufzuges mit. Unter ihnen Jörg Hähnel, Sascha Kari, Beisitzer des Landesvorstandes der DVU, Paul Schneider, Aktivist der „Autonomen Nationalisten Berlin“ (ANB) und ehemaliges Mitglied der aufgelösten Kameradschaft Pankow, sowie Aktivisten der „Nationalen Aktivisten Prenzlauer Berg“ (NAPB) und des „Märkischen Heimatschutz - Sektion Berlin“ (MHS-B).

Rechtsextremisten beteiligten sich auch an den drei folgenden Demonstrationen, die von der IPAHB veranstaltet wurden:

Am 7. Juni nahmen etwa 100 Personen aus der rechtsextremen Partei- und Kameradschaftsszene, sowie aus rechtsextrem beeinflussten Subkulturen an der Demonstration teil. Darunter waren Jörg Hähnel, Markus Loszczynski, Sascha Kari, sowie 15-20 Menschen aus dem JN/ NPD Umfeld. Zudem war eine deutlich stärkere Beteiligung von Personen aus dem Rocker-, BFC- und Hooliganspektrum sichtbar. Für die Demonstration wurde z.B. auch in einem Forum von BFC Dynamo-Fans geworben.

In der Schlussphase der Demonstration war eine deutliche Blockbildung rechtsextrem-orientierter Protagonist/innen zu erkennen, teilweise mit demonstrativ auf der Kleidung angebrachten NPD-Aufklebern „Nein zur Moschee in Pankow“.

In der Nacht auf den 25. Juni hängten Unbekannte an einem Industrieschornstein auf dem Grundstück der Ahmadiyya-Gemeinde in der Tiniusstraße eine Reichskriegsflagge des deutschen Kaiserreichs und ein Plakat mit der Parole „Keine Terrorzellen in Deutschland“ auf.

¹¹⁶ Siehe „Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger (IPAHB)“, S. 19

An der zweiten Demonstration der IPAHB am 29. Juni nahmen etwa 110 Rechts-extreme und Rechtsextrem-Orientierte teil. Sie marschierten in unterschiedlichen, deutlich erkennbaren Blöcken innerhalb des Demonstrationzugs. Anwesend waren ca. 30 Personen aus der NPD/JN und deren Umfeld, etwa 10 Aktivisten der ANB, sowie mehr als 60 Personen, die in ihrem Outfit dem rechtsextremen Lifestyle entsprachen: rechtsextrem-orientierte Jugendliche, Rocker-, BFC- und Hooliganmilieu.

Im Juli wurden in Pankow Flugblätter verteilt, in denen für die Wahl der NPD geworben und gegen den geplanten Moscheebau polemisiert wurde. Hierzu wurde ein Artikel der Berliner Zeitung in sinnentstellender und kommentierter Form abgedruckt, das Flugblatt endete mit den Worten: „Am 17. September hast Du die Wahl: NPD oder die Moschee“. Ein Hinweis auf einen Verantwortlichen im Sinne des Presse-rechts fehlte.

Am 14. September nahmen insgesamt 60 - 80 Rechtsextrem-Orientierte bzw. organi-sierte Rechtsextreme an der Demonstration der IPAHB teil. Unter ihnen waren der Bundesvorsitzende der NPD, Udo Voigt, der Landesvorsitzende der NPD, Eckart Bräuniger, Jörg Hähnel, Rene Bethage und Markus Loszczynski. Etwa 20 weitere Aktivisten sind der Berliner Kameradschaftsszene, u.a. der 2005 verbotenen BASO und den Vereinten Nationalisten Nordost (VNNO) zuzuordnen.

Die Rechtsextremen wurden durch die Polizei teilweise unter Einsatz körperlicher Gewalt an das Ende der Demonstration verwiesen. Voigt und Bräuniger verließen zuvor mit Begleitung die Demonstration. Die Demonstration verfügte somit über einen eigenen rechtsextremen Block. Durch ein Transparent mit der Aufschrift „Ende der IPAHB-Demo“, welches vor diesem Block getragen wurde, versuchte sich die Bürgerinitiative von den Rechtsextremen abzugrenzen. Während der Demonstration wurde durch Jörg Hähnel das Transparent mit der Aufschrift „Heute gehört uns Kreuzberg, morgen die ganze Welt“ gezeigt. Dieses Transparent war bereits im Rahmen des NPD Aufmarsches in Pankow am 1. April gezeigt und von der Polizei beschlagnahmt worden. Im Rahmen der Abschlusskundgebung der IPAHB wanderten die rechtsextremen Protagonisten an den Beginn des Demonstrationzugs und stellten sich unmittelbar auf der Rückseite des Lautsprecherwagens der IPAHB auf. Während die Kundgebung der IPAHB im öffentlichen Straßenland stand, befand sich der rechtsextreme Demonstrationblock auf der Einfahrt zur Kirche Alt-Pankow. Als erneut das besagte Transparent gezeigt wurde, schritten Polizeibeamte ein, konfiszierten es und führten 8 Rechtsextreme zur Personalienfeststellung zu. Jörg Hähnel, als eigentlicher Urheber der Aktion, war nicht darunter. Aufgrund des Transpa-rents wurden Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung aufgenommen.



Netzwerkstelle [moskito]
gegen Fremdenfeindlichkeit

Ulrich Bahr,
Frauke Büttner,
Annika Eckel:

Kommunale Handlungsstrategien in Moscheebaukonflikten

Fallstudien im Praxis-Vergleich

**Handreichung für das Bezirksamt Pankow von Berlin im Rahmen
der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft Aktionsplan Pankow
Berlin im Januar 2007**

Kommunale Handlungsmöglichkeiten in Moscheebaukonflikten

1 Einleitung

1.1 Grundlagen kommunaler Konfliktbearbeitung

Konflikte im kommunalen Raum sind meist von der spezifischen Situation geprägt, dass eine Vielzahl von verschiedenen Akteuren beteiligt ist und der Prozessverlauf große Dynamiken entfalten kann. Auch der Moscheebaukonflikt in Pankow spielt sich in einem solchen makro-sozialen Rahmen ab und zeichnet sich daher durch eine hohe Komplexität aus. Diese muss in der Konfliktbearbeitung konzeptionell berücksichtigt werden.

Kaum jemand mag Streit und Differenzen. Abwehrende Reaktionen auf Konflikte sind natürlich und können nur Schritt für Schritt überwunden werden. Hierbei bilden die Regeln und Mechanismen der pluralistischen Demokratie adäquate Mittel zur Konfliktaustragung.

Konflikte tragen ein hohes Potenzial zur Förderung gesellschaftlichen Wandels in sich. Dieses Entwicklungspotenzial gilt es zu aktivieren und zu nutzen. Der Friedens- und Konfliktforscher Johan Galtung¹¹⁷ versteht „Entwicklung“ entsprechend als „Schaffung von Kapazität zur Umwandlung von Konflikten“.

Zentrale Elemente eines Konfliktes sind:

- „Unvereinbarkeit im Denken, Vorstellen, Wahrnehmen, Fühlen und Wollen
- plus das Empfinden dieser Unvereinbarkeit von mindestens einer Seite (egal, ob zu Recht oder nicht)
- plus das Handeln (oder Unterlassen) einer der Parteien, das von der anderen Seite als Beeinträchtigung der eigenen Ziele und Interessen empfunden wird.“¹¹⁸

Der Moscheebaukonflikt in Pankow-Heinersdorf zeichnet sich wie viele kommunale Konflikte durch eine Vielzahl von beteiligten Akteuren aus. Beteiligt sind unter anderem: Bezirksamt, Bürgermeister, Ahmadiyya-Gemeinde, IPAHB, Kirchengemeinden und Pfarrer/innen, Heinersdorfer Einzelpersonen und Anwohner/innen, Parteien, BVV-Fraktionen und Vorsteher, einzelne Politiker/innen, Rechtsextremist/innen, Pankower Einzelpersonen, Vereine und Initiativen.

¹¹⁷ Galtung, Johann (1988) in: Unterlagen zur Lehrveranstaltung Cultural Awareness und Konfliktbearbeitung. Se 240114 von Martina I. Steiner WS 2005/2006, Universität Wien, S. 29.
www.univie.ac.at/ksa/html/inh/stud/studmate_files/Cultural_Awareness_und_Konfliktloesung.pdf

¹¹⁸ Akademie Management und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung MuP (2001): Wirkungsvolle Kommunikation. Ein Leitfadens für Gespräche, Verhandlungen und Konflikte. Bonn, S. 89

In der systemischen Betrachtungsweise, die sich im kommunalen Kontext anbietet, da sie das Wechselspiel von Individuen, Organisationsstrukturen und Konfliktdynamiken in den Blick nimmt, wird davon ausgegangen, dass sich die Elemente eines Systems stets wechselseitig beeinflussen. „Konflikte entstehen demnach aus den Wirkungszusammenhängen zwischen den Systemelementen: Organisationseinheiten und ihren Regeln, Personen und ihren Kommunikationsprozessen, Umfeldbeziehungen des Systems und ihren Auswirkungen auf die Kooperationszusammenhänge im System usw.. Im Mittelpunkt einer systemischen Betrachtungsweise stehen also die Beziehungsstrukturen zwischen den Elementen eines Systems, deren Beziehungsdynamiken, Kommunikations- und Konflikt-handhabungsmuster. Fortschritte in der Konfliktbewältigung einer Organisation kann es erst dann geben, wenn diese Muster sich verändern und nicht dadurch, dass sich A und B als Personen ändern“¹¹⁹.

Wenn wir entsprechend im Bezirk Pankow das Wechselspiel zwischen den Akteuren in den Blick nehmen, wird die Komplexität des Konfliktes deutlich. Die verschiedenen Ziele und Interessen der einzelnen Akteure müssen dabei für eine erfolgreiche Konfliktbearbeitung immer im Auge behalten werden. Diese Ziele sind jedoch nicht immer ganz eindeutig. Die Motivlage einzelner Akteure besteht meist aus einem Mix von vordergründigen und hintergründigen Interessen und Zielen. Das heißt, dass es für eine Erfolg versprechende Konfliktbearbeitung wichtig ist, die Annahmen über vorhandene Ziele kritisch zu überprüfen und genau zu schauen, ob hinter den ersichtlichen Argumenten noch hintergründige Interessen liegen. Wichtig darüber es hinaus, zu bedenken, dass die Ziele von vielen verschiedenen Akteuren oft schlichtweg nicht miteinander vereinbar sind. Eine Konfliktlösung im Sinne einer Interessenausgleichsstrategie wird somit erschwert.

Die Interessenausgleichsstrategie stellt die Suche nach Kompromissen in den Vordergrund, und kann als die effektivste und vor allem nachhaltigste von drei möglichen Strategien (Rechts-, Macht-, und Interessenausgleichsstrategie) zur effektiven Konfliktlösung gesehen werden. Die Prüfung von möglichen Kompromissen zur Zufriedenheit aller sollte daher stets an erster Stelle der Konfliktbearbeitung stehen¹²⁰.

Doch nicht alle Konflikte lassen sich durch einen Interessenausgleich aller beteiligten Parteien lösen. Im Zusammenhang mit der beschriebenen Situation in einer Kommune oder einem Bezirk muss sie als erstrebenswerter, aber auch recht schwieriger Lösungsweg angesehen werden. Auch ist es aufgrund der Komplexität sozialer Konflikte¹²¹ nicht immer angemessen, auf die Forderungen aller beteiligten Gruppierungen gleichermaßen einzugehen. Hier ist eine genaue Prüfung der Motivlage aller Beteiligten kritisch zu prüfen, nicht zuletzt auch aufgrund der Aufgabe von Politik, die Interessen und Rechte gesellschaftlicher Minderheiten zu schützen, und dies gegebenenfalls auch gegen Widerstände anderer Gruppen.

Empfehlenswert ist daher ein auf den Einzelfall abgestimmtes kombiniertes Vorgehen: „So erfordert z.B. bei verhärteten Konflikten gerade eine auf Interessenausgleich zielende Verhandlungsstrategie die vorausgehende, gründliche Klärung von Rechts- und Machtpositionen.“¹²² Wichtig ist dabei die Kombination der verschiedenen Strategien. „Wer die Strategien des „Wer hat recht“ oder des „Wer hat die Macht“? verfolgt, hinterlässt in aller Regel einen Scherbenhaufen auf der Beziehungsebene und schafft so neue Potentiale für Konflikte. Zwar ist bei einer Abwä-

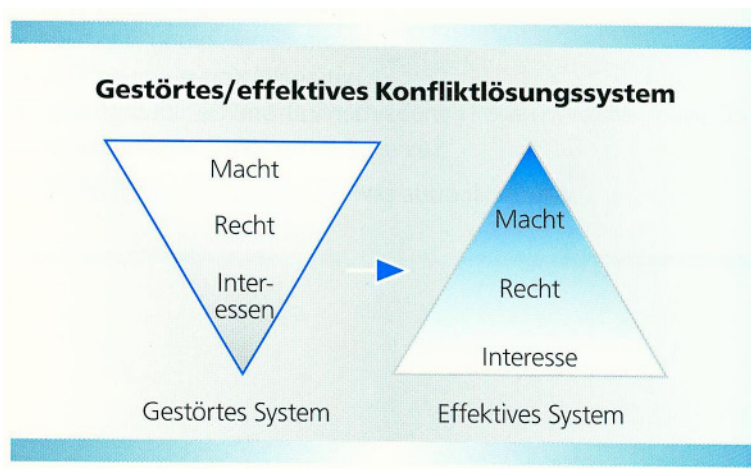
¹¹⁹ MuP 2001, S. 96

¹²⁰ MUP 2001, S. 112

¹²¹ Zu Definition und Bedeutung des „sozialen Konfliktes“ siehe Glasl, Friedrich (1994): Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führungskräfte und Berater. 4. Auflage, Bern/Stuttgart, S. 12 ff.

¹²² MuP 2001, S. 116

gung die Rechtsstrategie der Machtstrategie vorzuziehen, denn es fällt leichter, sich einer Entscheidung auf der Basis anerkannter Normen/Regeln zu beugen als der Macht, dennoch bleiben bei beiden Strategien Verlierer/innen auf der Strecke.“¹²³



(Grafik aus: MuP 2001, S. 112)

Eine Strategie zur Konfliktlösung sollte wenn möglich auf die Herstellung von Win-Win-Situationen zielen. Hier kommt besonders den Moderator/innen und Vermittler/innen in politischen Konflikten eine zentrale Rolle zu, in der sie als unbeteiligte Dritte die Interessen aller Parteien und den größtmöglichen Nutzen für alle im Auge behalten sollten.

Generell ist zu sagen, dass Konfliktlösung immer ein langwieriger, nicht geradliniger Prozess ist, der viel Geduld und Ausdauer von allen Beteiligten erfordert.

Um auf Grundlage dieser Konzepte nähere Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche kommunalen Strategien im Bezirk Pankow zur effektiven Konfliktbearbeitung eingesetzt werden können, wollen wir uns nun exemplarisch Erfahrungen aus anderen Städten und Berliner Bezirken anschauen. Dabei steht folgender Fragestellung im Vordergrund: Welche Konzepte und Strategien wurden im Zusammenhang mit Moscheebaukonflikten angewandt, die in die Umsetzung eines Bauvorhabens mündeten? Können aus den gemachten Erfahrungen Handlungsempfehlungen für Pankow abgeleitet werden^{124?}

1.2 Arbeiten mit den Fallbeispielen

Schmitt¹²⁵ kommt anhand seiner analysierten Fallbeispiele zu dem Ergebnis, dass die Konstellation und Einstellung der konkreten Akteure für den Konfliktverlauf verantwortlich sind. Hierdurch und im Zusammenhang mit der eingangs genannten Betrachtung des Konfliktes vor dem Hintergrund der systemischen Organisationsent-

¹²³ MuP 2001, S. 112

¹²⁴ Als eine der Grundlagen zur Erstellung der folgenden Analyse diente neben der genannten Literatur auch eine vorhergehende Beratung durch die TAKE Gesellschaft für KonfliktKultur, Berlin. www.take.de

¹²⁵ Schmitt, Thomas (2003): Moscheen in Deutschland: Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung. Flensburg: Dt. Akademie für Länderkunde, Band 252, S. 181f., S. 226

wicklung lässt sich erklären, warum die Diskussionen um den Bau einer Moschee auch in ähnlich geprägten Städten sehr unterschiedlich verlaufen können. Einerseits scheinen die Konfliktverläufe durch die Konstellation der lokalen Akteure schon frühzeitig determiniert, andererseits können durch einen Vergleich des Heinersdorfer Konfliktes mit anderen Diskussionen um den Bau einer Moschee jedoch einige „Knackpunkte“ verdeutlicht werden, die für eine weitere Konfliktbearbeitung wichtig sind. Die folgenden Topics kontrastieren die Schwierigkeiten des Heinersdorfer Konfliktes mit „Best-Practice-Beispielen“ aus anderen Moscheebaukonflikten. Hierbei werden Beispiele aus Fallstudien ganz unterschiedlicher Konflikte um Moscheebauten herangezogen. Eine ausführliche Darstellung der unterschiedlichen Rahmenbedingungen würde den Rahmen dieser Analyse sprengen, kann jedoch in den verwendeten Fallstudien nachgelesen werden. Die Auswahl der Topics soll zunächst einen schnellen Vergleich einzelner Faktoren im Heinersdorfer Konflikt mit anderen Moscheebauprojekten ermöglichen, weitere Problemstellungen werden in den Verknüpfungen zwischen den einzelnen Topics diskutiert. So wird verdeutlicht, wie sich die in den einzelnen Topics diskutierten Lösungsansätze aufeinander beziehen. Daran sollen, trotz aller Unterschiede zwischen den herangezogenen Fallstudien und der Situation in Pankow/Heinersdorf, Möglichkeiten zur Konfliktbearbeitung aufgezeigt werden.

Die vorgenommenen Vergleiche können in diesem Rahmen nur relativ oberflächlich erfolgen. Vor einer konkreten Umsetzung sollten die Handlungsmöglichkeiten daher explizit auf die spezifische Situation in Pankow reflektiert werden.

Dies kann auf der politischen Ebene des Bezirks in Zusammenarbeit mit bereits bestehenden beratenden Institutionen erfolgen. Regelmäßige Absprachen helfen dabei, zeitnah auf die jeweiligen Entwicklungen im Konfliktverlauf reagieren zu können.

Folgende Punkte ergeben sich aus den betrachteten Moscheebaukonflikten:

1. Information und Einbeziehung der Nachbarschaft
2. Die Rolle von Mentoren im Konflikt
3. Urbane Perspektive vs. dörfliche Perspektive
4. Förderung des Dialogs und vermittelnde Funktion der Kirchen und anderer Akteure
5. Teilbarkeit oder Unteilbarkeit des Konfliktes
6. Umgang bei verhärteten Konflikten

2 Information und Einbeziehung der Nachbarschaft:

Sollten die zuständigen Stellen in einem solchen Fall frühzeitig informieren oder die Moschee „wie jedes andere Bauvorhaben“ behandeln?

Ist-Zustand in Pankow

Nach hiesigem Kenntnisstand war die Information der Anwohnerschaft durch die BVV nicht gemeinsam vorbereitet:

Dem Baustadtrat war der Vorbescheidsantrag der Ahmadiyya-Gemeinde seit Ende April 2005 bekannt. Seine Abteilung informiert das Bezirksamt über die Anfrage bereits im Frühjahr 2005. Die Abteilung erkundigt sich bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, ob dort eine Moschee in der geplanten Größe zulässig sei, da es

für das Grundstück keine Planungen gab. Diese beschied die Bauvoranfrage erst im Herbst 2005 positiv.

Herr Federlein reagierte erst nach der Antwort der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

Eine Bauvoranfrage sagt zunächst noch wenig über die tatsächliche Realisierung eines Bauvorhabens aus. Jede/r Interessent/in kann diese Anfrage stellen, wobei die Anonymität des Antragsstellers gewahrt werden sollte. Eine frühzeitige Diskussion aufgrund einer Bauvoranfrage ist demnach weder üblich noch generell wünschenswert. Im Januar lud der Baustadtrat Vertreter der Ahmadiyya-Gemeinde ein und besprach die Bauvoranfrage. Hierbei wurde zusammen mit den Vertretern der Gemeinde beschlossen, das Projekt auf der öffentlichen Sitzung des Bauausschusses vorzustellen, auf welcher die Bauvoranfrage letztlich dann beschieden wurde. Die Sitzung des Bauausschusses wurde von etwa 100 Pankower/innen insbesondere aus dem Ortsteil Heinersdorf besucht, die dort gegen den Bau der Moschee protestierten. Daraufhin kündigte der BVV-Vorsteher Herr Kirchner eine Informationsveranstaltung zu dem geplanten Moscheebau an. Nach hiesigem Kenntnisstand erfolgte diese Ankündigung spontan nach kurzen Absprachen vor Ort.

Leggewie¹²⁶ betont, dass es wichtig sei, die Anwohnerschaft „frühzeitig“ zu informieren. Er geht in seiner Empfehlung jedoch von einem „frühzeitigen“ Termin nach dem positiven Bescheid der Bauvoranfrage aus. Das Bauvorhaben der Ahmadiyya-Gemeinde wurde gerade durch die Ankündigung der BVV-Sitzung vom 9.03.06 öffentlich gemacht, diese Sitzung war jedoch nicht in ein darüber hinausgehendes Konzept zur Bekanntmachung des Bauvorhabens eingebunden. Besonders kritisch erscheint dieser Weg, da der Charakter der öffentlichen Sitzung von einem Teil der Anwohnerschaft so interpretiert wurde, als sei eine Mitsprache und –entscheidung möglich.

2.2 Erfahrungen aus Berlin-Kreuzberg, Maschhari-Center

Im Herbst 2002 wurde die Bauvoranfrage des Islamischen Vereins für Wohltätige Projekte (IVWP) durch den Kreuzberger Bauausschuss positiv beschieden. Im Anschluss kaufte der Verein das an der Skalitzer-/Ecke Wienerstraße gelegene Grundstück und begann mit Aufräumarbeiten auf dem verwilderten Gelände. Daraufhin fragten einige Anwohner/innen beim Stadtteilausschuss nach, wer das Gelände gekauft habe. Der Stadtteilausschuss erkundigte sich beim Bezirksamt und erfuhr, dass dort ein Gebäude mit integrierter Moschee entstehen soll. Der Stadtteilausschuss gab diese Informationen an die Anwohner/innen weiter. Im Stadtteilausschuss bildete sich eine Arbeitsgruppe aus interessierten Anwohnerinnen und Anwohnern, die eine Informationsveranstaltung vorbereitete und sich in den Jahren 2003 und 2004 auch regelmäßig traf, um über das Thema „Moscheebau“ allgemein zu diskutieren. Im Dezember 2002 informierte der Kreuzberger Baustadtrat die Presse über den geplanten Neubau.

Die Informationsveranstaltung des Stadtteilausschusses über den Moscheebau fand am 27.03.2003 statt, also fast ein halbes Jahr nach Bekanntwerden des Bauprojektes. Etwa 250 interessierte Anwohnerinnen und Anwohner besuchten die Veranstaltung. Die Veranstaltung ermöglichte einen direkten Austausch zwischen den Anwoh-

¹²⁶ Leggewie, Claus; Joost, Angela; Rech, Stefan (2002): Der Weg zur Moschee- eine Handreichung für die Praxis, Herbert-Quandt-Stiftung, Bad Homburg. S. 45 ff.

nenden, den Vertreterinnen und Vertretern der Lokalpolitik sowie der Verwaltung und konnte zu einer Versachlichung der Diskussion beitragen. Es stellte sich heraus, dass viele Anwohnende zwar skeptisch gegenüber der von dem IVWP angestrebten Finanzierung auf Spendenbasis waren und sie auch mehr über die inhaltliche Positionierung des relativ unbekanntem Vereins erfahren wollten, dem Bau einer repräsentativen Moschee in der Nachbarschaft jedoch aufgeschlossen gegenüberstanden.

Der Stadtteilausschuss wurde 1978 im Rahmen des Wettbewerbs „Strategien für Kreuzberg“ als Nachfolger der Projektkommission des Wettbewerbs gegründet. Er organisiert die Bürgerbeteiligung zu allen städtebaulichen Projekten im Stadtteil. Dazu sammelt er Informationen über im Stadtteil geplante Bauprojekte, macht diese den Anwohner/inne/n zugänglich und organisiert Informationsveranstaltungen. Er dient als Schnittstelle zwischen der Verwaltung, der Politik, den Investoren, den Projektentwicklern und den Anwohner/inne/n. Er gibt die aus den Bürgerbeteiligungsverfahren gewonnenen Erkenntnisse als Empfehlungen an das Bezirksamt und die Senatsverwaltungen weiter¹²⁷.

2.3 Bedeutung dieser Erfahrungen für den Moscheebaukonflikt in Pankow

Das Beispiel Kreuzberg ist aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungszusammensetzung nur teilweise auf den Bezirk Pankow übertragbar. Wichtig ist außerdem der Umstand, dass es in Kreuzberg zwar durchaus Skepsis gegenüber dem Bauvorhaben gab, aber keine breiten Proteste aus der Bevölkerung. Dennoch soll hier auf einige Unterschiede in der Vorgehensweise der Bezirksämter hingewiesen werden:

Die Kreuzberger Anwohnerschaft erfuhr erst von dem geplanten Moscheebau, als die Bauvoranfrage im Herbst 2002 bereits positiv beschieden worden war. Sie wurde relativ zeitnah über das Projekt informiert: Der Baustadtrat informierte die Presse im Dezember 2002, die Informationsveranstaltung fand im März 2003 statt, der Bauantrag wurde erst später im Juni 2004 positiv beschieden.

Mit dem Stadtteilausschuss bestand in Kreuzberg eine Anlaufstelle für die interessierte, teilweise auch besorgte Nachbarschaft: Eine Arbeitsgruppe von Anwohner/innen diskutierte das Thema „Moscheebau“ im Allgemeinen und beteiligte sich auch an der Vorbereitung der Informationsveranstaltung. Mit dem Stadtteilausschuss übernahm in Kreuzberg ein etablierter Akteur die Vermittlung im Wohngebiet.

Die Sichtweise, „Die Heinersdorfer sind nicht gefragt worden und wurden (wieder einmal) von der Politik übergangen“ erscheint als ein konstituierendes Moment für das Entstehen der Heinersdorfer Protestbewegung. Durch die Ankündigung der öffentlichen Sitzung des Bauausschusses durch die Berliner Zeitung wurde bereits der Beschluss über den Bauvorbescheid Teil der öffentlichen Debatte um den Bau der Moschee. Die Bürgerproteste auf der Sitzung des Bauausschusses wurden zudem dadurch gestärkt, dass einige Bürger/innen zu diesem Zeitpunkt noch dachten, sie könnten die Entscheidung durch ihren Protest beeinflussen. Durch das frühzeitige öffentliche Interesse war ein gemeinsames Vorgehen aller Akteure des Bezirksamtes in der Vermittlung des Bauvorhabens bereits zum Termin der Bauausschuss-Sitzung erforderlich, obwohl über den Vorbescheid noch gar nicht entschieden war. In

¹²⁷ Bahr, Ulrich (2006): Moscheebau in Kreuzberg. Diplomarbeit. S. 56ff., 78ff., 81f.

Kreuzberg wurde die Öffentlichkeit erst nach dem Beschluss der BVV informiert. Trotzdem fühlte sich die Anwohnerschaft hierdurch nicht „übergangen“, gleichzeitig hatten die Anwohner/innen mit dem Stadtteilausschuss einen etablierten Ansprechpartner, der „die Sorgen und Ängste der Bürger ernst nimmt. Die Sichtweise vieler Heinersdorfer/innen „die Politik“ (Weißensee, Pankow, der neue Großbezirk Pankow/Prenzlauer Berg/Weißensee, die Stadt Berlin) würde sie „ständig übergehen“ speist sich jedoch auch aus vorhergegangenen Konflikten, wie zum Beispiel den Diskussionen um den Bau einer Müllverbrennungsanlage oder über die Verbesserung der Verkehrssituation.

Der im Mai an die Heinersdorfer Haushalte gerichtete Bürgerbrief des BVV-Vorstehers und des Bezirksbürgermeisters war ein wichtiger Schritt hin zur Versachlichung der Debatte, verbunden mit dem Hinweis auf das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Ausübung der Religionsfreiheit. Die starke Fokussierung des Briefes auf rechtsstrategische Aspekte mag für einige Heinersdorfer/innen vielleicht nicht ansprechend eines im Sinne der Interessenausgleichsstrategie möglichen Angebots gewesen sein. Unabhängig davon war jedoch zu dem Zeitpunkt die Mobilisierung gegen den Moscheebau schon sehr weit vorangeschritten. Verschiedene lokale Akteure (CDU, Gemeindegemeinderat, IPAHB, NPD,...) hatten sich bereits öffentlich positioniert. Eine Offenheit und Diskussionsbereitschaft seitens großer Teile der Heinersdorfer Bevölkerung war zum Zeitpunkt der Herausgabe des Bürgerbriefes vielfach nicht (mehr?) gegeben.

2.4 Handlungsempfehlungen:

Ein zeitnah an die Bekanntmachung eines positiv beschiedenen Bauvorbescheides durchgeführtes gezieltes Informationsangebot an die Anwohner und Anwohnerinnen kann dem Gefühl, man sei nicht gefragt worden, entgegenwirken. Ein solches Angebot kann die zeitnahe Verschickung eines Bürgerbriefes sein. Sinnvoll ist darüber hinaus eine Informationsveranstaltung oder kleinere Informationsgespräche vor Ort, um Fakten vermitteln und diffuse Ängste nehmen zu können. Ziel ist hierbei die Herstellung von Transparenz und Einbeziehung der Bevölkerung in die konkrete Umsetzung des Bauvorhabens im Hinblick auf das Erzielen eines größtmöglichen Interessenausgleichs, ebenso wie der Abbau von Bedenken und die Klärung offener Fragen. Hierbei besteht die Herausforderung nicht zuletzt darin, Vorbehalte, Ängste und Abwehrhaltungen der Bevölkerung konstruktiv aufzugreifen, gleichzeitig aber den verfassungsmäßig verbrieften Schutz von Minderheiten zu sichern und eine Akzeptanz für deren Interessen zu schaffen. Wichtig ist es, die Entscheidung über das Bauvorhaben in solch einem Rahmen nicht grundsätzlich zur Disposition zu stellen.

Um Situationen wie bei der Bürgerversammlung im März zu vermeiden, kann anstatt einer öffentlichen Veranstaltung auch ein Kreis von wichtigen sozialen und politischen Akteuren (Kirche, Vereine, Organisationen) gezielt eingeladen werden, die dann wiederum vor Ort als Multiplikator dienen können. Sinnvoll sind auch zeitnah stattfindende kleine Anwohnergespräche mit direkt angrenzenden Straßenzügen /Nachbar/innen des Baugrundstücks.

Der Zeitpunkt zur frühzeitigen Information der Nachbarschaft ist eindeutig überschritten. Die oben benannten Erfahrungen und Überlegungen können möglicherweise bei künftigen, ähnlich gelagerten Konflikten berücksichtigt werden.

Nichtsdestoweniger müssen weiterhin der Abbau von bestehenden Bedenken gegen den Moscheebau und die Klärung offener Fragen seitens der Heinersdorfer Bürger/innen Themen auf der Agenda der politischen Akteure im Bezirk sein.

Handlungsempfehlungen ausgehend vom Ist-Zustand:

Die Etablierung eines auf Bezirks- oder Stadtteilebene agierenden Gremiums wie eines Stadtteilausschusses kann hilfreich sein, um zivilgesellschaftliche Partizipation und demokratische Mitbestimmung zu fördern. Mittels eines demokratischen Verfahrens und zielgerichtetem Empowerment sollte die Einbeziehung von verschiedenen – auch kleinen – gesellschaftlichen Gruppen gewährleistet werden. Anzustreben ist eine von gegenseitiger Akzeptanz und Respekt geleitete Diskussion zwischen möglichst vielen der Beteiligten auf Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Menschenrechte.

Eine Diskussion darüber, ob die Einrichtung eines Stadtteilausschusses oder eines ähnlich gelagerten Ansprechpartners für Anwohner/innen in Pankow für sinnvoll erachtet würde, könnte in gezielten Gesprächskreisen stattfinden, oder zum Beispiel am Ende eines offenen Kommunikationsprozesses wie einer Zukunftskonferenz oder eines Worldcafés stehen. Die Rolle des Bezirksamts in einer solchen Debatte kann hier die des Impulsgebers, nicht aber des eingebundenen Akteurs sein. Sinnvoll ist es, ein solches Gremium ausschließlich mit zivilgesellschaftlichen, religiösen und weltlichen Organisationen zu besetzen und eine schnelle, verbindliche Kommunikation mit Politik und Verwaltung z.B. per Kooperationsvereinbarung abzusichern.

Eine Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger könnte auch über einen Interessenausgleich im Sinne eines (indirekten) Win-Win-Prinzips stattfinden. So könnte man die aktuelle Diskussion dazu nutzen, bestehende strukturelle Probleme in Heinersdorf wie fehlende Freizeiteinrichtungen oder mangelnde Infrastruktur aufgreifen, und unter größtmöglicher Partizipation gezielte Lösungen entwickeln. Die Initiative „Heinersdorf öffne Dich!“ hat mit der Durchführung einer Heinersdorfer Zukunftswerkstatt bereits einen Schritt in diese Richtung unternommen. Diese Selbstorganisation sollte in Zukunft von den politischen Akteur/innen nach Kräften unterstützt werden.

Ob Stadtteilausschuss, ein anderes Gremium, die Bürgersprechstunde oder einzelne Ansprechpersonen im Bezirksamt: Wichtig ist eine Anlaufstelle, die zeitnah auf aktuelle Entwicklungen und Belange reagieren kann. Die Konflikte werden voraussichtlich weder mit Beginn noch mit Ende der Bauphase abgeschlossen sein, so dass es auch zum jetzigen Zeitpunkt noch sinnvoll sein kann, bestehende Strukturen entsprechend fortzuführen, gegebenenfalls auszubauen - oder auch ganz neue Modelle zu schaffen. Solch eine Anlaufstelle kann das Gefühl „von der Politik übergangen zu werden“ überwinden helfen, neue Allianzen zwischen Gruppen fördern und die Akzeptanz und den Konsens auf örtlicher Ebene über Ziele und Wege der gesellschaftlichen Entwicklung erhöhen. Bedingung ist jedoch, dass wirkliche Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen werden und keine symbolische Mitgestaltung inszeniert wird.

3 Die Rolle von Mentoren im Konflikt

Personen mit öffentlichem Ansehen können in kommunalen Konflikten Vermittlerrollen übernehmen. Leggewie¹²⁸ weist in diesem Zusammenhang besonders auf die Pfarrer und Mitglieder christlicher Kirchen und jüdischer Gemeinden hin. Auf die spezielle Rolle der christlichen Kirchen wird in Abschnitt 4 detaillierter eingegangen. In einigen Fällen konnten Konflikte um den Bau einer Moschee auch durch das Engagement politischer Entscheidungsträger verschärft werden, die sich öffentlich für das Bauvorhaben eingesetzt hatten. Diese Position geht über eine einfache „Vermittlung“ hinaus: die Akteure verargumentieren, warum eine Moschee „an diesem Ort / in diesem Gemeinwesen / etc. gebaut werden soll“.

3.1 Ist-Zustand in Pankow

Sowohl der Bezirksbürgermeister als auch der BVV-Vorsteher haben sich mit dem Bürgerbrief, in kleinen Gesprächsrunden und bei anderen öffentlichen Veranstaltungen sichtbar für das Bauvorhaben eingesetzt. Es gibt jedoch darüber hinaus kaum anerkannte Förderer der Moschee, die sich öffentlich und weithin sichtbar für das Vorhaben der Gemeinde einsetzen.

3.2 Erfahrungen aus Lauingen, Bayern und Berlin-Kreuzberg, Maschari-Center

Lauingen

Lauingen hat 11.000 Einwohner/innen, von denen 800 muslimischen Glaubens sind. Die Moschee in Lauingen¹²⁹ wurde 1996 vom "Türkischen Kulturzentrum" eröffnet. Sie ist eine repräsentative Einrichtung für die Muslime in Bayern und wird vom Dachverband der türkisch-islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) unterhalten. Die Moschee hat 5 Kupfer-Kuppeln und ein 28m hohes Minarett. Auf drei Geschossen sind dort ein großer Gebetsraum für Männer, Jugend-, Frauen- und Gästezimmer, ein Geschäft für türkische Spezialitäten, ein Seminarraum für Koran- und Deutschunterricht, eine Bibliothek sowie ein öffentliches Lokal ohne Alkoholausschank untergebracht.

Die Beteiligten beim Lauinger Moscheebau waren der Moscheeverein, die Behörden, die Anwohnenden, die Medien, die politischen Parteien und die Kirchen. Als Hauptakteur und Mentor kann jedoch der ehemalige Bürgermeister Georg Barfuß (CSU) verstanden werden. Seit 1973 besteht in Lauingen ein "Beistandsverein türkischer Arbeitnehmer e.V.". Da die Sanierungskosten für das bestehende Gebäude sehr hoch eingeschätzt wurden, entschied sich der Moscheeverein 1990 für einen schlicht gehaltenen Neubau ohne Minarett und Kuppel. Eine repräsentative Moschee wurde nicht in Erwägung gezogen, da die Mitglieder glaubten, ein solcher Antrag würde keine Baugenehmigung erhalten. Georg Barfuß, damaliger Bürgermeister der Stadt Lauingen und gläubiger Katholik, schlug hingegen vor, eine repräsentative Moschee zu bauen¹³⁰. Diese Art von Hilfe überraschte die muslimischen Vereinsmitglieder und

¹²⁸ Leggewie, Claus; Joost, Angela; Rech, Stefan (2002): Der Weg zur Moschee- eine Handreichung für die Praxis, Herbert-Quandt-Stiftung, Bad Homburg. S. 77

¹²⁹ <http://www.moschee-lauingen.de/index.html>

¹³⁰ vgl. Schmitt 2003, S. 163

veranlasste sie, einen Entwurf anzufertigen, welcher eine repräsentative Moschee mit Minarett und Kuppel vorsah. Bürgermeister Barfuß half daraufhin bei der Suche nach einem geeigneten Grundstück, welches schließlich in einer städtischen Kleingartenanlage gefunden wurde.

Mit einem Grundstückstausch im Verhältnis eins zu zwei konnte Barfuß die Pächterinnen und Pächter der Kleingartenanlage für den Umzug in ein weiter außerhalb gelegenes Gelände gewinnen. Der Lauinger Stadtrat stimmte dem vom Bürgermeister befürworteten Moscheeprojekt grundsätzlich zu, nur ein Ratsmitglied stimmte gegen die Moschee, ein weiteres gegen den Bau eines Minaretts.

Anfangs gab es vor allem in Barfuß' eigener Partei Widerstand gegen sein Engagement für den Moscheebau. Der Moscheeverein bekam für den Bau einen Zuschuss von 100.000 DM von der Stadt¹³¹. Herr Barfuß hielt den Kontakt zur "DITIB" und hatte sich mit dieser bereits im Vorfeld geeinigt, dass es keinen Muezzin Ruf geben werde, um das Bauvorhaben nicht zu gefährden¹³². Der Baubeginn und die feierliche Einweihung, u.a. in Gegenwart von Vertreterinnen und Vertretern der christlichen Kirchen, wurden bewusst als große Ereignisse für die ganze Gemeinde begriffen und entsprechend begangen. In Folge gab es regelmäßig einen Tag der offenen Tür, der Kontakte und Treffen zwischen den Zugewanderten und Einheimischen förderte. Die Moschee sei so zu einem integralen Bestandteil Lauingens geworden, so der ehemalige Bürgermeister. Weitere Gespräche im gesellschaftlichen Umfeld, beispielsweise mit dem "Katholischen Frauenbund" und dem "Mütterkreis", bildeten die Basis für eine differenzierte Diskussion in der Gemeinde Lauingen.

Lauingen unterhält eine Städtepartnerschaft mit dem Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf.

Kreuzberg

In der Diskussion um das Maschari-Center können der Baustadtrat und der Geschäftsführer des Stadtteilausschusses als Fürsprecher für die Moschee gesehen werden. Baustadtrat Schulz informierte sich frühzeitig über den IVWP. Neben Informationen holte er Erkundungen vom Berliner Verfassungsschutz und der Journalistin Claudia Dantschke ein und kam zu der Einschätzung, dass es sich hierbei um einen relativ liberalen Verein handelt.

Dem Geschäftsführer des Stadtteilausschusses gelang es auf der Veranstaltung, die Diskussion um das Bauprojekt des IVWP von allgemeinen Diskussionen um Moscheebauprojekte in Kreuzberg zu trennen und zu versachlichen. „Als das Publikum die in einigen Zeitungsberichten lancierten Mutmaßungen über den IVWP wiedergab, intervenierte er mit der Frage, ob man von nun an bei jedem Bauvorhaben eine Anfrage beim Verfassungsschutz stellen solle. Er argumentierte, der Verein habe das Recht, auf dem Gelände ein Gebäude mit integrierter Moschee zu errichten, solange dies mit dem Baurecht in Einklang stehe. Gegen den Verein lägen keine Bedenken von Seiten des Verfassungsschutzes vor. Er vermute hinter den vorgetragenen Spekulationen jedoch konkrete politische und gesellschaftliche Bedenken gegenüber dem Bauvorhaben, worüber nun offen diskutiert werden könne. Sowohl Herr Schulz als auch der Geschäftsführer des Stadtteilausschusses argumentierten, dass das Recht auf freie Religionsausübung und das Recht, sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren, eine Gleichbehandlung aller Interessensgruppen vorsehe. Beide versprachen sich auch mehr Transparenz von einer Verlagerung der Moscheen aus den Hinterhöfen an die repräsentative Straßenfront¹³³.

¹³¹ Schmitt (2003): S. 167

¹³² Schmitt (2003): S. 166

¹³³ vgl. Bahr (2006): S. 58

3.3 Bedeutung dieser Erfahrungen für den Moscheebaukonflikt in Pankow

Mentoren und Mentorinnen können sich in Pankow auch zum jetzigen Zeitpunkt dafür einsetzen, die Akzeptanz für den Moscheebau zu erhöhen. Dies können Personen aus dem politischen und zivilgesellschaftlichen Leben sein. Angesichts der derzeitigen Stimmungslage in Pankow-Heinersdorf scheint ein Mentor/eine Mentorin aus dem zivilgesellschaftlichen Spektrum am geeignetsten zu sein, zum Beispiel eine bekannte, prominente Persönlichkeit, die breite Akzeptanz und Sympathien genießt (Schauspieler/in, Autor/in etc.), und unabhängig von Bezirkspolitik und –Verwaltung agiert.

3.4 Handlungsempfehlungen

Ein/e Mentor/in könnte Veröffentlichungen und Statements einzelner Akteure öffentlich wahrnehmbar unterstützen und dafür werben, den neuen Nachbarn mit Neugier und Offenheit zu begegnen. Auch für Veröffentlichungen der Ahmadiyya-Gemeinde, wie zum Beispiel Anwohnerinformationen per Briefwurfsendung, könnte die sichtbare Unterstützung durch einen Mentor oder eine Mentorin hilfreiches Mittel zur Akzeptanzerhöhung sein.

Mentor/innen, Bezirksbürgermeister, Mitarbeiter/innen des Bezirksamts und Politiker/innen können den Moscheeneubau sichtbar unterstützen. So ist eine gemeinsame Grundsteinlegung bei Baubeginn ebenso denkbar wie ein gemeinsames Richtfest oder ähnliches. Auf diese Art und Weise könnte die Isolation der Gemeinde durchbrochen und ein klares Signal in Richtung einer breiten Akzeptanz für die neuen Nachbar/innen gesetzt werden.

Auch während der Bauphase kann eine Koalition aus Befürwortern des Moscheebaus einen erheblichen Beitrag zum langfristigen Gelingen der Integrationspolitik leisten. Bezogen auf die Situation in Heinersdorf bedeutet dies, die bereits sich aktiv einsetzenden Personen aus Politik und öffentlichem Leben zu vernetzen und neue, bisher noch nicht in Erscheinung getretene Unterstützer/innen des Moscheebauprojekts zu gewinnen. Je breiter – und koordinierter - die Front der Unterstützer/innen wird, desto schwieriger wird es für die Gegner/innen des Moscheebaus ihren Protest aufrechtzuerhalten. Es sollten öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen organisiert werden, um die Heinersdorfer Bürger/innen und nicht zuletzt auch die Presse auf das andere, das weltoffene Heinersdorf aufmerksam zu machen.

Im Lauinger Fall wurde ferner mit dem Win-Win-Prinzip gearbeitet, indem der Bürgermeister den Kleingärtner/inne/n einen Grundstückstausch im Verhältnis 1:2 anbot. Eine solche Möglichkeit gab und gibt es in Pankow-Heinersdorf nicht, da es sich um ein unbebautes Grundstück handelt. Wie in Kapitel 1 erläutert, kann möglicherweise ein ähnlicher Weg damit beginnen, aktuelle Probleme der Bewohner/innen Heinersdorfs konstruktiv aufzugreifen und zu lösen.

4 Urbane Perspektive vs. dörfliche Perspektive

„Warum baut die Ahmadiyya-Gemeinde eine Moschee in Heinersdorf, obwohl hier überhaupt keine Muslime/Gemeindemitglieder wohnen?“ –

Die Antworten auf diese von Heinersdorfer Moscheegegner/innen häufig gestellte Frage fallen leider sehr dürftig aus. Der Brief zur Bürgerinformation bezieht sich beispielsweise lediglich auf das Baurecht und die verfassungsmäßigen Grundrechte, die positive Antwort auf den Bauvorbescheids-Antrag wird als „rein verwaltungstechnischer Akt“ beschrieben.

4.1 Ist-Zustand in Pankow

Im Fall der Ahmadiyya-Gemeinde handelt es sich eben nicht um den Neubau einer „Kiezmoschee“, die – wie in Kreuzberg – einer bereits bestehenden Gemeinde aus der Nachbarschaft eine bessere Teilhabe am Gemeinwesen ermöglichen soll. Die Besonderheit der in Pankow-Heinersdorf geplanten Moschee besteht gerade darin, dass die Gemeindemitglieder in ganz Berlin wohnen, die Gemeinde deshalb auch bei der Vorauswahl der Baugrundstücke flexibler vorgehen konnte und die Moschee eher die Funktion eines Gemeindezentrums als einer „Kiezmoschee“ haben wird. Diese besondere Situation ist allen beteiligten Akteuren mittlerweile bekannt. Trotzdem wird das Argument, in Heinersdorf wohnten doch gar keine Muslime, nach wie vor massiv von den Moscheebaugener/innen in die Debatte eingebracht.

4.2 Erfahrungen aus Lauingen, Bayern, und Berlin-Kreuzberg, Maschari-Center:

In Kreuzberg wurde eine Beteiligung des IVWP am Gemeinwesen beispielsweise daran sichtbar, dass sich der Verein 2006 am jährlichen Myfest beteiligt hat. Als Hinterhofmoschee wäre die gleiche Gemeinde vermutlich nicht angesprochen worden; so machten sie jedoch einen Stand vor der exponiert gelegenen Baustelle des Maschari-Centers.

Im bayerischen Lauingen wird der Moscheeverein seit Fertigstellung der Moschee immer wieder aktiv ins städtische Leben einbezogen. Bei öffentlichen Veranstaltungen wie Brücken- oder Fabrikeinweihungen sprach in den vergangenen Jahren neben den Pfarrern der christlichen Kirchen auch der Imam Grußworte. Die Kontakte zwischen den christlichen Kirchengemeinden und der muslimischen Gemeinde wurde durch gegenseitige Veranstaltungsbesuche intensiviert. Dies begann erst nach der sichtbaren Präsenz der Moschee im öffentlichen Raum. „Natürlich, wenn man uns einlädt, gehen wir natürlich. Aber zuvor [vor dem Moscheebau] hat uns niemand eingeladen, haben die deutschen Leute uns nicht bemerkt“¹³⁴, schilderte der Vorsitzende des Moscheevereins im Jahr 1999 die Situation. Seitdem besuchten zahlreiche Gruppen aus der Lauinger Bevölkerung die Moschee. Auf Initiative des Moscheevereins gibt es in vier von fünf Lauinger Kindergärten mittlerweile gemeinsame Aktivitäten und Feste: Zum Abschluss des Ramadan feiern nicht-muslimische Kinder das Zuckerfest mit, und umgekehrt nehmen die muslimischen Kinder an christlichen Feiertagen teil¹³⁵. Schmitt weist in seiner Untersuchung darauf hin, dass der Dialog insgesamt gesehen zwar nur von einer Minderheit der Lauinger Bevölkerung aktiv geführt wird, bemerkenswert sei jedoch, dass er überhaupt stattfindet. Vor dem Moscheebau gab es diesen Dialog ebenso wenig wie gemeinsame Aktivitäten im Gemeinwesen.

4.3 Bedeutung der Erfahrungen für Pankow:

Die Erfahrungen aus Lauingen zeigen, dass die Akzeptanz einer muslimischen Gemeinde ab dem Zeitpunkt ihrer sichtbaren Präsenz im öffentlichen Raum deutlich steigen kann, wenn der Dialog aktiv gefördert und geführt wird. Die dort durchgeführten Begegnungen und gemeinsamen Veranstaltungen fußen auf der Wahrnehmung des Gemeinwesens als Kristallisationspunkt von verschiedenen Religionen und Weltanschauungen.

¹³⁴ Schmitt (2003), S. 171

¹³⁵ Schmitt (2003), S. 171

Lauingen hatte zum Zeitpunkt des Baubeginns im Gegensatz zu Heinersdorf bereits einen relevanten Anteil von Menschen muslimischen Glaubens in der Bevölkerung. Ein Umstand, der die Akzeptanz und Verankerung der muslimischen Gemeinde im Heinersdorfer Gemeinwesen argumentativ erschwert, da der Moscheebau die Konfrontation mit neuen, und nicht mit alteingesessenen Nachbarinnen und Nachbarn bedeutet. In Lauingen gab es jedoch vor dem Moscheebau auch keine sichtbare Beteiligung der bereits präsenten Muslime und Muslima am Gemeinwesen. So gesehen war die Situation für die Bevölkerung nach dem Moscheebau ebenfalls neu. Es kam erst dann zu einer verstärkten Wahrnehmung der muslimischen Nachbarn. Die Heinersdorfer Bevölkerung wird sich während des Baus und nach Fertigstellung der Moschee ebenfalls mit ihren neuen Nachbarn auseinandersetzen müssen. Für eine Annäherung kann aus den Erfahrungen von Lauingen profitiert werden, ebenso wie aus den Kreuzberger Erfahrung mit der Beteiligung der Gemeinde an Festivitäten im Ortsteil.

Heinersdorf ist mit seinen über 6000 Einwohner/innen zwar kleiner als die 11.000-Einwohner-Stadt Lauingen, ist jedoch wie Kreuzberg Teil der Großstadt Berlin. Hier bietet die Bezugnahme auf den urbanen Kontext der Einwanderungsstadt Berlin weitere Möglichkeiten zum konstruktiven Umgang mit dem Konflikt.

Eine Argumentation für den Bau der Moschee darf sich nicht nur auf die Verteidigung der Grundrechte und die Durchsetzung des Baurechts beschränken. Eine Argumentation für den Bau der Moschee kann sich zudem nicht nur auf den lokalen Kontext beschränken. Die besondere Situation der Gemeinde mag im lokalen Kontext einen Sonderfall beschreiben und aus der Perspektive vieler Heinersdorfer/innen auch erklären, warum nun „sogar in Heinersdorf“ eine Moschee gebaut wird. Der starke lokale Bezug macht die Situation der Ahmadiyya-Gemeinde jedoch erst zu einem Sonderfall; denn in einem Berlinweiten Kontext passiert in Heinersdorf nichts anderes als in Kreuzberg: eine seit einigen Jahren bestehende Gemeinde beabsichtigt, aus einem als Moschee genutzten Gebäude in eine repräsentative Moschee zu ziehen.

4.4 Handlungsempfehlungen

Wichtig ist die Herstellung des Berlin-weiten Kontextes und die Förderung der urbanen Perspektive, ohne jedoch die spezifische Struktur der Heinersdorf als zum Teil dörflich strukturiertes Gebiet mit einer Face-to-Face-Kommunikation zu negieren. Heinersdorf kann dazu angeregt werden, sich positiv als integraler und integrativer Bestandteil der Einwanderungsstadt Berlin zu verorten. Hier kann es zum Beispiel darum gehen, bestehende Bedenken vor „massiven Zuzügen“ zu nehmen, gleichzeitig aber auch die Sichtweise zu fördern, Einwanderung als Chance zu begreifen. Die spezifische Situation Heinersdorfs bietet hier zahlreiche Anknüpfungspunkte: Beispielsweise besteht in der aktuellen Diskussion eine starke Bezugnahme auf die bestehende dörfliche Struktur zusammen mit einem kollektiven „Wir“ („Wir sind Heinersdorf“). Dieses „Wir“ hat aber nur zum Teil eine reale Entsprechung im sozialen Miteinander. Die Realität stellt sich heterogener und vielfältiger dar. In der Konfliktbearbeitung gilt es, vorhandene positive Bezugnahmen auf diese Heterogenität bewusst zu fördern. Ziel ist es dabei, herauszuarbeiten, dass Heterogenität und Vertrautes, „Alt-Bewährtes“, sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern produktiv ergänzen. Auch der in Heinersdorf in den 90er Jahren vor allem durch Zuzüge erfolgte Wandel in der Bevölkerungsstruktur kann dazu dienen, die positiven Effekte eines solchen Wandels zu verdeutlichen, nach dem Motto: „Ihr/e Nachbar/in und beste/r Freund/in ist doch auch zugezogen“.

Die Entwicklung einer solchen positiven Vision kann über Mentoren und Mentorinnen unterstützt werden. Möglich ist auch die gezielte Bearbeitung der Themen in Workshops, moderierten Gesprächskreisen, World-Cafés oder Zukunftswerkstätten und -Konferenzen. Eine gute Signalwirkung kann auch durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen für Weltoffenheit und andere Formen des Werbens für ein respektvolles Miteinander erzielt werden.

Einschränkend muss gesagt werden, dass die im kommunalen Rahmen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Entwicklung positiver Visionen von Einwanderungsgesellschaft und der Förderung von Integration häufig auch an Grenzen stoßen. So kann ein Bezirk auf Bundes- oder Landesebene bestehende Mängel in der Integrationspolitik nicht immer auffangen. Beispielhaft hierfür kann die immer noch fehlende Anerkennung von Islam als Religionsgemeinschaft in Deutschland angeführt werden. Aber ein Bezirk kann hier beispielhaft agieren, neue Wege erkunden und Impulse geben. Es ist wichtig, den Bürger/innen die Angst vor den „Fremden“ zu nehmen, indem diese Angst gezielt thematisiert und bearbeitet wird. Dabei sollte auch auf vordergründige Argumente gegen den Moscheebau, wie beispielsweise fallende Grundstückspreise, steigender Verkehrslärm, etc. eingegangen werden, um dahinterliegende Ängste sichtbar zu machen und bearbeiten zu können.

Vor diesem Hintergrund bezieht sich die urbane Perspektive auf die Teilhabe der einzelnen Berliner Moscheen am Gemeinwohl, während die Moschee in der „dörflichen“ Sichtweise eines Teils der Gegner als „Landnahme“ betrachtet wird¹³⁶. Diese zweite Sichtweise gilt es abzubauen, indem Urbanität mit Weltoffenheit gekoppelt und langfristig auch als positive Heinersdorfer Vision verankert wird. Das unter dem Motto „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ stehende Integrationskonzept des Berliner Senats kann in diesem Diskurs ebenso Impulsgeber sein¹³⁷ wie eine Bezugnahme auf Berlin als Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, oder auch auf eine lokal angebundene Kampagne. Ziel ist es, den Bau der Moschee in Heinersdorf eben nicht als „Landnahme“, sondern als Förderung der Teilhabe an der Gesellschaft und am Gemeinwohl zu verstehen.

Wichtig ist an dieser Stelle die Stärkung der Heinersdorfer/innen und Pankower/innen, die für die Ahmadiyya-Gemeinde unterstützend aktiv werden oder sich für das Grundrecht auf Religionsfreiheit einsetzen, und die häufig mit ihrer Position relativ alleine da stehen - oder zumindest das Gefühl haben, es wäre so.

5 Förderung von Dialog und Begegnung. Vermittelnde Funktion der Kirchen und anderer Akteure

Der Begriff „Interreligiöser Dialog“ wird häufig als Möglichkeit der Vermittlung bei Moscheebaukonflikten genannt. Hierbei muss jedoch zwischen einem interreligiösen Dialog im engeren Sinne und einem zum Beispiel durch die Kirche initiierten „interkulturellen Kontakt“ unterschieden werden.

Voraussetzung für einen interreligiösen Dialog sind: Eine aktive Gemeinde, die einen Dialog mit der anderen Gemeinde wünscht, eine genau gegenseitige Kenntnis der Dialogpartner sowie eine Begegnung auf gleicher Augenhöhe.

¹³⁶ vgl. Leggewie (2002)

¹³⁷ <http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/integrationskonzept.pdf>

Diskussionen um den Bau einer Moschee können einen guten Anlass zum interreligiösen Dialog bieten. Ein solcher Dialog eignet sich jedoch aus zwei Gründen kaum zur schnellen Konfliktbearbeitung: Zum einen begegnen sich die Gemeinden in diesem Fall in der Regel nicht freiwillig und aus sachlichem Interesse. Zum anderen sind die Argumente der Moscheegegner/innen oftmals lediglich mit „christlichen“ Argumentationen kaschiert, ohne dass die Moscheegegner/innen sich selbst als aktive Christen ansehen. Hier ist genaues Hinschauen gefragt, um vorgelagerte von hintergründigen Interessen und Zielen zu unterscheiden.

Im diesem Fall kann die Kirche dann einen „interkulturellen Kontakt“ initiierten. Die Initiierung eines solchen Kontaktes ist auch durch andere, weltliche und zivilgesellschaftliche Organisationen und Mentoren möglich und unter Umständen dann sinnvoll wenn es darum geht, bestimmte nicht-kirchliche und nicht-religiöse Kreise in den Prozess einzubeziehen.

5.1 Ist-Zustand in Pankow

Die Moscheegegner/innen argumentieren oftmals, Heinersdorf sei „christlich“. In den meisten Fällen ist hiermit jedoch lediglich eine „abendländische“/deutsche Sozialisation gemeint, die es in ihren Augen vor dem „Fremden“ zu bewahren gelte.

Wie aus der Akteurs- und Diskursanalyse deutlich hervorgeht, stärkt der Heinersdorfer Pfarrer Kaehler eine solche Haltung, indem er die Vereinbarkeit von christlichem und islamischem Glauben offen in Frage stellt.¹³⁸ Pfarrer Kaehler sieht die Gegnerschaft zur Moschee unter anderen darin begründet, dass sich die Heinersdorfer Bürger/innen innerhalb des Großbezirks Pankow vernachlässigt fühlen, und fordert einen ergebnisoffenen Dialog zum Bauvorhaben. Mit einem im April veröffentlichten Beschluss setzt sich der Gemeindegemeinderat für eine sachliche Diskussion ein, fordert aber ebenfalls Verhandlungen in planungsrechtlichen Kategorien, womit eine grundlegende Infragestellung des Bauvorhabens ebenfalls nicht ausgeschlossen wäre.

Auch von Pfarrerin Misselwitz aus der Nachbargemeinde Alt-Pankow wurde seitens der Moscheegegner/innen eine ähnliche Haltung erwartet. Sie berichtete, dass einige Bürger von der Haltung ihrer Kirchengemeinde Alt-Pankow enttäuscht waren, und statt eines „interreligiösen Dialogs“ eine klare Positionierung gegen den Bau der Moschee forderten. Die Gemeinde Alt-Pankow hatte zusammen mit dem Pankower Friedenskreis, dem Bezirksamt, der Stiftung Weltethos und dem Evangelischen Kirchenkreis Pankow am 5. Juli zu einem interreligiösen Dialog in die alte Pfarrkirche eingeladen. Diese Veranstaltung konnte den Konflikt jedoch nicht lösen, bot jedoch erstmals nach der gescheiterten Bürgerversammlung die Möglichkeit zum öffentlichen Dialog. Ein weiterer Gesprächskreis wurde im Oktober durch den Friedenskreis veranstaltet.¹³⁹

5.2 Erfahrungen aus Lauingen

Die „Lauinger Vortragsreihe“, von deren Effizienz der ehemalige Bürgermeister Herr Barfuß bis zum heutigen Tage überzeugt ist, bildete ein zentrales Instrument der Konfliktbearbeitung. Mit Pater Vöcking vom Orden der Weißen Väter (katholische Kirche), Herrn Oberkirchenrat Klautke (EKD, Niedersachsen) und OB Dr. Rudolph

¹³⁸ Siehe Seite 13

¹³⁹ Siehe 16

Köppler, Günzburg, wurden drei "Nicht-Lauinger" eingeladen, um mit ihnen und den Lauingern das Thema "Islam" und die vielen Vorurteile dazu zu diskutieren. Herr Barfuß selbst moderierte diese Abende, von denen bereits der erste mit 100 Teilnehmer/innen gut besucht war. Ferner sprach er beim katholischen Frauenbund, um auch die "wirklichen Entscheidungsträger" in der katholischen Kirche einzubeziehen¹⁴⁰.

Das Fallbeispiel Lauingen zeigt, wie die Kirche dazu beitragen kann, die Diskussion zu versachlichen und für eine größere Akzeptanz innerhalb der Mehrheitsgesellschaft zu werben¹⁴¹. Gerade Städte, in denen ein Moscheebau von nur schwachen Konflikten begleitet wurde, betonen eine gute interreligiöse Zusammenarbeit.

5.3 Bedeutung dieser Erfahrungen für den Moscheebaukonflikt in Pankow

Die Einrichtung eines interreligiösen Dialogs direkt in Heinersdorf gestaltet sich angesichts der Positionierung von Pfarrer Kaehler als schwieriges Unterfangen. Er kann so die Rolle als Vermittler schwerlich einnehmen. Die Durchführung des interreligiösen Dialogs in der Kirche Alt-Pankow war ein wichtiger Schritt hin zur Versachlichung und Klärung offener Fragen. Eine regelmäßige Weiterführung in der Kirchengemeinde mit der Konzentration auf einzelne Themenschwerpunkte wäre eine gute Möglichkeit, die begonnenen Gespräche fortzusetzen und diesen Weg weiter zu gehen. Allerdings hat sich in Pankow nach der Veranstaltung herausgestellt, dass bei vielen Teilnehmenden bestehende Vorbehalte nicht ausgeräumt werden können. Die Gründe hierfür sind vielfältig und liegen unter anderem mit darin begründet, dass die Fronten zu dem Zeitpunkt schon relativ verhärtet waren und sehr viele Vorbehalte und Vorurteile gegenüber der Ahmadiyya-Gemeinde bestanden.

5.4 Handlungsempfehlungen

Interreligiöse Dialoge und ähnliche Veranstaltungen sind wichtige Foren, um aktuelle Diskussionen der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Den Kirchen kommt hier eine wichtige Schlüsselrolle zu, da ihnen in der Regel mit Respekt begegnet wird. Darüber hinaus verfügen sie über einen Raum, der durch seine Rahmung und nicht zuletzt das Hausrecht auch den Schutz von gefährdeten Gruppen und Personen gewährleisten kann.

Dass Vorbehalte und Skepsis nach einem solchen interreligiösen Dialog dennoch bestehen bleiben, stellt ein grundsätzliches Problem aller Diskussions- und Informationsveranstaltungen dar. Bei verhärteten Konflikten – und um einen solchen handelt es sich in Teilen in Pankow-Heinersdorf – ist die Bearbeitung durch Diskussions- und Informationsveranstaltungen häufig relativ ineffektiv. Wer schon vorher eine ablehnende Position innehatte, wird diese in den seltensten Fällen in einer Informationsveranstaltung revidieren.

Solche Veranstaltungen sind für die konstruktive Bearbeitung von Ängsten, Bildern, Stereotypen und Fremdheitsgefühlen in der Regel ungeeignet.

Effektiver im Hinblick auf den Abbau von Vorurteilen und Ängsten ist zum Beispiel das direkte Herstellen von Begegnungen zwischen verschiedenen kommunalen Akteuren. Solche Begegnungen durch das persönliche Kennen-Lernen führen häufig zu

¹⁴⁰ http://www.kthf.uni-augsburg.de/idt/abt2000/abstracts/barfuss_georg/

¹⁴¹ Zum Lauinger Modell und Integration siehe auch das Interview mit Bürgermeister Georg Barfuß mit dem Titel „Es hängt viel davon ab, ob man in sich selbst ruht“ in: Augsburger Alumni International Nr. 7, Dezember 2003, S. 4 ff.. URL: <http://www.aaa.uni-augsburg.de/alumni/downloads/AAI7.pdf>

einem Abbau von Stereotypen. Eine Annäherung zwischen zwei Gruppen oder mehreren Einzelpersonen, die oft auch einen „Schneeball-Effekt“ nach sich zieht. Begegnungen können bewusst inszeniert werden, sie können aber auch in alltägliche Aktivitäten eingebunden sein, zum Beispiel durch die Einbindung von Ahmadiyya-Gemeindegliedern zu Ausstellungseröffnungen, Veranstaltungen, Themenabenden jeglicher Art, etc.. Ziel der Schaffung dieser Begegnungen ist es, einen bereits vorhandenen vertrauen, überschaubaren Rahmen dazu zu nutzen, um Ängste und Vorurteile abzubauen und offene Fragen zu klären.

In einem solchen Prozess können alle Akteure innerhalb des Gemeinwesens als Vermittler- und Kontaktpersonen fungieren. Alle können ihre Einrichtungen öffnen und entsprechende Begegnungen herbeiführen. Häufig haben niedrigschwellige, lockerere Aktivitäten wie gemeinsame Feste oder Sportveranstaltungen einen hohen Effekt im Hinblick auf den Abbau von Vorbehalten und Ängsten. Ein Dialog, z.B. über „Gemeinsames“ und „Trennendes“, kann auch in Workshops und kleinen Gesprächskreisen geführt werden. Diese sollten jedoch moderiert werden und es empfiehlt sich, gezielt einzuladen, um eine überschaubare Anzahl von Teilnehmer/innen sowie eine Ausgewogenheit zwischen verschiedenen Gruppen zu gewährleisten. Besonderes Augenmerk sollte auf der Einhaltung demokratischer Grundrechte und dem Unterbinden von rassistischen, rechtsextremen und in anderer Form diskriminierenden Äußerungen liegen. Bei der Durchführung derartiger kleiner Diskussionsrunden und (ersten) Begegnungen zwischen verschiedenen Konfliktparteien kann eine Moderation wichtig sein, um zum Beispiel darauf zu achten, dass keine (Vor-) Urteile in Fragen gekleidet werden, sondern ein respektvoller Dialog auf gleicher Augenhöhe geführt wird. In Pankow hat es bereits eine Reihe von solchen Begegnungen gegeben. An diese gilt es anzuknüpfen, aber auch neue zu initiieren, mit dem Ziel, die künftigen Nachbar/innen aktiv in das Alltagsleben des Bezirkes zu integrieren. Initiativen, die solche Begegnungen herbeiführen möchten, gilt es durch eine koordinierende Stelle aktiv in ihren Vorhaben zu unterstützen. Parallel dazu stattfindende interreligiöse Dialoge sind eine wichtige Bereicherung dieses Prozesses, dienen jedoch in einem verhärteten Konflikt wie in Pankow-Heinersdorf nicht zur alleinigen Konfliktlösung.

6 Teilbarkeit oder Unteilbarkeit des Konfliktes

Teilbare Konflikte lassen sich besser bearbeiten, als unteilbare Konflikte. Ein teilbarer Moscheebaukonflikt wäre der Streit um eine Moschee mit öffentlichem Gebetsruf, der durch die Entscheidung, auf den öffentlichen Gebetsruf zu verzichten, beigelegt werden kann. Auch die Geldstrafe für das zu hohe Minarett der Sehitlik-Moschee am Berliner Columbiadamm kann als Einigung gesehen werden, in der das Minarett stellvertretend für den gesamten Konflikt steht

6.1 Ist-Zustand in Pankow

Der Konflikt scheint nicht teilbar, weil das Anliegen der Gemeinde eine Minimalforderung darstellt.

7 Umgang bei verhärteten Konflikten

Die Kenntnis über die Präsenz von Migrant/innen in einem Ort oder Stadtteil ist ein wichtiger Indikator bei der Beurteilung von Ursachen und Dynamiken von Konflikten. Für die Entwicklung wirkungsvoller Lösungsmodelle ist es unerlässlich, sich darüber ein Bild zu verschaffen, wie Menschen mit Migrationshintergrund im Sozialraum verankert sind und auf welche Art und Weise sich das Zusammenleben darstellt. Je nach Zusammensetzung der Bevölkerung und der Integration zugezogener Gruppen und Einzelpersonen sind verschiedene Herangehensweisen notwendig. Das Wissen um mögliche in der Vergangenheit liegende Spannungen - zum Beispiel durch massive Zu- oder Wegzüge - ist ein wichtiger Indikator zum Verständnis von Konflikten, die möglicherweise erst Jahre später an einem ganz anderen Punkt aufbrechen. Moscheebaukonflikte spiegeln in Kommunen häufig die jeweiligen Diskurse um den gesamten Themenkomplex „Migration“ wieder.

7.1 *Ist-Zustand in Pankow*

Wie in der Sozialraumbeschreibung¹⁴² dargelegt, ist der Anteil ausländischer Bewohner/innen in Heinersdorf mit etwa 110 registrierten Personen sehr gering. Es gibt kaum komplette Familien mit Migrationshintergrund, die Regel sind vielmehr Ehen mit einem ausländischen Partner. Über den Anteil an Menschen muslimischem Glaubens in der Heinersdorfer Bevölkerung liegen keine Erhebungen vor, dieser ist jedoch offensichtlich marginal. Die Sicht auf das Thema Migration ist im Ortsteil Heinersdorf stark von einer Sicht auf „die Großstadt mit ihren Problemvierteln“ geprägt, mit denen man sich im „ruhigen und beschaulichen Heinersdorf“ bisher nicht auseinandersetzen musste.

7.2 *Erfahrungen aus Essen-Katernberg*

Der Stadtteil Katernberg hat etwa 24.000 Einwohner/innen und liegt im Norden von Essen in Nordrhein-Westfalen. Das Zusammenleben der Bewohner/innen mit und ohne (vor allem türkischem) Migrationshintergrund gestaltete sich in den 80er und 90er Jahren nicht immer einfach und konfliktfrei, was Michael Preis vom Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung der Universität Duisburg-Essen (IS-SAB) unter anderem auf massiv vorhandene soziale Problemlagen zurückführt¹⁴³. Im März 1995 kam es aus bis heute unbekanntem Gründen und unbekanntem Kreisen zu einem Brandanschlag auf ein islamisches Gebetshaus eines zum DITIB gehörenden Moscheevereins. Das Gebäude brannte völlig aus.

Die islamische Gemeinde beantragte daraufhin, einen Neubau mit Minarett zu errichten. Eine Absicht, die nach Schilderung von Michael Preis „neben begrüßenden Stellungnahmen auch zu hoch emotionalisierten Reaktionen und zum Teil wütenden Abwehrbekundungen“¹⁴⁴ führte. Er beschreibt den nun in Gang kommenden Prozess wie folgt: „Es stellte sich heraus, dass die religiösen Gefühle auch von Menschen ver-

¹⁴² Siehe S. 6

¹⁴³ Preis, Michael: Türkische Moschee Essen-Katernberg. 19. April 2004. URL: <http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Projekte/essen/moschee.htm>

¹⁴⁴ Alle in Kapitel 6.2. folgenden Zitate stammen aus: Preis, Michael (2004), a.a.O.

letzt waren von denen ich nie vermutet hatte, dass sie welche haben. Die Aussicht, im Alltag des eigenen Stadtteils mit einem Minarett konfrontiert zu sein, führte bei Teilen der deutschen Bevölkerung zu einer Infragestellung des in den letzten Jahren erreichten labilen Gleichgewichts im Zusammenleben. Im Alltagsleben verdeckte latente Vorbehalte und Vorurteile gegenüber der türkischen Bevölkerung wurden durch den geplanten Moscheebau manifest.

Diese Entwicklung bedeutete auf der einen Seite eine problematische Irritation des sozialen Friedens im Stadtteil. Gleichzeitig bot sich dadurch aber auch die Chance, am Thema Moschee oft tabuisierte, nichts desto weniger das Zusammenleben im Stadtteil belastende Haltungen zu bearbeiten.

Die emotionale Qualität der Diskussion erklärte sich insbesondere auch dadurch, dass der Neubau einer Moschee im Stadtteil der unübersehbare architektonische Ausdruck dafür war, dass Migranten dauerhafter Bestandteil des Stadtteils geworden waren, und das heimlich oder offen geäußerte Wunschbild von einer Stadtteilzukunft ohne Migranten haltlos war. (...) In dieser Situation wurde ein Prozess initiiert, der mit situations- und selbstverständnisklärenden, konfliktmoderierenden und – bezogen auf den Moscheeneubau – akzeptanzbildenden Maßnahmen letztlich zu einer breiten, den Neubau stützenden Koalition im Stadtteil führte.

Dies erfolgte auf dem Hintergrund einer sich mehr als ein Jahrzehnt erstreckenden stadtteilbezogenen, auf die Stützung von Kooperation und Kooperationsstrukturen orientierten Arbeit, bei der ein anpassungsfähiges, differenziertes und filigranes Netz von unterschiedlichen Institutionen entlang den gebietsbezogenen Problemlagen entwickelt worden war. Zu der damit einhergehenden Entwicklung unterschiedlicher Formen von Stadtteilöffentlichkeit gehörten u.a. beispielsweise auch Aktionen wie eine Unterschriftensammlung "Katernberg gegen Gewalt". (...). Dieses Manifest wurde von über 1000 Personen und Institutionen aus verschiedenen Bereichen unterzeichnet und veröffentlicht. Michael Preis sah hierin eine „wirksame lokale Form von `Flagge zeigen´“, besonders spannend fand er jedoch die parallel stattfindenden Diskussionen darüber, „ob man denn diesen Text nun unterschreiben sollte oder lieber nicht.“

Ausgehend von dieser breiten Kooperationsstruktur begann ein sich über mehrere Monate erstreckender Prozess im folgenden Handlungsschritten:

- „Einberufung von Bewohnerversammlungen und Stadtteilforen
- Exkursion mit Bewohnern und Akteuren des Stadtteils zu Moscheen in der Umgebung
- kontinuierliche Verknüpfung des Prozesses vor Ort mit der Themenbearbeitung durch Politik und Verwaltung durch einen Runden Tisch Moscheeneubau
- Durchführung von Hausbesuchen und Einzelgesprächen im unmittelbaren Umfeld des geplanten Moscheebereichs.
- Unterstützung der islamischen Gemeinde bei der Präsentation ihres Anliegens in der Öffentlichkeit.
- Nutzung unterschiedlicher Medien für eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit einschließlich einer thematisch einschlägigen Theaterperformance auf dem Katernberger Wochenmarkt unter Einbeziehung von Stadtteilbewohnern und einer Schulklasse als Schauspieler. Dies war - um es zurückhaltend zu formu-

lieren - eine der interessantesten Veranstaltungen im Stadtteil an denen ich je teilnehmen durfte. Es handelte sich dabei um live auf dem Wochenmarkt stattfindendes Straßentheater mit falschen Schauspielern, aber echten Menschen zum Thema "Moscheeneubau, Schubladdendenken und Kampf der Kulturen". Als choreografischer Höhepunkt marschierten Kreuzritter und Dschihadkrieger gegeneinander auf, wobei diese und jene sich zusammensetzten aus Jugendlichen des Stadtteils, Mitgliedern des CDU-Vorstandes, Gemeindevertretern und sonstigen Interessierten. Parallel dazu stellte die islamische Gemeinde ihre Neubaupläne vor. Man darf sich die daraufhin auf dem Wochenmarkt stattfindenden Diskussionen als überaus lebhaft vorstellen. Spätestens damit war das Thema auch bei des Flugblatt- und Zeitungslesens unkundigen Stadtteilbewohnern angekommen.

- Entwicklung einer unterstützenden Koalition im Stadtteil aus Parteien, Gewerkschaft, Kirchengemeinden, Vereinen etc.. „

Zur abschließenden Bürgerversammlung lud eine entsprechend breite Koalition ein und signalisierte damit laut Michael Preis deutlich: „der Moscheeneubau wird von uns als legitimes Interesse bewertet und unterstützt und wer ihn verhindern will oder dies zum Anlass nehmen will, das Zusammenleben von Einheimischen und Migranten zu beschädigen, hat eine breite Front auf der Gegengeraden. (...) Mit dieser abschließenden Bürgerversammlung, bei der mit dem Moscheebau zusammenhängende Bedenken und Befürchtungen noch einmal vorgebracht, intensiv erörtert und in ihrem bearbeitbaren Anteil (z.B. Park- und Verkehrsaufkommen) auch ausgeräumt werden konnten, war das Thema als das Zusammenleben im Stadtteil belastender Konflikt vom Tisch. Im Ergebnis dieses umfassenden, Gruppen- und Bereichsübergreifenden Beteiligungsprozesses konnte die Infrastruktur des Stadtteils dauerhaft um eine migrantenspezifische Einrichtung erweitert werden. Die Moschee entwickelt und etabliert sich zunehmend als Ort und Adresse des interkulturellen und interreligiösen Dialogs. Sie ist als Gebäude auch augenfälliger Ausdruck der veränderten sozialen Wirklichkeit im Stadtteil und unterstützt damit – auch aufgrund ihrer ansprechenden Gestaltung – durch die normative Kraft des Faktischen die Umwandlung von Fremdheitsabwehr in akzeptierte Alltagsnormalität des Stadtteils.

7.3 Bedeutung dieser Erfahrungen für den Moscheebaukonflikt in Pankow

Die extrem unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzung und Sozialstruktur macht einen direkten Vergleich mit Pankow-Heinersdorf unmöglich. Vorbehaltlich der nicht vorliegenden Zahlen zum Zuzug von Migrant/innen vor 2001 kann davon ausgegangen werden, dass etwaige Konflikte nicht mit einer besonderen Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund im Zusammenhang stehen. In Heinersdorf kann es daher nicht darum gehen, am Thema Moschee tabuisierte, „das Zusammenleben im Stadtteil belastende Haltungen¹⁴⁵“ zu bearbeiten. Vielmehr geht es darum, belastende und vorurteilsbeladene Haltungen zu bearbeiten, ohne dass sie im Alltag schon präsent wären oder auf irgendeiner unmittelbaren Alltagserfahrung basieren würden.

¹⁴⁵ Michal Preis, a.a.O.

Die Erfahrungen aus Essen-Katernberg sind trotz dieser grundlegenden Unterschiede für den Heinersdorfer Prozess deswegen interessant und ergiebig, da es in Essen-Katernberg gelungen ist, trotz einer anfänglich starken Ablehnung eine Akzeptanz des Bauvorhabens auf relativ breiter Ebene zu erreichen. Eine starke Ablehnung ist in Heinersdorf ebenfalls vorhanden. Die in Essen-Katernberg durchgeführten Maßnahmen zur Konfliktlösung würden in Pankow-Heinersdorf zwangsläufig unter deutlich geringerer Beteiligung von Akteuren mit Migrationshintergrund durchgeführt werden. Das Fallbeispiel aus Essen-Katernberg ist für Heinersdorf daher an zwei Punkten interessant: Durch welche Maßnahmen ist es gelungen, die relativ massive Ablehnung des Moscheebaus zu durchbrechen und breite Akzeptanz für das Vorhaben herbeizuführen? Inwiefern sind diese Maßnahmen vor dem Hintergrund des komplett anderen Umgangs mit Migration im „Quartier“ Heinersdorf umsetzbar?

7.4 Handlungsempfehlungen

Der Konflikt um den Moscheeneubau kann auch in Heinersdorf aktiv dazu genutzt werden, die Akzeptanz dafür zu erhöhen, dass Menschen muslimischen Glaubens und Menschen migrantischer Herkunft künftig Bestandteil des Gemeinwesens sein werden. Das Herstellen von Alltagsnormalität ist hier das langfristige Ziel. Für eine solche Alltagsnormalität kann in Pankow durch ein breites Spektrum gesellschaftlicher Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft geworben werden. Ein solches „Flagge zeigen“ ist wirksames Mittel zur Erhöhung der Akzeptanz des Bauvorhabens und zur Förderung der Diskussionskultur im Bezirk. Eine solche Wirkung kann durch eine Unterschriftenkampagne ebenso erzielt werden wie durch eine Aktionskampagne oder andere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen.

Exkursionen mit Bewohner/innen Heinersdorfs zu anderen Moscheen stellen eine Möglichkeit dar, die Auseinandersetzung mit dem Thema Islam emotional zu entschärfen, in dem man sie auf eine neutrale Ebene bringt. Verbunden mit einem solchen Besuch bietet sich die Möglichkeit, von den Erfahrungen anderer Kommunen im Umgang mit ihren Moscheen zu profitieren.

Eine sicherlich spektakuläre, sicher auch etwas provokante Form der Konfrontation mit dem Thema stellt das erwähnte Theaterstück auf dem Katernberger Marktplatz dar. Eine eventuelle Durchführung eines Aktionstheaters im öffentlichen Raum Heinersdorfs wäre in ihrer Umsetzung kritisch daraufhin zu überprüfen, wie mit einer eventuellen Präsenz und Einflussnahme von rechtsextremer Seite aus umgegangen werden kann. Ein solches Theaterstück kann eine interessanter, unkonventioneller Weg dafür sein, ein Thema gezielt in die öffentliche Diskussion zu bringen, und vielleicht auch über eine kritisch-sarkastische Überspitzung vorhandener Bilder und Stereotypen zur Selbstreflexion anzuregen.

Eine den Diskussionsprozess unterstützende Koalition aus verschiedenen Akteuren wie in Essen-Katernberg ist für den Heinersdorfer Prozess unabdingbar und in Teilen bereits vorhanden. Die bereits bestehenden Pankow-Heinersdorfer Gesprächskreise und Initiativen sollten entsprechend vernetzt und ausgebaut werden.

Welche Handlungsschritte im einzelnen in Heinersdorf eingesetzt werden, hängt zum großen Teil von den beteiligten Akteuren und den vorhandenen Ressourcen ab. Die Vernetzung der Beteiligten sollte das wichtigste Mittel sein, um in Kooperation mit möglichst vielen der Aktiven Lösungsstrategien zu entwickeln.

8 Zusammenfassung methodischer Vorgehensweisen in der kommunalen Konfliktbearbeitung

Anhand der vorangestellten Beispiele konnten verschiedene Handlungsempfehlungen für die Konfliktbearbeitung in Kommunen herausgearbeitet werden. Folgende methodische Vorgehensweisen sind – unter Berücksichtigung der dargestellten Chancen und Grenzen einzelner Methoden – im kommunalen Kontext möglich:

- Gespräche mit und zwischen einzelnen Parteien
- Verhandlungen zwischen den Parteien (schwierig bei komplexen Systemen)
- Gespräche mit mehreren Akteuren an runden Tischen
- Dialog fördern über Begegnungen zwischen einzelnen Akteuren
- Abbau von Vorurteilen und Förderung von Neugier über Begegnungen und Workshops
- Erfahrungen im Umgang mit Heterogenität fördern
- Wandel als Chance/positiv begreifen. Urbanität und Weltoffenheit als Perspektive
- Dialog fördern über Diskussionsveranstaltungen, interreligiöse sowie interkulturelle Dialoge, etc.
- Förderung der Kommunikation zwischen den verschiedenen Konfliktparteien durch großgruppengerechte Methoden wie Zukunftskonferenzen, Worldcafés, Planungszellen, Open Space, etc..
- Interkulturelle Mediation
- Empowerment von einzelnen (Rand-) Gruppen und Akteuren
- Einbeziehung fortschrittlicher demokratischer Akteure als Multiplikator/innen
- Einbeziehung der Akteure im Gemeinwesen als Vermittler/innen
- Versachlichung und Aufklärung durch Publikationen und Informationsveranstaltungen

Literatur:

Bahr, Ulrich (2006): Moscheebau in Kreuzberg - Diplomarbeit

Barfuß, Georg (2001): In Gottes und in Allahs Namen. Zusammenleben mit Muslimen in einer kleinen Stadt

Akademie Management und Politik (MuP) der Friedrich-Ebert-Stiftung (2001, 2. Aufl.): Wirkungsvolle Kommunikation. Ein Leitfaden für Gespräche, Verhandlungen und Konflikte. Bonn

Galtung, Johan (1998) in: Unterlagen zur Lehrveranstaltung Cultural Awareness und Konfliktbearbeitung, Se 240114 von Martina I. Steiner WS 2005/2006, Universität Wien.

(http://www.univie.ac.at/ksa/html/inh/stud/studmate_files/Cultural_Awareness_und_Konfliktloesung.pdf)

Glasl, Friedrich (1994): Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führungskräfte und Berater. 4. Auflage, Bern/Stuttgart

Häußermann, Hartmut (2005): Moscheebau im Konflikt – Projektbericht

Leggewie, Claus; Joost, Angela; Rech, Stefan (2002): Der Weg zur Moschee- eine Handreichung für die Praxis, Herbert-Quandt-Stiftung, Bad Homburg

Preis, Michael: Türkische Moschee Essen-Katernberg. 19. April 2004. URL: <http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Projekte/essen/moschee.htm>

Schmitt, Thomas (2003): Moscheen in Deutschland: Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung. Flensburg: Dt. Akademie für Länderkunde, Band 252.